D 7735 C

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Nr. 10
10. Jahrgang

Wochenzeitung · Erscheint freitags
Herausgeber: Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Druckort Frankfurt

12. März 1982
Preis 1,80 DM



Lohnverlust weiter festgeschrieben

Planmäßig brachten in der Nacht vom Freitag auf Samstag die Metallkapitalisten und die Industriegewerkschaft Metall unter der Schirmherrrschaft des Schlichters den Lohnabschluß für 3,7 Mio. Metallarbeiter unter Dach und Fach. 4,2% mehr Lohn und Gehalt, eine Laufzeit von 12 Monaten und für den Februar wird eine Pauschalzahlung von 120 DM erfolgen. Nach Lohnabschlüssen in den letzten Monaten, die zwischen 4,2% im Tischlerhandwerk Hamburgs und NRWs und rd. 4,7% Erhöhung in der Holzverarbeitenden Industrie Baden-Württembergs und NRW liegen, und Abschlüssen in der Heizungsindustrie bis zu 5%, haben die Kapitalisten mit diesem Abschluß ihre im letzten Jahr eingeleitete ,,Trendwende" in der Lohnpolitik fortgesetzt.

Zufrieden schnurrend ließen sich denn auch Kapitalisten, Regierung und ihre Organe über diesen ,,Krefelder Appell" aus. ,,Einsicht und Vernunft" bescheinigte Lambsdorff den Tarifparteien. Metallkapitalisten-Chef Thiele vermochte nur mit Mühe sein Frohlocken über den Abschluß zu verbergen: ,,Das Lohndatum orientiert sich aber stärker an den von den Gewerkschaften geforderten ,Lohnausgleich'. Weniger wäre zum Abbau der Arbeitslosigkeit besser gewesen. Andererseits sind wir bei der Trendwende in der Lohnpolitik ein Stück weitergekommen." In Frankfurt kam es am Rentenmarkt aus lauter Freude über den Abschluß zu einer Hausse, einem Hoch der Kurse der festverzinslichen Wertpapiere.

Soviel Lob aus der falschen Ecke war schon peinlich, doch IG Metall-Verhandlungsführer Bräuer vermochte nur noch anzumerken, daß die Unternehmer mit Preisdisziplin zeigen könn-
lung von 120 DM erfolgen. Nach Lohnabschlüssen in den letzten Monaten, die zwischen 4,2% im Tischlerhandwerk Hamburgs und NRWs und rd. 4,7% Erhöhung in der Holzverarbeitenden Industrie Baden-Württembergs und NRW liegen, und Abschlüssen in der Heizungsindustrie bis zu 5%, haben die Kapitalisten mit diesem Abschluß ihre im letzten Jahr eingeleitete ,,Trendwende" in der Lohnpolitik fortgesetzt.

Zufrieden schnurrend ließen sich denn auch Kapitalisten, Regierung und ihre Organe über diesen ,,Krefelder Appell" aus. ,,Einsicht und Vernunft" bescheinigte Lambsdorff den Tarifparteien. Metallkapitalisten-Chef Thiele vermochte nur mit Mühe sein Frohlocken über den Abschluß zu verbergen: ,,Das Lohndatum orientiert sich aber stärker an den von den Gewerkschaften geforderten ,Lohnausgleich'. Weniger wäre zum Abbau der Arbeitslosigkeit besser gewesen. Andererseits sind wir bei der Trendwende in der Lohnpolitik ein Stück weitergekommen." In Frankfurt kam es am Rentenmarkt aus lauter Freude über den Abschluß zu einer Hausse, einem Hoch der Kurse der festverzinslichen Wertpapiere.

Soviel Lob aus der falschen Ecke war schon peinlich, doch IG Metall-Verhandlungsführer Bräuer vermochte nur noch anzumerken, daß die Unternehmer mit Preisdisziplin zeigen könnten, daß die ,,jetzt gesetzten Daten auch bis zum Jahresende richtig gesetzt sind".

Für diese Hoffnung spricht aber nichts. Selbst wenn man optimistisch von einer weiteren leichten Senkung der Preissteigerungsrate ausgeht, muß man mit 5% im Jahresdurchschnitt rechnen.

Wenn man die unbekannte Preisentwicklung einmal beseite läßt, so werden schon die bekannten Größen der Operation '82 die Lage der Lohnabhängigen und ihrer Familien erheblich verschlechtern. Angefangen bei der Krankenversicherung, wo die Rezeptgebühr um 50% auf 1,50 DM pro Medikament oder 4 DM pro Heil- oder Hilfsmittel erhöht werden soll, wo beim Zahnersatz künftig die Patienten 11% mehr zahlen sollen. Das Arbeitslosengeld wird künftig bei der Lohnsteuer berücksichtigt. Das Kindergeld für das zweite und dritte Kind wird um 20 DM monatlich gekürzt. Die Verbrauchssteuern auf Tabak, Branntwein und Sekt werden zum 1.4. und 1.6. erhöht. Allein durch letztere sollen bis 1984 24,4 Mrd. DM in die Staatskasse kommen.

Die Lebenslage der Lohnabhängigen wird nicht nur von den steigenden Preisen für die Dinge des täglichen Lebens und die wichtigsten langlebigen Gebrauchsgüter bestimmt, sondern auf der anderen Seite immer nachhaltiger durch zunehmende Abgabenlasten beschnitten. Bis 1984 wird die durchschnittliche Belastung der Bruttolöhne und -gehälter durch die Lohnsteuer um 2 Prozent-Punkte auf über 19% ansteigen. Schon jetzt werden von angenommenen 100 DM Lohnerhöhung bei einer Lohnhöhe knapp unter 3000 DM 32 DM erst gar nicht auf dem Konto oder im Portemonnaie des Arbeiters oder Angestellten landen, sondern für Steuern und Sozialabgaben abgehen. Müssen beide in der Familie arbeiten und ist das Einkommen entsprechend höher, so werden von den 100 DM Lohnsteigerung weniger als die Hälfte verfügbares Einkommen. Aus den 4,2% mehr Lohn werden nur 2–3% mehr Nettoeinkommen. Operation '82 und Steuerprogression fressen die Lohnerhöhung allein schon zum größten Teil auf.

Denn brutto kommt für keine Arbeiterlohngruppe mehr als 100 DM Lohnerhöhung heraus. 70 DM sind es für die Ecklohngruppe oder die erste Stufe der Angestelltengruppe K/T 3. Die Erhöhung schwankt zwischen 58,80 DM in der untersten Lohngruppe 2 und 93,40 DM in der obersten Lohngruppe 10. In Hessen und anderen Tarifbezirken gibts unten noch weniger. Bei den Angestellten wird in der untersten Gruppe 56 DM gezahlt. Hier liegt der höchste Wert bei 176 DM. Daran, daß diese Erhöhung insbesondere für die untersten Lohngruppen völlig unzureichend ist, ändert auch die Februar-Pauschalzahlung von 120 DM nichts. Rechnet man sie aufs ganze Jahr um, so ergäbe sich rechnerisch für die untersten Lohn- und Gehaltsgruppen ein Zuschlag von monatlich 5 DM und 0,4%. Bei der Ecklohngruppe sind es entsprechend 4 DM und 0,24%. Aber nur rechnerisch, denn nach dem Februar verschwindet diese ,,soziale Komponente" und verbessert nicht nachhaltig den Lohn in den unteren Lohngruppen.

Mit der Aufstellung und Begrün-
höher, so werden von den 100 DM Lohnsteigerung weniger als die Hälfte verfügbares Einkommen. Aus den 4,2% mehr Lohn werden nur 2–3% mehr Nettoeinkommen. Operation '82 und Steuerprogression fressen die Lohnerhöhung allein schon zum größten Teil auf.

Denn brutto kommt für keine Arbeiterlohngruppe mehr als 100 DM Lohnerhöhung heraus. 70 DM sind es für die Ecklohngruppe oder die erste Stufe der Angestelltengruppe K/T 3. Die Erhöhung schwankt zwischen 58,80 DM in der untersten Lohngruppe 2 und 93,40 DM in der obersten Lohngruppe 10. In Hessen und anderen Tarifbezirken gibts unten noch weniger. Bei den Angestellten wird in der untersten Gruppe 56 DM gezahlt. Hier liegt der höchste Wert bei 176 DM. Daran, daß diese Erhöhung insbesondere für die untersten Lohngruppen völlig unzureichend ist, ändert auch die Februar-Pauschalzahlung von 120 DM nichts. Rechnet man sie aufs ganze Jahr um, so ergäbe sich rechnerisch für die untersten Lohn- und Gehaltsgruppen ein Zuschlag von monatlich 5 DM und 0,4%. Bei der Ecklohngruppe sind es entsprechend 4 DM und 0,24%. Aber nur rechnerisch, denn nach dem Februar verschwindet diese ,,soziale Komponente" und verbessert nicht nachhaltig den Lohn in den unteren Lohngruppen.

Mit der Aufstellung und Begründung einer um 1% niedrigeren Forderung hat die ÖTV signalisiert, daß der Lohnabschluß im öffentlichen Dienst materiell in der gleichen Größenordnung liegen soll.

Wegen des höheren tariflich wirksamen Anteils läge der Abschluß zwischen 3,3 und 3,5%. Wäre ein vielleicht um 1% höherer Abschluß und zumindest für die unteren Lohngruppen Reallohnsicherung möglich gewesen? Dies hätte eine Politik der Gewerkschaften vorausgesetzt, die nicht das Heil darin gesucht hätte, mit einem niedrigen Abschluß die Arbeiter und Angestellten auch noch einen weiteren Beitrag für die ,,Gemeinschaftsinitiative" leisten zu lassen, obwohl sie auch noch über die Mehrwertsteuer das Geld dafür aufbringen sollen. Die Kaltschnäuzigkeit, mit der der IG Metall-Vorstand dies Ergebnis angesteuert hat, empörte, war aber auch entwaffnend. In den Warnstreiks konnte da nur noch versucht werden, Flagge zu zeigen, das Ruder aber nicht mehr herumgerissen werden. Die ,,Neue Heimat" war da nur noch das Tüpfelchen auf dem i. Nach dem letzten Abschluß ist damit auf Dauer ein Lohnverlust fortgeschrieben.

Mit dieser seit dem Herbst immer deutlicher verfolgten Linie der Unterwerfung unter die Kapitalinteressen konnte weder auch nur in Ansätzen ein ,,Inflationsausgleich" erreicht werden, noch sind die Gewerkschaften der Arbeitszeitverkürzung nähergekommen. Im Gegenteil, auch hier hat sich durch diese Niederlage ihre Position verschlechtert. *geh.*



Über 1500 Menschen nahmen in Nürnberg am 5. März an der Demonstration ein Jahr nach den Massenverhaftungen teil. Die Polizei hatte zu erneuten Schikanen gegriffen: Totales Vermummungsverbot, nur 15 Schauspieler, der Polizei namentlich genannt, durften sich schminken. (siehe Bild) Bei der anschließenden Benefizveranstaltung war das KOMM nahezu überfüllt.

Jaruzelski in Moskau auf Kurs der Reaktion verpflichtet

Von Gerd Koenen

Das Kommuniqué, das Jaruzelski zum Abschluß seines Moskau-Besuchs unterschrieben hat, macht deutlich, welchen geringen Spielraum das polnische Militärregime hat. Festgeschrieben worden ist die weitgehende technologische und finanzielle Umpolung des Industriepotentials des Landes auf die Sowjetunion und den RGW – ein

von der neo-stalinistischen Fronde in der Partei diktiert war, die ein programmatisches Papier gleichen Titels ausgearbeitet hat. Beteiligt gewesen seien die Politbüro-Mitglieder Olszowski und Siwak, der Warschauer Parteisekretär Kociolek sowie die früheren Spitzenleute Grabski und Zabinski, die auf dem außerordentlichen Parteitag im Juni abgewählt worden



Über 1500 Menschen nahmen in Nürnberg am 5. März an der Demonstration ein Jahr nach den Massenverhaftungen teil. Die Polizei hatte zu erneuten Schikanen gegriffen: Totales Vermummungsverbot, nur 15 Schauspieler, der Polizei namentlich genannt, durften sich schminken. (siehe Bild) Bei der anschließenden Benefizveranstaltung war das KOMM nahezu überfüllt.

Jaruzelski in Moskau auf Kurs der Reaktion verpflichtet

Von Gerd Koenen

Das Kommuniqué, das Jaruzelski zum Abschluß seines Moskau-Besuchs unterschrieben hat, macht deutlich, welchen geringen Spielraum das polnische Militärregime hat. Festgeschrieben worden ist die weitgehende technologische und finanzielle Umpolung des Industriepotentials des Landes auf die Sowjetunion und den RGW – ein

wirtschaftlicher Einschnitt, der für Polen mit kaum erst abschätzbaren Verlusten verbunden sein wird. Die Sowjetunion hat ihrerseits keine einzige konkrete Hilfszusage gemacht. Bemerkenswert ist, daß das Kommuniqué – außer schwülstigen Beteuerungen der Pakttreue Polens – eine ausdrückliche Verurteilung der Gierekschen Politik beinhaltet, die angeblich der Anarchie im Lande Tür und Tor geöffnet habe. Das heißt, der relative Liberalismus dieser Ära wird verurteilt! Das ist schon ungewöhnlich genug für ein diplomatisches Kommuniqué. Es ergibt Sinn im Zusammenhang mit der weiteren Formulierung: ,,Die polnische Seite hat betont, daß allen Versuchen, Handlungen wiederaufzunehmen, die auf die Zerrüttung der Wirtschaft, Wiederbelebung der Anarchie und der Unruhen und auf eine Änderung der gesellschaftspolitischen Ordnung gerichtet sind, auch in Zukunft entschlossen ein Ende gemacht wird."

Im Klartext: das Kriegsrecht wird noch lange aufrechterhalten bleiben – solange noch irgendeine Regung des Widerstandes da ist. Und der ,,Solidarität" ist in Moskau in aller Form ihr Todesurteil ausgestellt worden. Jaruzelski hat dafür im Cliquen-Streit um die Macht in Warschau den sowjetischen Segen bekommen.

Dabei kann er auch im Inneren nicht frei handeln. Die ,,Neue Zürcher Zeitung" hat unlängst berichtet, daß das von Jaruzelski gehaltene Referat auf dem ZK-Plenum ,,Worum wir kämpfen" in Kernpunkten wie auch im Titel von der neo-stalinistischen Fronde in der Partei diktiert war, die ein programmatisches Papier gleichen Titels ausgearbeitet hat. Beteiligt gewesen seien die Politbüro-Mitglieder Olszowski und Siwak, der Warschauer Parteisekretär Kociolek sowie die früheren Spitzenleute Grabski und Zabinski, die auf dem außerordentlichen Parteitag im Juni abgewählt worden sind. Das Papier ist eine direkte Kampfansage gegen die Linie dieses Parteitags. Es verurteilt den ,,Gierekschen Revisionismus", aber ebenso auch den ,,Kaniaschen Liberalismus". Es verbindet die Festlegung auf einen kompromißlosen Kurs der Unterdrückung jeder offenen Opposition im Innern und der faktischen Wiederbelebung der alten Branchengewerkschaften mit einigen ,,populistischen" Maßnahmen wie der Verurteilung von Gierek, Jaroszewicz, angeblich auch Kania vor Sondergerichten, Kampf gegen Korruption, Kontrolle aller Bankkonten der sogenannten ,,Devisenmillionäre", Progressivbesteuerung hoher Einkommen, Einführung von Luxussteuern, etc. Dies alles ist eingebunden in ein Programm der wirtschaftlichen Abkoppelung vom Westen und sklavischen Unterordnung unter die Interessen der Sowjetunion. – Jaruzelski und die Gruppe technokratischer Reformer um ihn, wie Rakowski und Barcikowski, haben sich gegen eine Verurteilung Kanias und einen so kompromißlosen Kurs der Reaktion gewehrt, aber in wesentlichen Punkten nachgegeben. Die sowjetische Führung spielt (vielleicht auch aus Unschlüssigkeit über den eigenen Kurs, vgl. Seite 8) mit beiden Fraktionen in Warschau und kommt gerade so zu ihrem Ziel.

Ein Haupthindernis einer ,,Normalisierung" werden nun die tausenden Internierten. Das Angebot, in den Westen auszureisen, haben so gut wie alle abgelehnt. Stattdessen hört man von einer funktionierenden Untergrundorganisation in den Lagern.

Streikwelle in Belgien

frb. Der sozialistische Gewerkschaftsverband in Belgien hat beschlossen, die provinzweisen Generalstreiks im wallonischen Landesteil nunmehr auch auf den flämischen auszudehnen. Vom 9. bis zum 25. März will er jeden Dienstag und Donnerstag in mehreren Provinzen zu Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen aufrufen. Schon in der letzten Woche war der gemeinsame Aufruf der sozialistischen und der christlichen Gewerkschaft zu Streiks in den wallonischen Provinzen in großem Umfang befolgt worden. Demonstrierende Arbeiter besetzten Straßen- und Eisenbahnknotenpunkte, so daß der Verkehr teilweise zum Erliegen kam. Außerdem läuft seit 14 Tagen der Vollstreik der Stahlarbeiter in Liège und Charleroi.

Die Streikenden erheben vor allem zwei Forderungen. Einmal fordern sie die Rücknahme von ,,Sparmaßnahmen" der Regierung, die u.a. eine Senkung des Reallohns um etwa 3% vorsehen. Zweitens wird die Erhaltung der Arbeitsplätze in der Stahlindustrie verlangt.

Belgien, das die ältesten Industrien Europas beherbergt, wird heute mehr von der Wirtschaftskrise gerüttelt als alle anderen Länder in der EG. 450000 Arbeiter sind arbeitslos, so daß die Arbeitslosenquote 13% beträgt und höher als in Großbritannien liegt. Die Finanzierungslücke im öffentlichen Haushalt ist vergleichsweise höher als in Italien, die Leistungsbilanz weist ein Defizit von 7% des Sozialprodukts auf, während der EG-Durchschnitt bei 1,2% liegt.

Seit gut einem Jahr haben mehrere Regierungen versucht, die Krise durch amtlich verordnete Lohnsenkungen, Kürzungen bei der Sozialversicherung, Steuererhöhungen für die Massen und
christlichen Gewerkschaft zu Streiks in den wallonischen Provinzen in großem Umfang befolgt worden. Demonstrierende Arbeiter besetzten Straßen- und Eisenbahnknotenpunkte, so daß der Verkehr teilweise zum Erliegen kam. Außerdem läuft seit 14 Tagen der Vollstreik der Stahlarbeiter in Liège und Charleroi.

Die Streikenden erheben vor allem zwei Forderungen. Einmal fordern sie die Rücknahme von ,,Sparmaßnahmen" der Regierung, die u.a. eine Senkung des Reallohns um etwa 3% vorsehen. Zweitens wird die Erhaltung der Arbeitsplätze in der Stahlindustrie verlangt.

Belgien, das die ältesten Industrien Europas beherbergt, wird heute mehr von der Wirtschaftskrise gerüttelt als alle anderen Länder in der EG. 450000 Arbeiter sind arbeitslos, so daß die Arbeitslosenquote 13% beträgt und höher als in Großbritannien liegt. Die Finanzierungslücke im öffentlichen Haushalt ist vergleichsweise höher als in Italien, die Leistungsbilanz weist ein Defizit von 7% des Sozialprodukts auf, während der EG-Durchschnitt bei 1,2% liegt.

Seit gut einem Jahr haben mehrere Regierungen versucht, die Krise durch amtlich verordnete Lohnsenkungen, Kürzungen bei der Sozialversicherung, Steuererhöhungen für die Massen und Steuersenkungen für die Unternehmen zu lösen. Stückweise sind sie damit auch vorangekommen, die Krise ist darüber immer tiefer geworden. Das letzte Werk, am Montag verkündet, ist eine Senkung des Arbeitslosengeldes um 12%, der Krankenversicherung und der Renten, bei gleichzeitiger Erhöhung der Versicherungsbeiträge.

Entscheidend für den Fortgang der Auseinandersetzungen ist die Stahlindustrie. Sie hat hier überdurchschnittliche Bedeutung. Immerhin produziert Belgien (10 Mio. Einwohner) kaum weniger Stahl als Großbritannien. 80% hiervon gehen in den Export. Insgesamt rund 100000 Arbeitsplätze sind durch die Stahlkrise gefährdet, 10% der ganzen wallonischen Industrie. Und mit ihrer Erhaltung geht es auch um die Verteidigung eines Lohniveaus, daß maßgeblich von den wallonischen Stahlarbeitern erkämpft ist.

Demonstration
gegen die US-Intervention in
El Salvador
Frankfurt, Samstag 13. März
11.00 Uhr ab Campus der Universität

•

In unserer nächsten Ausgabe
berichten wir u.a. von der vds-MV und setzen den Artikel zum Asylrecht fort. Weitere Themen: Was tun bei Pleiten? – Veränderung der sozialen Verhältnisse auf dem Land

Ost-West-Handel als „Prüfstein"

Von Friedemann Bleicher

Das Ost-West-Geschäft und hier speziell das westeuropäische Erdgasgeschäft mit der UdSSR ist zu einem Punkt geworden, an dem die Stellung gegenüber dem sowjetischen Expansionismus gemessen wird. Wo nach Entlastung für die Sowjetunion gesucht wird, werden die millionenschweren Ost-Aufträge für AEG, Liebherr und Mannesmann mit einer Anteilnahme vorgestellt, als winkte eine Provision. Angepeilte Kooperationsprojekte, über die im Rahmen des zwischen Schmidt und Breschnew im Mai 1978 geschlossenen langfristigen Abkommens verhandelt wird, werden schwärmerisch aufgezählt, um zu „zeigen, welche Perspektiven sich für die BRD ergeben" (Arbeiterkampf 218). Der Osthandel dürfe daher nicht angetastet werden.

Andererseits sieht sich, wer diese Sichtweise nicht teilt, schnell mit den aus früheren Jahren bekannten Schablonen gebrandmarkt: „Die Sammelei vom Bundestag bis zum KBW ist Bestandteil derselben Politik, die mit Sanktionen gegen Polen und die SU hantiert." Und es folgt die Formel, wer für Sanktionen sei, wolle in Wirklichkeit die Revision der Ostgrenze, demnächst fordere er „Bomben auf Moskau". So steht's tatsächlich im „Arbeiterkampf".

Die Begründung für solche Kurzschlüsse erhellt den gewissenlosen Opportunismus, mit dem hier die Ereignisse nach dem eigenen Weltbild zurechtgerückt werden. Im Gegensatz zu den Befreiungskämpfen Indochinas bedeuteten die polnischen Arbeiter- und Volkskämpfe heute keine Schwächung des Imperialismus, schreibt z.B. J. von der RgW-Kommission des KB, „sondern – *unabhängig* von der Berechtigung der Arbeiterkämpfe – bedeutet jede Destabilisierung des RgW eine Schwächung der SU und unter den gegebenen Verhältnissen eine Stärkung des Imperialismus".

Wenn das kein Dogmatismus ist! Möglicherweise könnten die Kämpfe der polnischen Arbeiter vielleicht an sich berechtigt sein, unabhängig davon ist es aber notwendig, sie mit dem Militärstiefel zu unterdrücken, weil widrigenfalls die höherstehenden Interessen der Sowjetunion verletzt werden. Mithin erlaubt die Stabilität des RgW keine sich frei entwickelnde Arbeiter- und Volksbewegung. Die Bedingungen, die hier zur Erhaltung der Stärke der Sowjetunion verlangt werden, lassen auf ihren Charakter schließen.

Nun ist ja auch die Verteidigung des Osthandels keine Erfindung von Linken, sondern findet sich auch bei ausgekochten Bourgeois. So hat sich erst kürzlich Graf Lambsdorff auf einer der zahlreichen USA-Reisen westdeutscher Politiker für die Fortsetzung der Wirtschaftskontakte mit dem Osten stark gemacht. Vor dem „Nationalen Presseclub" in Washington hat er erklärt, da die Erosion des Warschauer Paktes, die den Weltfrieden bedrohe, nicht zuletzt auf wirtschaftliche Schwierigkeiten zurückzuführen sei, müsse sich der Westen die Möglichkeit offenhalten, die wirtschaftlich bedingten Gefahren für den Weltfrieden einzudämmen. Andere aus dieser Ecke haben ähnliches auch schon gesagt.

Offensichtlich sind die Positionen mit „für" oder „gegen" Sanktionen nicht ausreichend erfaßt. Jedenfalls lassen sich danach nicht bürgerliche von linken Positionen unterscheiden. Denn über ihren Gegensätzen sind sich amerikanische und westeuropäische Politiker darin einig, daß die bestehenden Blöcke nicht angetastet werden dürfen. So ist wohl auch Genschers „grundlegender Gedanke" zu verstehen, die Interessen der USA und der BRD seien identisch, bloß in der Ausführung seien die Unterschiede. Und Reagans Sanktionen zielen denn auch vor allem auf den Zusammenhalt des eigenen Blocks. Die USA als Oberherren des westlichen Bündnisses sorgen sich, wenn ihre europäischen Verbündeten wirtschaftliche Bindungen mit der UdSSR eingehen, die sie zu politischen Rücksichten *zwingen*.

Wenn wir fordern, daß weitere Wirtschaftshilfe nur gegeben wird und normale Wirtschaftsbeziehungen mit der Sowjetunion und Polen nur fortgeführt werden dürfen, wenn zuvor das Kriegsrecht in Polen aufgehoben wird, so wendet sich dies gegen eine Logik, die nach dem Motto „gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist" Polen zu sowjetischem Eigentum erklärt.

Startbahn West – Sofortiger Baustopp fällig

Verwaltungsgericht erklärt Sofortvollzug des Ministeriums für rechtswidrig

wen.Frankfurt. Was kaum jemand noch für möglich gehalten hätte, ist eingetreten: Nach Ablehnung des Volksbegehrens im Januar hieß es noch: „Juristisch ist nichts mehr zu machen." Ende Februar war (bis auf einige Schonungen) praktisch der letzte Baum der Startbahntrasse gefällt und die Mauer um das Baugelände geschlossen.

Da entschied der Verwaltungsgerichtshof in Kassel, daß der Erlaß des Hessischen Wirtschaftsministers auf die sofortige Vollziehbarkeit in der wasserrechtlichen Genehmigung vom 22.10.1981 rechtswidrig war. Damals, während im Wald Tausende das Hüttendorf verteidigten, die FAG das erste Mauerstück errichten ließ, lagen die Unterlagen für das wasserrechtliche Verfahren zur Einsicht aus. Ohne die Einspruchsfrist abzuwarten, wurde noch vor Ende der Einspruchsfrist am 4.11. das Hüttendorf geräumt und mit Rodung und Mauerbau begonnen. Wirtschaftsminister Hoffie erklärte damals noch bevor er die Einsprüche auf dem Tisch hatte, daß diese nichts ändern würden. Jetzt ist festgestellt, daß dies rechtswidrig war und wenn man so will, auch sämtliche Rodungs- und Mauerbauarbeiten entsprechend der „Sofortvollziehbarkeit" Rechtsbruch waren.

Wenigstens einer der zahlreichen Rechtsbrüche des Planfeststellungsverfahrens wurde nun von einem Gericht gerügt. Zu offensichtlich war das Vorgehen von Landesregierung und FAG. Nach Planfeststellungsverfahren sollte die Aschaffenburger Straße untertunnelt werden, gebaut wird aber an der Okrifteler Straße. Eigentlich war beschlossen, daß die Rodungen nur entsprechend dem Voranschreiten der Betonierarbeiten geschehen sollten, jetzt wurde aber gleich das ganze Gelände gerodet.

Das wasserrechtliche Verfahren kann zur Achillesferse des ganzen Startbahnbaus werden. Die Richter haben empfohlen, ein neues Planfeststellungsverfahren einzuleiten, was wiederum Jahre dauern kann. Minister Hoffie (FDP) will dagegen in wenigen Wochen eine einfache Erlaubnis erteilen. Dieses Verfahren ist nur *ein* Punkt, an dem sich die Startbahnbauer in Widersprüche verwickeln. Ob die Startbahn 1984 fertig sein wird, ist daher noch nicht ausgemacht. Genausowenig, daß der Widerstand nicht wieder einen Aufschwung nehmen könnte.

Von Anbeginn hatte das wasserrechtliche Verfahren seine Tücken. Erst im Frühjahr 1981 wurde mit der Planfeststellung begonnen, getrennt für die Untertunnelungsarbeiten für die Straße und für die Startbahntrasse. Zuerst war das Umweltministerium federführend und entschied sich für das Regierungspräsidium als Genehmigungsbehörde. Dann entdeckte man plötzlich einen Paragrafen, der erst vor einigen Jahren geändert worden war, der dem Wirtschaftsministerium die Zuständigkeit überwies. Dieser hätte dann aber die Genehmigungsfrage an den Landrat weitergeben müssen, was aber nicht erfolgte.

Vor Ort sieht man, worum es dabei eigentlich geht. Die Mönchbruchwiesen und ein Naturschutzgebiet direkt an der Startbahntrasse anschließend sind ein natürliches Feuchtgebiet und stehen besonders jetzt im Frühjahr unter Wasser. Auch im Wald steht das Grundwasser nur ca. einen halben Meter unter Grund. Neben der Mauer hat die FAG 1,50 m tiefe Gräben ziehen lassen, die bis oben voll Wasser sind. Andererseits wurden Vorfluter-Gräben auf dem gerodeten Gelände, die das Wasser zu den Wiesen leiten, zugeschüttet, Straßen quer darüber gebaut. Die FAG hat dadurch ganze Arbeit getan, die Beweissicherung für das Wasserrechtsverfahren zu verhindern.

Beim Bau der Startbahn würde das Wasser abgesenkt werden und damit wäre das Naturschutzgebiet erheblich bedroht. Nicht auszuschließen ist auch, daß geplant wird, nach dem Bau das Grundwasser auf Dauer abzusenken. Ganz zu schweigen von dem Oberflächenwasser der Startbahn, das mit Gummiabrieb, Kerosin und Auftaumittel vermischt neben der Bahn im Wald versickern soll. Schon jetzt wurde in Brunnen einer Forschungsstation, die keine 100 m neben dem gerodeten Gelände im Wald liegt, Kerosin gefunden. Selbst auf den Wiesen des Mönchbruchgeländes soll Kerosin nachgewiesen worden sein.

Die Bürgerinitiative hat den sofortigen Baustopp gefordert, da nun „jeder Spatenstich" rechtswidrig ist. Mit Aktionen vor Ort (jedem Sonntag, 14 Uhr, Mörfelden, Treffpunkt: Am Schlichter) soll u.a. überwacht werden, ob die Arbeiten trotzdem weitergehen. Auch wenn die Bäume schon gefällt sind: *Lieber eine große Schonung und Wiederaufforstung des Geländes – als eine Startbahn West.*

Und während der Streit ums Wasser weitergeht, droht der FAG eine weitere Schlappe. Für die Verlegung der Hochspannungsleitung der RWE ist zwar festgestellt, daß diese verlegt werden soll. Doch für die Verlegung gibt es bis jetzt kein Planfeststellungsverfahren – jede weitere Waldrodung wird wieder Widerstand hervorrufen. Und ohne Verlegung der Leitung wird nie ein Flugzeug auf der Startbahn West starten können ...



und die SU hantiert." Und es folgt die Formel, wer für Sanktionen sei, wolle in Wirklichkeit die Revision der Ostgrenze, demnächst fordere er „Bomben auf Moskau". So steht's tatsächlich im „Arbeiterkampf".

Die Begründung für solche Kurzschlüsse erhellt den gewissenlosen Opportunismus, mit dem hier die Ereignisse nach dem eigenen Weltbild zurechtgerückt werden. Im Gegensatz zu den Befreiungskämpfen Indochinas bedeuteten die polnischen Arbeiter- und Volkskämpfe heute keine Schwächung des Imperialismus, schreibt z.B. J. von der RgW-Kommission des KB, „sondern – *unabhängig* von der Berechtigung der Arbeiterkämpfe – bedeutet jede Destabilisierung des RgW eine Schwächung der SU und unter den gegebenen Verhältnissen eine Stärkung des Imperialismus".

Wenn das kein Dogmatismus ist! Möglicherweise könnten die Kämpfe der polnischen Arbeiter vielleicht an sich berechtigt sein, unabhängig davon ist es aber notwendig, sie mit dem Militärstiefel zu unterdrücken, weil widrigenfalls die höherstehenden Interessen der Sowjetunion verletzt werden. Mithin erlaubt die Sta-

nicht ausreichend erfaßt. Jedenfalls lassen sich danach nicht bürgerliche von linken Positionen unterscheiden. Denn über ihren Gegensätzen sind sich amerikanische und westeuropäische Politiker darin einig, daß die bestehenden Blöcke nicht angetastet werden dürfen. So ist wohl auch Genschers „grundlegender Gedanke" zu verstehen, die Interessen der USA und der BRD seien identisch, bloß in der Ausführung seien die Unterschiede. Und Reagans Sanktionen zielen denn auch vor allem auf den Zusammenhalt des eigenen Blocks. Die USA als Oberherren des westlichen Bündnisses sorgen sich, wenn ihre europäischen Verbündeten wirtschaftliche Bindungen mit der UdSSR eingehen, die sie zu politischen Rücksichten *zwingen*.

Wenn wir fordern, daß weitere Wirtschaftshilfe nur gegeben wird und normale Wirtschaftsbeziehungen mit der Sowjetunion und Polen nur fortgeführt werden dürfen, wenn zuvor das Kriegsrecht in Polen aufgehoben wird, so wendet sich dies gegen eine Logik, die nach dem Motto „gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist" Polen zu sowjetischem Eigentum erklärt.

man so will, auch sämtliche Rodungs- und Mauerbauarbeiten entsprechend der „Sofortvollziehbarkeit" Rechtsbruch waren.

Wenigstens einer der zahlreichen Rechtsbrüche des Planfeststellungsverfahrens wurde nun von einem Gericht gerügt. Zu offensichtlich war das Vorgehen von Landesregierung und FAG. Nach Planfeststellungsverfahren sollte die Aschaffenburger Straße untertunnelt werden, gebaut wird aber an der Okrifteler Straße. Eigentlich war beschlossen, daß die Rodungen nur entsprechend dem Voranschreiten der Betonierarbeiten geschehen sollten, jetzt wurde aber gleich das ganze Gelände gerodet.

Das wasserrechtliche Verfahren kann zur Achillesferse des ganzen Startbahnbaus werden. Die Richter haben empfohlen, ein neues Planfeststellungsverfahren einzuleiten, was wiederum Jahre dauern kann. Minister Hoffie (FDP) will dagegen in wenigen Wochen eine einfache Erlaubnis erteilen. Dieses Verfahren ist nur *ein* Punkt, an dem sich die Startbahnbauer in Widersprüche verwickeln. Ob die Startbahn 1984 fertig sein wird, ist daher noch nicht ausgemacht. Genausowenig, daß der Widerstand nicht wieder einen Aufschwung nehmen könnte.

Wasser zu den Wiesen leiten, zugeschüttet, Straßen quer darüber gebaut. Die FAG hat dadurch ganze Arbeit getan, die Beweissicherung für das Wasserrechtsverfahren zu verhindern.

Beim Bau der Startbahn würde das Wasser abgesenkt werden und damit wäre das Naturschutzgebiet erheblich

festgestellt, daß diese verlegt werden soll. Doch für die Verlegung gibt es bis jetzt kein Planfeststellungsverfahren – jede weitere Waldrodung wird wieder Widerstand hervorrufen. Und ohne Verlegung der Leitung wird nie ein Flugzeug auf der Startbahn West starten können ...



Ergebnisse der Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein

wiv.Kiel. Knappe Gewinne der CDU, starke Verluste der SPD – das sind die offensichtlichsten Ergebnisse der Kommunalwahlen vom 7. März. Die Wahlbeteiligung der knapp 2 Millionen Wahlberechtigten lag bei 73,9%, bei den Kommunalwahlen 1978 lag sie noch bei 78,3%. Viele Wähler haben sich folglich nicht viel von einer Stimmabgabe versprochen. Die CDU konnte ihren Stimmenanteil gegenüber der Kommunalwahl '78 von 49,2 auf 50,1% verbessern, die SPD sackte von 40,5 auf 34,6% ab. Die FDP ging von 7,3 auf 6,8% zurück, die Grüne Liste Schleswig-Holstein (rechts-konservativ), die nur in einigen Kreisen kandidierte, sank von 2,4 auf 0,9%, die DKP gar von 0,5 auf 0,3%. Der Südschleswigsche Wählerverband (die Interessenvertretung der dänischen Minderheit v.a. im Raum Flensburg/Schleswig) konnte sich mit 1,8 gegenüber 1,7% gut behaupten, die Grünen (Bundespartei) erreichten bei ihrer ersten Kommunalkandidatur 3,1% bzw. 42973 Stimmen absolut. Die CDU begreift das Ergebnis als Auftrag zur Fortsetzung ihrer Politik, die SPD redet sich mit dem negativen Einfluß der Bundespolitik heraus. Bemerkenswert ist das Abschneiden der Grünen. „Grüne sind in unterschiedlichsten Gruppierungen erfolgreich gewesen. Hier hat sich, bezieht man Wählergruppen mit ein, ein Protestpotential aufgebaut, von dem keiner prophezeihen kann, was da bleibt und wie es bleibt", schreibt der Chefredakteur der „Kieler Nachrichten". Generell läßt sich feststellen, daß politisch tragfähige Bündnisse „grün-alternativ" viele Stimmen bekommen haben, z.B. in Neumünster 7,82%. Dort, wo Zersplitterung vorherrschte, hat keine Gruppierung Mandate erringen können. Dort, wo die Grünen allein kandidierten, sind die Stimmanteile niedriger als im Fall von Bündnissen, seien sie nun organisatorisch abgesichert oder „nur grün", aber auf Grundlage vorheriger politischer Auseinandersetzung und Klärung der Arbeitsschwerpunkte. Kompliziert auch die Situation in der Landeshauptstadt Kiel: Hier haben die Grünen auf Anhieb 5,09% und zwei Sitze in der Ratsversammlung erreicht, immerhin mehr als die FDP mit 5,06%. Hätte es in Kiel ein grün-alternatives Bündnis gegeben, wären mit Sicherheit 7% herausgekommen und damit eine andere Lage in der Ratsversammlung, die sich jetzt mit 23 CDU-Sitzen, 22 der SPD, 2 von FDP und Grünen ziemlich verwickelt darstellt.

Arbeitstreffen von Friedensgruppen in Osnabrück

kvz. Statt des ursprünglich geplanten Bundeskongresses autonomer Friedensinitiativen (BAF, zur Absage siehe KVZ 8/82, S. 2) findet nun endgültig ein Arbeitstreffen am 20./21. März in Osnabrück statt. Die drei Themen, die dort in erster Linie diskutiert werden sollen, sind: NATO-Gipfel und Reagan-Besuch in der Bundesrepublik. – Ist überregionale Koordination der Friedensarbeit notwendig, welches ist gegenwärtig die geeignete Koordinationsform und welche Schritte müssen eingeleitet werden. – Soll ein Bundeskongreß (BAF) zu einem späteren Zeitpunkt durchgeführt werden, wie, wann, wo? Unter diesem Punkt wird der Vorschlag der Freiburger Bunten Liste diskutiert, vom 20.–23. Mai in Freiburg einen solchen Kongreß durchzuführen.

KITA-Gebühren: CDU erreicht Planziel nicht

saa.Westberlin. Am 1.4. wird hier das Gesetz über die Kostenbeteiligung der Eltern an den Kindertagesstätten in Kraft treten. Statt der einheitlichen Zahlung von 40 DM monatlich (für Essen; seit 1979) werden jetzt verlangt: 70 DM bis zu einem Jahreseinkommen der Eltern von 66000 DM, 140 DM bis zu einem von 78000 DM, darüber 280 DM. Geschwisterrabatte und Ermäßigung für sozial Schwache sind vorgesehen. – Unter dem Slogan „Schutz der Familie" will die CDU die Frauen von neuem an den Herd fesseln, indem diese in der Wirtschaftskrise ihre Arbeitsplätze aufgeben sollen. Statt Erziehung von Kleinkindern in Gruppen als gesellschaftliche Aufgabe mit staatlicher Unterstützung – ein Erziehungsgeld für die Haus-Frauen. Dieses Konzept wollte die CDU durch finanziellen Druck von 200–300 DM für einen Kitaplatz durchsetzen. Sie konnte aber ihren Plan, daß die Frauen *deswegen* aufhören zu arbeiten, aufgrund des einjährigen Kampfes der Frauen, Erzieher, Gewerkschafter und AL (im Parlament) nicht durchsetzen, ebensowenig wie das Erziehungsgeld. Außerdem haben sich Bezirkselternausschüsse organisiert, die jetzt auch für andere Auseinandersetzungen bereit stehen.

Gerichte werden Kraftwerk Reuter-West nicht verhindern

wog.Westberlin. Für fünf Stunden konnte gleich anfangs der Baubeginn des 600 MW-Kraftwerks Reuter-West durch gerichtliche Entscheidung gestoppt werden, dann erteilte das Landesamt für Arbeitsschutz und technische Sicherheit die Anordnung auf sofortige Vollziehung. Obwohl der Rechtsanwalt der Bürgerinitiative „Energieplanung und Umweltschutz" sofort Baustopp und eine Zwischenverfügung bis zur Entscheidung des Hauptverfahrens beantragt hat, sind die Aussichten, den Bau zu verhindern bzw. noch weiter zu verzögern, nicht eben gut. Zwar stellt die Erteilung der Teilerrichtungsgenehmigung schon insoweit ein die Beteiligungsrechte von Bürgern bei solchen Planungen weiter einschränkendes Novum dar, da sie von dem eigentlichen immissionsrechtlichen Verfahren gänzlich abgekoppelt wurde. Mit einer erstinstanzlichen Begründung des immissionsrechtlichen Vorbescheids ist frühestens im Mai zu rechnen. Trotzdem ist die Bewag heute mit ihrer Kraftwerksplanung so weit wie noch nie. Indes steht eines schon fest: Von den 215 Beschäftigten des geplanten Kraftwerks werden die meisten aus anderen Abteilungen abgezogen, wie ja sowieso bei der Bewag die produzierten Kilowattstunden pro Beschäftigten immer weiter gestiegen sind.

mine · Termine · Te

März

13\. **Hamm.** Außerordentliche Mitgliederversammlung des BBU, bis 14.3.

Frankfurt. Zentrale Demonstration zu El Salvador

Frankfurt. Bundesweite Konferenz zur „Solidarität mit Solidarność"

18\. **Münster.** Kongreß gegen die Interventionspolitik der USA in Mittelamerika, bis 21.3.

19\. **Wien.** Sondersitzung der OPEC

20\. **Recklinghausen.** „Forum Demokratischer Sozialisten" von Coppik, Hansen u.a.

Osnabrück. Arbeitstreffen der Friedensinitiativen, bis 21.3.

21\. **Niedersachsen.** Landtagswahlen

22\. 150. Todestag von Johann Wolfgang v. Goethe

24\. **Frankfurt.** DGB-Seminar zur Entwicklung des Arbeitskampfrechts

25\. **Rom.** 25. Jahrestag der Unterzeichnung des EWG- und Euratom-Vertrages

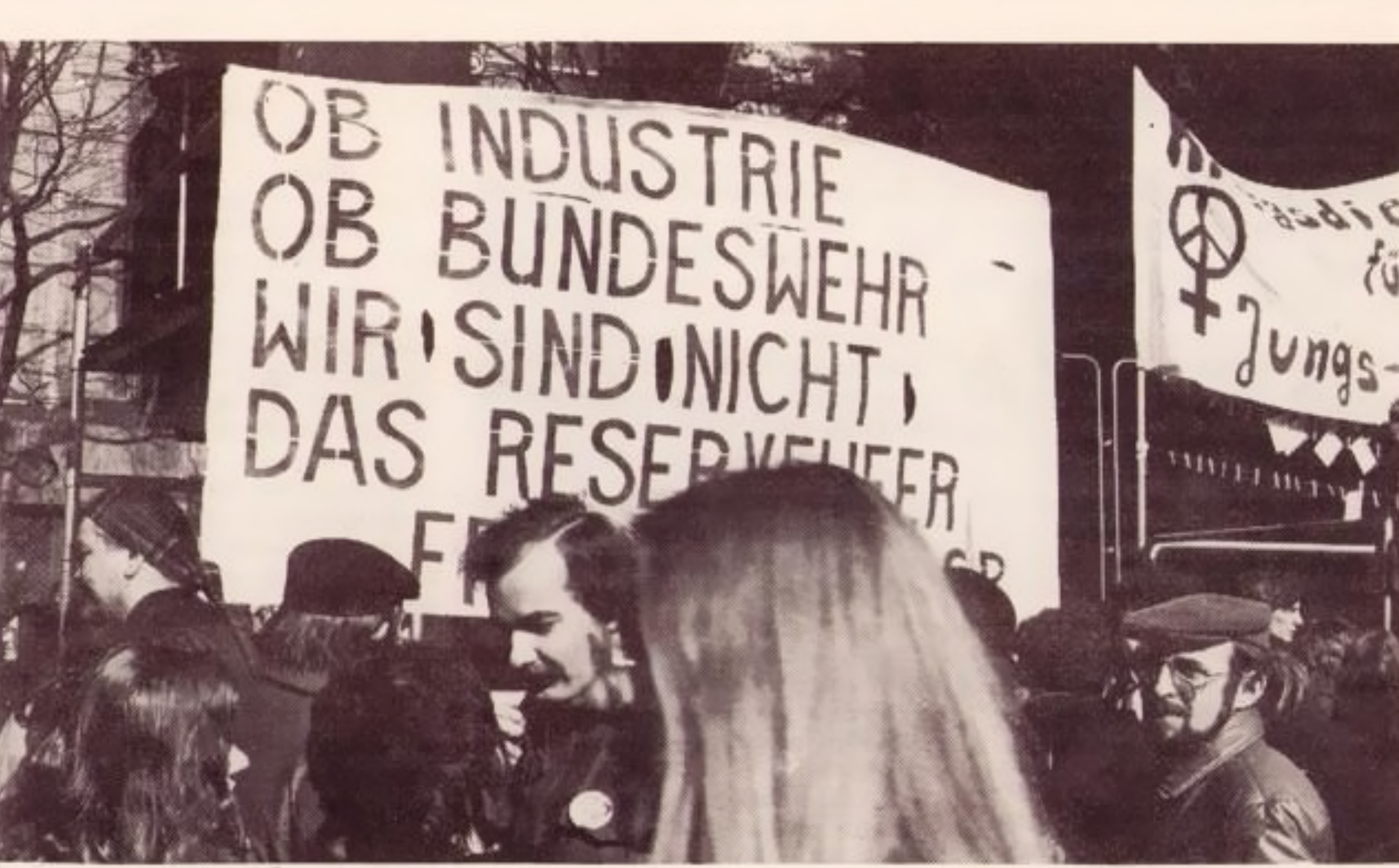
26\. **Osnabrück.** 10. Zentraler Jugendtag der Gewerkschaft Textil-Bekleidung, bis 27.3.

Frankfurt. Kongreß der „Kritischen Kräfte in der DFG/VK", bis 28.3.

27\. **Böblingen.** Bundesangestelltenkonferenz der IG Bau, Steine, Erden, bis 28.3.

Internationaler Frauentag 1982

Gegen Unterdrückung und Krieg, für Gleichberechtigung und Frieden – dieses Motto von 1910 ist nicht gerade unaktuell. Für die Frauen und die fortschrittlichen Organisationen in den verschiedenen Ländern Westeuropas hat der traditionelle Tag aber eine unterschiedliche Bedeutung. Das soll auf dieser Seite mit ziemlich zufälligen Berichten über Aktionen um den 8. März 1982 beleuchtet werden.



Frankfurt
Die Demonstration des Frankfurter Frauenforums, die am 6.3. durch die Innenstadt zum Paulsplatz führte, hatte zum Thema „Weder Kochtopf noch Stahlhelm"; sie blieb allerdings einseitig beschränkt auf die Propaganda, die Dienstpflicht für Frauen im Verteidigungs- und Krisenfall zu verweigern. Während der Abschlußkundgebung wurden Unterschriften gesammelt für eine vorsorgliche Verweigerung jener Dienstpflicht, die durch die Notstandsgesetzgebung geregelt ist.

Die Demonstration wurde von der Demokratischen Fraueninitiative, der Demokratischen Frauenorganisation Iran, der „Frauen zum Bund – nein danke"-Gruppe sowie der Frauengruppe des Türkischen Volkshauses durch Transparente unterstützt. – Im vergangenen Jahr hatte sich in Vorbereitung des 8. März das Frankfurter Frauenforum gegründet, ein Zusammenschluß autonomer Frauengruppen, was dann – trotz Verbot – auch eine gute Beteiligung mit etwa 1000 Teilnehmerinnen bewirkte. Offensichtlich haben sich in diesem Jahr weniger autonome Frauengruppen und Einzelne beteiligt; das mag daran liegen, daß die in politischen Gruppen organisierten Frauen innerhalb des Forums inzwischen die Mehrheit bilden, so daß sich „unorganisierte" Frauen nicht repräsentiert sehen. Ein wichtiger Grund liegt jedoch sicherlich darin, daß es keinen festen Diskussionszusammenhang gibt, der dem immerhin knapp 40 Organisationen und Einzelpersonen umfassenden Zusammenschluß die Auseinandersetzung mit Themen, die in der autonomen Frauenbewegung diskutiert werden, ermöglichten. Von der Bedeutung des 8. März ausgehend, war es bestimmt nicht günstig, bloß einen Teilaspekt weiblicher Diskriminierung, wie die Dienstpflicht für Frauen, herauszustellen. Dies entspricht auch keineswegs dem Stand der Auseinandersetzung innerhalb der autonomen Frauenbewegung. – Seitens des Frauenforums als auch auf seiten des DGB (und hier beschlußmäßig) gibt es Berührungsängste, die bisher eine gemeinsame Aktion nicht zustande kommen ließen. Vielleicht ist das ein Punkt, der sich ändern läßt.

Köln
Ungefähr 1500 Frauen haben am Samstag gegen Rotstiftpolitik, die besonders die Frauen trifft, gegen Kriegsdienst in der Bundeswehr und Dienstverpflichtung im Notfall wie gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa demonstriert. Zum ersten Mal hatten autonome Frauengruppen und der DGB-Kreisfrauenausschuß gemeinsam zur Demonstration und der anschließenden Veranstaltung aufgerufen. Am Ende der Demonstration sprachen sich 1100 Frauen gegen jegliche Dienstverpflichtung von Frauen im Kriegsfall aus. Die öffentlich abgegebenen Erklärungen sind am 8. März dem Amt für Zivilschutz überreicht worden. Am Sonntag veranstalteten die Frauenausschüsse der Einzelgewerkschaften eine Podiumsdiskussion mit Frauen von „Heinze" und „Schickedanz" zum Thema „gleicher Lohn für gleiche Arbeit".

In **Karlsruhe** glich die Veranstaltung des DGB eher einer Pflichterfüllung zum traditionellen Datum. 150 Leute besuchten eine Veranstaltung, auf der ein ganz flotter Film, den die Karlsruher Frauen über ihre Beteiligung an der Demonstration der Heinze-Frauen in Kassel gedreht hatten, gezeigt wurde und Schauspieler des Staatstheaters ein etwas flaches Stück zum Frieden aufführten. Ende, keine Diskussion. Daneben fand eine Reihe von Veranstaltungen autonomer Frauengruppen statt, an denen sich auch Gewerkschafterinnen beteiligten. In **Rastatt** dagegen nahm der noch ziemlich junge Kreisfrauenausschuß des DGB den 8. März zum Anlaß, in eine breitere Aufklärungsarbeit einzusteigen. Themen der Kulturveranstaltung waren hier: die Geschichte der Frauenbewegung von der Pariser Commune bis heute, Krieg und Frieden, ein Theaterstück gegen den §218 und die Debatte über die Zukunft von pro familia und die finanziellen und sonstigen Probleme der bestehenden Indikationenregelung bei der Abtreibung. Auf Ständen und Informationstafeln wurde auf die Situation in Kindergärten und Kindertagesstätten aufmerksam gemacht. In **Freudenstadt** stieß der Informationsstand von DGB-Frauen und Frauen der IG Druck auf großes Interesse. Dort war das Kästner-Gedicht „Und als der nächste Krieg begann, da sagten die Frauen NEIN" zu lesen, und es wurden die ungleiche Entlohnung, die schlechteren Ausbildungsbedingungen für Frauen und die Rolle der Frauen als Reservearmee angegriffen. Außerdem wurde über das Antidiskriminierungsgesetz im Rahmen der EG-Anpassung informiert.



Frankreich

Was haben die Frauen von der „großen Veränderung", die die sozialistische Regierung verspricht? Bis jetzt nicht viel, aber Mitterrand und die Ministerin für Frauenfragen, Yvette Roudy, wollten ein Zeichen setzen – letztere, indem sie den Internationalen Frauentag zum Anlaß für einige öffentlich wirksame Besuche von Frauenarbeitsplätzen, für Gespräche mit den Autoritäten der Ämter, in denen Frauen bisher nicht zugelassen sind, und für einen Kommentar in *Le Monde* nahm, wo sie die Geschichte dieses Tages, die Rolle von Clara Zetkin und der Arbeiterbewegung und die Bedeutung der Arbeit der Frauen in der Produktion wie im Haushalt hervorhob („Was wäre, wenn die Frauen aufhörten zu arbeiten?" – eine Sympathiebekundung für den Aufruf der Bewegung für die Befreiung der Frau MLF und der PCF, am 8. März gar nicht oder für vier Stunden nicht zu arbeiten und über die besonderen Probleme der Frauen zu diskutieren) – Mitterrand, indem er 450 Frauen im Elyséepalast empfing und einige konkrete Maßnahmen verkündete (Zugang zu allen Funktionen im öffentlichen Dienst, Anspruch auf 30% der Sitze in Stadt- und Regionalräten, ein Gesetz gegen Diskriminierung, eine Reform des ehelichen Güterrechts sowie die Säuberung der Schulbücher von sexistischen Inhalten).

Die 4000 Frauen, die allein am Montag in Paris demonstrierten, hielten wie Tausende von Frauen, die sich an Aktionen in Stadtteilen und kleineren Orten beteiligten, das nun aber für das Mindeste, was man von einer sozialistischen Regierung erwarten kann, und Spott erntete die Höhe des Haushaltspostens für die Gleichberechtigung, der 0,0025% des Etats ausmacht. Die Demonstrationen richteten sich allgemein gegen Chauvinismus und Ungleichheit und traten für die politische und ökonomische Unabhängigkeit der Frauen, für ein Vorrecht bei der Arbeitsvermittlung und gegen die Doppelbelastung ein, die in Frankreich noch schwerer aufzubrechen ist als hier. Wenig war aber zu Voraussetzungen wie besserer Qualifikation, gleicher Bezahlung und Arbeitszeitverkürzung zu hören.

Wenn auch der Streikaufruf nicht sichtbar befolgt wurde, so haben doch immerhin die Teilnehmerinnen der verschiedenen Veranstaltungen ab Montagmittag schon früh die Arbeit eingestellt. Die Forderung, den 8. März zu einem Feiertag zu machen, ist nicht erfüllt, aber die Regierung hat den Tag zu einem offiziellen Datum erhoben.

Dänemark

bag.Aarhus. In allen größeren Städten riefen auch in diesem Jahr Frauenverbände, Gewerkschaften, Parteien und Komitees zu Veranstaltungen auf. Wie in den Vorjahren war die Bewegung, auch organisatorisch, in zwei Flügel gespalten: eine von den Sozialdemokraten dominierte Gruppe, der sich auch diesmal wieder zahlreiche Gewerkschaften anschlossen, dazu die drei gemäßigten Frauenverbände „Dänische Frauenvereinigung", „Demokratischer Frauenverband Dänemarks" und „Frauen für den Frieden". Den anderen Flügel bildeten die radikale Frauengruppe „Rotstrümpfe" und die links von der Sozialdemokratie stehenden Parteien (VS, SF, KAP und andere). Dieser Flügel konnte sich in diesem Jahr nicht über Forderungen zum Thema Frieden einigen. So kam es zu einer nur von einer Minderheit unterstützten Demonstration mit der Friedensparole „Gegen NATO und Warschauer Pakt", während die Mehrheit dieses Flügels sich mit der allgemeinen Forderung nach Frieden begnügte. In den Reden der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Veranstaltungen spielte der Frieden in diesem Jahr ebenfalls eine außerordentlich starke Rolle, auf vielen von ihnen waren Mitglieder der „Frauen für den Frieden" die Hauptredner.





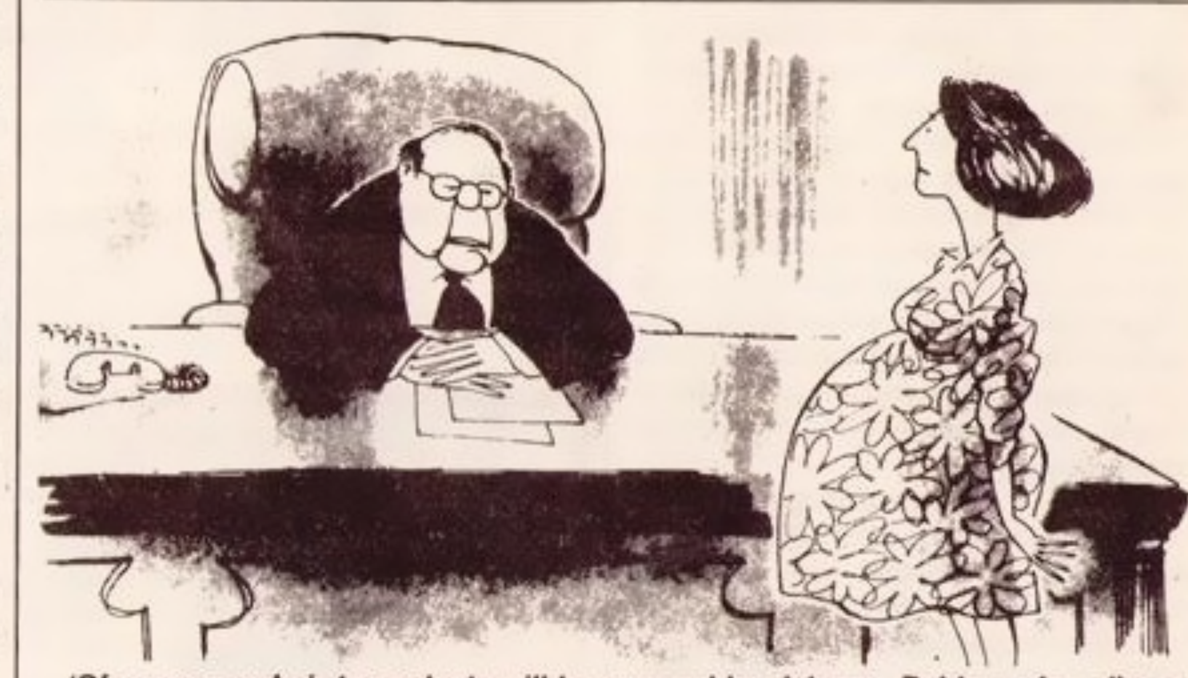


Andere Forderungen, mehr oder weniger scharf formuliert von *allen* Gruppen aufgestellt: „Recht auf Arbeit – gleiches Recht auf Arbeit", „Gleicher Lohn", „35-Stunden-Woche", „Keine Einschränkungen der Arbeitslosenunterstützung", „Gratis Krippen- und Kindergartenplätze für alle Kinder". Dazu die traditionellen Parolen der dänischen Frauenbewegung: „Gleichberechtigung, Frieden und Befreiung" und die Hervorhebung des Frauentages als „internationaler Kampftag".

Schweden

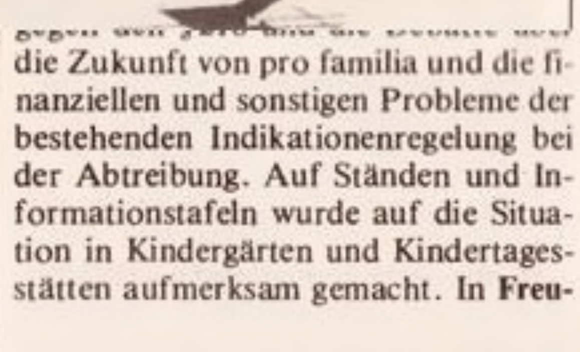
Ein „Komitee 8. März", in dem 20 Frauenorganisationen und alle Parteien außer den regierenden Konservativen vertreten sind, hat unter den Forderungen: Recht auf Arbeit und einen Lohn, der zum Leben reicht; kernwaffenfreies Europa; Frauen, aller Länder, vereinigt Euch! zu einer Demonstration am Montag in Stockholm aufgerufen, an der sich 2000 Frauen beteiligten. Weitere Forderungen, auf die man sich nicht hatte einigen können, die aber gerufen wurden und auf Transparenten zu sehen waren: – Beibehaltung der Abtreibungsregelung – Quotenregelung in allen politischen Repräsentativorganen – Der 8. März ein Feiertag für alle – Keine Ausweisung für mit Schweden verheiratete Ausländerinnen nach der Scheidung – Verbot der Anti-Baby-Spritze – Frauenhäuser in allen Städten.

Der Aufruf richtet sich außerdem gegen die drastischen Einsparungen in der Alten- und Kinderversorgung und tritt für die Erhaltung solcher Frauenarbeitsplätze und die Sicherung der von Frauen durchgeführten sozialen Dienste ein mit angemessener Bezahlung. Er wendet sich gegen die hohen Militärausgaben (die Frauen, 51% der Bevölkerung, fordern Umverteilung dessen, worüber eine männergesteuerte Gesellschaft und Hirne wie das Reagans mit dem Ziel des begrenzten Atomkriegs beschließen). Die Politiker sollten den Reichstagsbeschluß auf eine kernwaffenfreie Zone im Norden endlich ernst nehmen. Das Komitee erkärte sich solidarisch mit den Frauen in anderen Ländern, die am 8. März streiken, wie mit den kämpfenden und unterdrückten Frauen in der ganzen Welt, in den Flüchtlinglagern und Elendsvierteln.



'Of course my hair transplants will be covered by sick pay. Baldness is a disease. Pregnancy, on the other hand, is the natural state of women.'

„Natürlich wird die Krankenversicherung meine Haartransplantation bezahlen. Kahlköpfigkeit ist eine Krankheit. Schwangerschaft hingegen ist das natürliche Wesen der Frauen."
aus: Guardian, Beilage zum Internationalen Frauentag 1982



eine gute Beteiligung mit etwa 1000 Teilnehmerinnen bewirkte. Offensichtlich haben sich in diesem Jahr weniger autonome Frauengruppen und Einzelne beteiligt; das mag daran liegen, daß die in politischen Gruppen organisierten Frauen innerhalb des Forums inzwischen die Mehrheit bilden, so daß sich „unorganisierte" Frauen nicht repräsentiert sehen. Ein wichtiger Grund liegt jedoch sicherlich darin, daß es keinen festen Diskussionszusammenhang gibt, der dem immerhin knapp 40 Organisationen und Einzelpersonen umfassenden Zusammenschluß die Auseinandersetzung mit Themen, die in der autonomen Frauenbewegung diskutiert werden, ermöglichten. Von der Bedeutung des 8. März ausgehend, war es bestimmt nicht günstig, bloß einen Teilaspekt weiblicher Diskriminierung, wie die Dienstpflicht für Frauen, herauszustellen. Dies entspricht auch keineswegs dem Stand der Auseinandersetzung innerhalb der autonomen Frauenbewegung. – Seitens des Frauenforums als auch auf seiten des DGB (und hier beschlußmäßig) gibt es Berührungsängste, die bisher eine gemeinsame Aktion nicht zustande kommen ließen. Vielleicht ist das ein Punkt, der sich ändern läßt.

die Zukunft von pro familia und die finanziellen und sonstigen Probleme der bestehenden Indikationenregelung bei der Abtreibung. Auf Ständen und Informationstafeln wurde auf die Situation in Kindergärten und Kindertagesstätten aufmerksam gemacht. In Freu-

und über die besonderen Probleme der Frauen zu diskutieren) – Mitterrand,

duktion wie im Haushalt hervorhob („Was wäre, wenn die Frauen aufhörten zu arbeiten?" – eine Sympathiebekundung für den Aufruf der Bewegung für die Befreiung der Frau MLF und der PCF, am 8. März gar nicht oder für vier Stunden nicht zu arbeiten

fe" und die links von der Sozialdemokratie stehenden Parteien (VS, SF,

werkschaften anschlossen, dazu die drei gemäßigten Frauenverbände „Dänische Frauenvereinigung", „Demokratischer Frauenverband Dänemarks" und „Frauen für den Frieden". Den anderen Flügel bildeten die radikale Frauengruppe „Rotstrümp-

und die Hervorhebung des Frauentages als „internationaler Kampftag".

Schweden

Ein „Komitee 8. März", in dem 20 Frauenorganisationen und alle Parteien außer den regierenden Konservativen vertreten sind, hat unter den Forderungen: Recht auf Arbeit und einen Lohn, der zum Leben reicht; kernwaffenfreies Europa; Frauen, aller Länder, vereinigt Euch! zu einer Demonstration am Montag in Stockholm aufgerufen, an der sich 2000 Frauen beteiligten. Weitere Forderungen, auf die man sich nicht hatte einigen können, die aber gerufen wurden und auf Transparenten zu sehen waren: – Beibehaltung der Abtreibungsregelung – Quotenregelung in allen politischen Repräsentativorganen – Der 8. März ein Feiertag für alle – Keine Ausweisung für mit Schweden verheiratete Ausländerinnen nach der Scheidung – Verbot der Anti-Baby-Spritze – Frauenhäuser in allen Städten.

Der Aufruf richtet sich außerdem gegen die drastischen Einsparungen in der Alten- und Kinderversorgung und tritt für die Erhaltung solcher Frauenarbeitsplätze und die Sicherung der von Frauen durchgeführten sozialen Dienste ein mit angemessener Bezah-

8. MARTS
BEVÆGELSEN.

Leserbriefe

Verzicht auf Gewerkschaftsunternehmen?

Zum Artikel „Unruhe im und um den DGB", KVZ 8/1982, Seite 1

... Der Genosse Heinemann bleibt den Beweis schuldig, wieso das Geschäftsgebahren von Vietor, Hesselbach und Co. unvermeidlich aus dem Charakter von Arbeitergenossenschaften der Gewerkschaften im Kapitalismus folgt. Er läßt sich auf die Ebene einer konkreten Kritik der gewerkschaftlichen Betriebe gar nicht ein. Aber darum geht es:

1. Zu Vietor, Hesselbach und Co.: Warum sollte es nicht möglich sein, Aufsichtsräte und Vorstände der Gewerkschaftsunternehmen nach der Qualifikationsstufe ihrer Tätigkeit zu bezahlen?

2. Natürlich reicht das nicht, und man muß die Tätigkeit dieser Unternehmen näher untersuchen. Dabei fällt auf, daß diese Unternehmen im wesentlichen nicht Produktionsgenossenschaften sind, sondern Konsumtionsgenossenschaften. Auch die „Neue Heimat" ist ja nicht vor allem eine Genossenschaft für Bautätigkeit, sondern eine Baufinanzierungs-, Vermietungs- und Verkaufsgesellschaft ...

3. Die Frage der Kontrollmöglichkeiten durch die Gewerkschaften wird überhaupt nicht ausgeschöpft. Aus der Graphik in dem Artikel in der KVZ 7/1982 „Die Gemeinwirtschaft der Gewerkschaften" geht jedenfalls hervor, daß die „Beteiligungsgesellschaft für Gemeinwirtschaft" 100%iger Besitz des DGB und einiger Einzelgewerkschaften ist. Ein unüberwindliches Hindernis für die Kontrolle seitens der Gewerkschaften sehe ich da nicht, zumal Kapitalisten wie Flick, Abs, Oetker, Gerling und wie sie immer heißen, ja nicht die Finger drin haben. Es bleibt in dem entsprechenden KVZ-Artikel auch unklar, welchen qualitativen Wandel die Gewerkschaftsbetriebe von Genossenschaften zu sogenannten „gemeinwirtschaftlichen Betrieben" gemacht haben. Wenn es einen gibt, was steht einer Rückverwandlung im Wege?

4. Daß die Streikkassen der Gewerkschaften nicht liquide wären, weil es die Gewerkschaftsunternehmen gibt, ist vollends uneinsichtig. Höchstens kann man bestimmte Anlagearten, bestimmte Anlagehöhen und bestimmte Anlagedauer des Gewerkschaftsgeldes kritisieren. Jedenfalls bin ich dagegen, den Gewerkschaftsvorständen zu empfehlen, unsere Beitragsgelder im Sparstrumpf herumzutragen oder bei der Deutschen Bank einzuzahlen.

Das gewichtigste von allen diesen Problemen erscheint mir jedoch der systematische Verzicht der deutschen Gewerkschaftsbewegung auf die Entfaltung von Produktivgenossenschaften zu sein. Damit überläßt sie den Produktionsprozeß (z.B. im Bauwesen) vollständig der Kapitalverwertung und verzichtet auf wesentliche Einflußmöglichkeiten, was und wie dort produziert wird (und auch wie teuer). Es ist bestimmt der Mühe wert, zu untersuchen, wie es zu dieser Position in der Gewerkschaftsbewegung gekommen ist. Im KVZ-Artikel in 7/1982

schaften ist. Ein unüberwindliches Hindernis für die Kontrolle seitens der Gewerkschaften sehe ich da nicht, zumal Kapitalisten wie Flick, Abs, Oetker, Gerling und wie sie immer heißen, ja nicht die Finger drin haben. Es bleibt in dem entsprechenden KVZ-Artikel auch unklar, welchen qualitativen Wandel die Gewerkschaftsbetriebe von Genossenschaften zu sogenannten „gemeinwirtschaftlichen Betrieben" gemacht haben. Wenn es einen gibt, was steht einer Rückverwandlung im Wege?
4. Daß die Streikkassen der Gewerkschaften nicht liquide wären, weil es die Gewerkschaftsunternehmen gibt, ist vollends uneinsichtig. Höchstens kann man bestimmte Anlagearten, bestimmte Anlagehöhen und bestimmte Anlagedauer des Gewerkschaftsgeldes kritisieren. Jedenfalls bin ich dagegen, den Gewerkschaftsvorständen zu empfehlen, unsere Beitragsgelder im Sparstrumpf herumzutragen oder bei der Deutschen Bank einzuzahlen.
Das gewichtigste von allen diesen Problemen erscheint mir jedoch der systematische Verzicht der deutschen Gewerkschaftsbewegung auf die Entfaltung von Produktivgenossenschaften zu sein. Damit überläßt sie den Produktionsprozeß (z.B. im Bauwesen) vollständig der Kapitalverwertung und verzichtet auf wesentliche Einflußmöglichkeiten, was und wie dort produziert wird (und auch wie teuer). Es ist bestimmt der Mühe wert, zu untersuchen, wie es zu dieser Position in der Gewerkschaftsbewegung gekommen ist. Im KVZ-Artikel in 7/1982
wird konstatiert für das Ende des vorigen Jahrhunderts, daß „die meisten Produktivgenossenschaften gescheitert waren". Im übrigen wird zustimmend bis neutral E. Bernstein mit seiner Schrift „Über die Voraussetzungen des Sozialismus" zitiert, in der er Produktivgenossenschaften mit prinzipiellen Argumenten kritisiert. Gerade hier sollten wir uns aber auf keinen Fall auf die Bernsteinsche Position einlassen. Seine prinzipielle Kritik an Produktivgenossenschaften geht nämlich dahin:

„Sie (die Produktivgenossenschaft, ghe) ist gerade dort, wo die Arbeiter die ausschließlichen Eigentümer sind, in ihrer Verfassung ein lebendiger Widerspruch in sich selbst. Sie unterstellt Gleichheit in der Werkstatt, volle Demokratie, Republik. Sobald sie aber eine gewisse Größe erlangt hat, die verhältnismäßig noch sehr bescheiden sein kann, versagt die Gleichheit, weil Differenzierung der Funktionen und damit Unterordnung notwendig wird. Wird die Gleichheit aufgegeben, dann wird der Eckstein des Gebäudes entfernt und die anderen Steine folgen mit der Zeit nach, Zersetzung und Umformung in gewöhnliche Geschäftsbetriebe tritt ein. Wird aber an ihr festgehalten, dann wird die Möglichkeit der Ausdehnung abgeschnitten, es bleibt bei der Zwergform." (Bernstein: Die Voraussetzungen des Sozialismus, rororo klassiker 252, S. 128 f.)

Man sieht, Bernsteins Argument läuft auf eine prinzipielle Unvereinbarkeit von industrieller Produktion mit genossenschaftlichen Formen (und damit auch Arbeiterselbstverwaltung) hinaus. Dabei bietet die Produktivgenossenschaft gerade gewisse Möglichkeiten, die Produktionsweise zu ändern, und sei es auch nur als Gegenbeispiel innerhalb der herrschenden Produktionsweise. In diesem Fall ziehe ich K. Marx dem Bernstein vor, der im „Kapital" Bd. III auf S. 456 ausführt:

„Die Kooperativfabriken der Arbeiter selbst sind, innerhalb der alten Form, das erste Durchbrechen der alten Form, obgleich sie natürlich überall, in ihrer wirklichen Organisation, alle Mängel des bestehenden Systems reproduzieren und reproduzieren müssen. Aber der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit ist innerhalb derselben aufgehoben, wenn auch zuerst nur in der Form, daß die Arbeiter als Assoziation ihr eigener Kapitalist sind, d.h. die Produktionsmitel zur Verwertung ihrer eigenen Arbeit verwenden. Sie zeigen, wie, auf einer gewissen Entwicklungsstufe der materiellen Produktivkräfte und der ihr entsprechenden gesellschaftlichen Produktionsformen, naturgemäß aus einer Produktionsweise sich eine neue Produktionsweise entwickelt und herausbildet. Ohne das aus der kapitalistischen Produktionsweise entspringende Fabriksystem könnte sich nicht die Kooperativfabrik entwickeln und ebensowenig ohne das aus derselben Produktionsweise entspringende Kreditsystem. Letzteres, wie es die Hauptbasis bildet zur allmählichen Verwandlung der kapitalistischen Privatunternehmungen in kapitalistische Aktiengesellschaften, bietet ebensosehr die Mittel zur allmählichen Ausdehnung der Kooperativunternehmungen auf mehr oder minder nationaler Stufenleiter."

Soweit K. Marx zu den „kapitalistischen Gesetzen" im allgemeinen. Es wird gleichzeitig deutlich, daß wir uns bei Übernahme der Position des Genossen Heinemann nicht irgendeinen untergeordneten Fehler leisten, sondern uns in eine prinzipielle Sackgasse hineinmanövrieren.

Aber Genosse Heinemann wird noch prinzipieller: Er kritisiert, daß die Gewerkschaften „in Beiräten der Ministerien, in Arbeitsgruppen und Sachverständigenausschüssen" mitarbeiten, weil dies „gewerkschaftliche Aktivitäten binde". Es fallen dabei solche Ausdrücke wie „Staatsgewerkschaften". Was soll eigentlich schädlich daran sein, wenn Gewerkschaftsvertreter in Sachverständigengremien zu Bildungs-, Energie- oder sonstigen Fragen sitzen? Wie sollen denn die Gewerkschaften eine selbständige Position zu diesen Fragen entwickeln und dafür Einfluß gewinnen, wenn nicht auch in solchen Gremien? Faktisch wird dort um die Hegemonie bürgerlicher oder proletarischer Lösungsvorschläge und Entwicklungsperspektiven gekämpft. Und das ist eine Voraussetzung ihrer Durchsetzung.

Wenn bestimmte Gewerkschaftsvertreter in den Gremien mit Kapitalisten und Regierung gemeinsame Sache machen, wieso folgt das aus der Mitarbeit in den Gremien und nicht aus der Politik dieser Leute? Ich halte es für ausdrücklich richtig, wenn wir z.B. in Hannover die Forderung des DGB nach einen „Beirat für Beschäftigungsfragen" unter Beteiligung von Kommunalvertretern, IHK etc. unterstützen.

Was sind eigentlich die Alternativen des Gen. Heinemann? Dem DGB würden „Antworten und Konzepte" in der gegenwärtigen Lage fehlen, und weiter: „Bei der Debatte um das Grundsatzprogramm des DGB wurde diese Chance vertan" und da-

prinzipieller: Er kritisiert, daß die Gewerkschaften „in Beiräten der Ministerien, in Arbeitsgruppen und Sachverständigenausschüssen" mitarbeiten, weil dies „gewerkschaftliche Aktivitäten binde". Es fallen dabei solche Ausdrücke wie „Staatsgewerkschaften". Was soll eigentlich schädlich daran sein, wenn Gewerkschaftsvertreter in Sachverständigengremien zu Bildungs-, Energie- oder sonstigen Fragen sitzen? Wie sollen denn die Gewerkschaften eine selbständige Position zu diesen Fragen entwickeln und dafür Einfluß gewinnen, wenn nicht auch in solchen Gremien? Faktisch wird dort um die Hegemonie bürgerlicher oder proletarischer Lösungsvorschläge und Entwicklungsperspektiven gekämpft. Und das ist eine Voraussetzung ihrer Durchsetzung.
Wenn bestimmte Gewerkschaftsvertreter in den Gremien mit Kapitalisten und Regierung gemeinsame Sache machen, wieso folgt das aus der Mitarbeit in den Gremien und nicht aus der Politik dieser Leute? Ich halte es für ausdrücklich richtig, wenn wir z.B. in Hannover die Forderung des DGB nach einen „Beirat für Beschäftigungsfragen" unter Beteiligung von Kommunalvertretern, IHK etc. unterstützen.
Was sind eigentlich die Alternativen des Gen. Heinemann? Dem DGB würden „Antworten und Konzepte" in der gegenwärtigen Lage fehlen, und weiter: „Bei der Debatte um das Grundsatzprogramm des DGB wurde diese Chance vertan" und da-
mit Schluß des Artikels. Also sollen die Gewerkschaften politische Positionen in bestimmten Gremien und ökonomische Positionen in Gestalt gewerkschaftlicher Unternehmen eintauschen gegen rein theoretische Positionen und Forderungen sowie ein papiernes Programm, das zu allem Überfluß ja nun schon verabschiedet ist?

Ich will den Gen. Heinemann nicht in die Ecke der gesellschaftspolitischen Konzeptionen von CDU und FDP stellen. Aber es gibt eine scheinbar diametral entgegengesetzte Ecke, die die Räumung von solchen Positionen durch die Gewerkschaften empfiehlt, die die Reaktion jetzt angreift. Nach der Logik des Gen. Heinemann könnte man ohne weiteres auch Verzicht der Gewerkschaften auf die Mitbestimmung und entsprechende Sitze in Aufsichtsräten empfehlen. Der allgemeinen Fehler dieser Position besteht meiner Meinung nach darin, daß sie den Umwälzungsprozeß der bestehenden Gesellschaftsordnung völlig abstrakt und schematisch faßt: Auf der einen Seite „die kapitalistischen Gesetze", auf der anderen Seite „ein sozialistisches Programm", neuerdings das einer Übergangsregierung. In der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung sind bereits schlechte Erfahrungen mit dem sog. „ehernen Lohngesetz" Lassalles gemacht worden. Wir sollten uns davor hüten, jetzt ein „ehernes Kapitalgesetz" in Umlauf zu setzen, und damit Entwicklungspositionen der Arbeiterbewegung zu liquidieren.

G.H., Hannover

Für eine sozialistische Wochenzeitung

(...) Die meisten KVZ-Leser werden sicherlich der Meinung zustimmen, daß die KVZ in all diesen Punkten in den letzten Monaten, insbesondere seit 1980 enorm verbessert worden ist, daß sie dem Anspruch einer politischen Wochenzeitung viel näher gekommen ist ...

Diese Verbesserung ging aber von Anfang an einher mit einem steten Sinken der verkauften Auflage. Dieser Widerspruch ist schon tausendfach bedauernd beschworen worden, nur erklärt worden ist er bisher nicht. Sicher hat die KVZ noch Schwächen und Fehler. (Man denke nur an seitenlangen Bleiwüsten, an den Mangel kurzer, schnell lesbarer Artikel, wo sich schon vom Äußeren her der Eindruck aufdrängt, daß die KVZ zu sehr auf den bereits interessierten Leser zugeschnitten ist, als auf die Interessierung neuer Leser.) Bei einer allgemeinen Verbesserung scheint es aber sinnlos, die Ursache für ein Sinken der Auflage in den noch verbliebenen Fehlern zu suchen.

Wo liegt die Ursache für den Auflagenverlust der KVZ?

Die KVZ ist eine „Parteizeitung". Sie wird von der Bundesleitung des KBW herausgegeben. Eine „Parteizeitung" liest man, weil man an der Partei Interesse hat, weil man ihr etwas zutraut, weil man eine positive Haltung zu der Herausgeberorganisation hat; zumindest aber, weil man sie für politisch bedeutungsvoll hält. Die KVZ hatte ihre höchste Auflage zu der Zeit, als der KBW den Kampf gegen die Verbotsanträge initiiert hat (Herbst 1977). Viele der damaligen Käufer haben die KVZ gekauft, nicht

Monaten, insbesondere seit 1980 enorm verbessert worden ist, daß sie dem Anspruch einer politischen Wochenzeitung viel näher gekommen ist ...
Diese Verbesserung ging aber von Anfang an einher mit einem steten Sinken der verkauften Auflage. Dieser Widerspruch ist schon tausendfach bedauernd beschworen worden, nur erklärt worden ist er bisher nicht. Sicher hat die KVZ noch Schwächen und Fehler. (Man denke nur an seitenlangen Bleiwüsten, an den Mangel kurzer, schnell lesbarer Artikel, wo sich schon vom Äußeren her der Eindruck aufdrängt, daß die KVZ zu sehr auf den bereits interessierten Leser zugeschnitten ist, als auf die Interessierung neuer Leser.) Bei einer allgemeinen Verbesserung scheint es aber sinnlos, die Ursache für ein Sinken der Auflage in den noch verbliebenen Fehlern zu suchen.
Wo liegt die Ursache für den Auflagenverlust der KVZ?
Die KVZ ist eine „Parteizeitung". Sie wird von der Bundesleitung des KBW herausgegeben. Eine „Parteizeitung" liest man, weil man an der Partei Interesse hat, weil man ihr etwas zutraut, weil man eine positive Haltung zu der Herausgeberorganisation hat; zumindest aber, weil man sie für politisch bedeutungsvoll hält. Die KVZ hatte ihre höchste Auflage zu der Zeit, als der KBW den Kampf gegen die Verbotsanträge initiiert hat (Herbst 1977). Viele der damaligen Käufer haben die KVZ gekauft, nicht
weil sie mit dem KBW sympathisierten, sondern weil sie den KBW für politisch bedeutsam hielten, weil der Kampf gegen die Verbotsanträge für die Erhaltung der Organisationsfreiheit allgemein von Bedeutung war. Daß die verkaufte KVZ-Auflage ab dann kontinuierlich sank, lag nicht so sehr am Scheitern unseres Vorschlags, einen Block für „Demokratie und Sozialismus" zustande zu bringen; es lag auch nicht an den spezifischen Fehlern des KBW. Es lag meiner Meinung nach an folgender Entwicklung: Bis Mitte der siebziger Jahre waren die linken Organisationen beherrschend und tonangebend im Rahmen der Kräfte, die links von SPD und DKP politisch aktiv waren oder werden wollten. Seit Mitte der siebziger Jahre wandelte sich das Bild: mehr und mehr entwickelten sich selbstorganisierte Bewegungen, die nicht nur formell, sondern auch vom politischen Inhalt und von den Aktionsformen her unabhängig und autonom waren gegenüber den linken Organisationen. Ich halte diese Entwicklung für positiv, schon allein weil sie den Weg freigemacht hat für die Entfaltung breiter Bewegungen der Aktionseinheit unabhängig von allen Querelen zwischen den linken Organisationen. Diese Entwicklung hat natürlich die Bedeutung der linken Organisationen relativiert. Sie hat in der Praxis jeden Führungsanspruch zur Farce gemacht. Natürlich bleiben den linken Organisationen wichtige Aufgaben. Durch theoretische Analyse wie durch politische Überzeugungsarbeit müssen und können sie nicht nur die Tageskämpfe fördern, sondern auch jedem Kampf eine Perspektive geben im Rahmen eines Gesamtkonzeptes für die Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Das geht aber nur noch durch Analyse und Überzeugung. Eine Führungsrolle zu haben – sei es aus politischem Anspruch, sei es aus organisatorischer Kraft – das ist (Gott sei Dank) vorbei. Der Führungsanspruch aber, und die vielfältigen politischen, theoretischen und taktischen Fehler der linken Organisationen haben in vielen, gesellschaftlich wirkungsvollen Bewegungen dazu geführt, daß man den Organisationen gegenüber mißtrauisch ist; daß man die erreichte partei- und organisationsmäßige Unabhängigkeit und Autonomie verteidigt wie seinen Augapfel ...

So ist es nicht verwunderlich, daß sich eine Krise der „Parteizeitungen" eingestellt hat. *Alle* „Parteizeitungen" der antirevisionistischen Linken kämpfen mit sinkenden Verkaufszahlen und sind von ihrer Massenwirksamkeit her politisch bedeutungslos. Ähnliches gilt für die UZ und selbst der „Vorwärts" krebst am Existenzminimum und hat im Verhältnis zur SPD-Mitgliederzahl eine lächerlich geringe Auflage.

... Den meisten Linken in der BRD ist das vollständige Fehlen eines Presseorgans der sozialistischen und kommunistischen Linken mit wenigstens einer gewissen Massenwirksamkeit sicherlich schmerzhaft bewußt. Gerade Polen hat doch eindrucksvoll bewiesen, daß wir dem Konfrontationsgerede von rechts und dem Beschwichtigungsgerede von rosa bis halblinks nichts Massenwirksames im Bereich der Medien entgegenzusetzen haben. Die einzige Zeitung mit einer gewissen Massenwirksamkeit, die konsequent sich für die Solidarność einsetzt, ist die taz. So gesehen ist unsere gute Bericht- und Hintergrundberichterstattung in der KVZ trotz des hohen Aufwandes wirkungslos geblieben.

Es ist daher dringend an der Zeit, in der sozialistischen und kommunistischen Lin-

wegungen dazu geführt, daß man den Organisationen gegenüber mißtrauisch ist; daß man die erreichte partei- und organisationsmäßige Unabhängigkeit und Autonomie verteidigt wie seinen Augapfel ...
So ist es nicht verwunderlich, daß sich eine Krise der „Parteizeitungen" eingestellt hat. Alle „Parteizeitungen" der antirevisionistischen Linken kämpfen mit sinkenden Verkaufszahlen und sind von ihrer Massenwirksamkeit her politisch bedeutungslos. Ähnliches gilt für die UZ und selbst der „Vorwärts" krebst am Existenzminimum und hat im Verhältnis zur SPD-Mitgliederzahl eine lächerlich geringe Auflage.
... Den meisten Linken in der BRD ist das vollständige Fehlen eines Presseorgans der sozialistischen und kommunistischen Linken mit wenigstens einer gewissen Massenwirksamkeit sicherlich schmerzhaft bewußt. Gerade Polen hat doch eindrucksvoll bewiesen, daß wir dem Konfrontationsgerede von rechts und dem Beschwichtigungsgerede von rosa bis halblinks nichts Massenwirksames im Bereich der Medien entgegenzusetzen haben. Die einzige Zeitung mit einer gewissen Massenwirksamkeit, die konsequent sich für die Solidarność einsetzt, ist die taz. So gesehen ist unsere gute Bericht- und Hintergrundberichterstattung in der KVZ trotz des hohen Aufwandes wirkungslos geblieben.
Es ist daher dringend an der Zeit, in der sozialistischen und kommunistischen Lin-
ken eine breite Debatte darüber zu führen, wie wir zu einem massenwirksamen Publikationsorgan kommen können.

Wenn sich alte Wege als Sackgassen erweisen, dann sollte man neue Wege gehen.

Wenn die Organisationsabhängigkeit sich als Hemmnis für die Verbreitung einer Zeitung erweist, dann muß man die Organisationsabhängigkeit abschaffen. Warum z.B. lesen viele Menschen Zeitungen, die der sozialliberalen Koalition nahestehen (Frankfurter Rundschau, Spiegel), weigern sich aber, die Parteizeitungen der Sozis oder der Liberalen zu kaufen? Warum ist es dem spontaneistischen Flügel der Linken gelungen, eine einheitliche Zeitung zu schaffen (taz), die durchaus massenwirksam ist? Beide Male handelt es sich um parteiunabhängige politisch selbständige Redaktionen, die die Zeitung herausgeben. Es wäre z.B. undenkbar, daß die taz als Zeitung einer bestimmten spontaneistischen Organisation die Auflage hätte, die sie heute hat. Die Ursache ist nicht nur die allgemein vorhandene Ablehnung politischer Organisationen. Sie liegt auch positiv darin, daß eine parteiunabhängige Redaktion in viel stärkerem Maße vom Leser abhängig ist und auf seine Bedürfnisse eingehen muß. Eine „Parteizeitung" ist im Endeffekt *nur* von Beschlüssen der jeweiligen Organisation abhängig (sei es nun Bundesleitung oder DK). Sie ist auch finanziell über die Partei abgesichert und kann auch (siehe KVZ) bei ständig sinkender Auflage immer weiter machen. Eine unabhängige Redaktion ist dagegen vom Verkauf der Zeitung und damit von den Käufern (Lesern) abhängig. Sie muß in viel größerem Umfang auf die Bedürfnisse der Leserschaft eingehen. Die Leserschaft hat durch Kritiken wie auch durch Kaufverweigerung viel größeren Einfluß auf die Zeitung.

Wohlgemerkt – es geht dabei nicht um eine Proporzzeitschrift ...

Das Ziel muß also sein, eine organisatorisch, politisch und finanziell unabhängige sozialistische Wochenzeitung zu schaffen.

Das ist unkonventionell, besonders, wenn sich der KBW dafür einsetzen soll. Aber ist es auch unrealistisch?

Unrealistisch wäre es, wenn in der sozialistischen und kommunistischen Linken in der BRD kein Bedürfnis nach einer unabhängigen sozialistischen Wochenzeitung vorhanden wäre. Quantitativ ist diese Strömung der Linken auf jeden Fall in der Lage, eine unabhängige Wochenzeitung zu tragen. (Wenn die KVZ sich bei 4000er Auflage bei 1,80 DM Einzelpreis selbst trägt, kann man überschlagen, daß eine Wochenzeitung gleichen Umfangs sich bei 12 bis 15000er Auflage für 1,00 DM Einzelpreis selbst tragen können müßte.)

Die Frage ist also, ob die sozialistische und kommunistische Linke in der BRD eine unabhängige Wochenzeitung haben *will* oder nicht. Das kann niemand aus dem hohlen Bauch beantworten. Das kann man erst nach einer breiten Debatte innerhalb dieses Teils der Linken (gerade auch der örtlichen und regionalen Gruppierungen) beurteilen.

Die Frage ist aber auch: gibt es in der sozialistischen und kommunistischen Linken einen politischen Konsens, der für eine unabhängige sozialistische Wochenzeitung tragfähig ist? Die Erfahrung hat gezeigt, daß es der sozialistischen/kommunistischen Strömung in der Linken immer wieder gelungen ist, sich in bezug auf aktuelle Geschehnisse zu einigen bis hin zu Aktionsein-

sozialistische Wochenzeitung zu schaffen.
Das ist unkonventionell, besonders, wenn sich der KBW dafür einsetzen soll. Aber ist es auch unrealistisch?
Unrealistisch wäre es, wenn in der sozialistischen und kommunistischen Linken in der BRD kein Bedürfnis nach einer unabhängigen sozialistischen Wochenzeitung vorhanden wäre. Quantitativ ist diese Strömung der Linken auf jeden Fall in der Lage, eine unabhängige Wochenzeitung zu tragen. (Wenn die KVZ sich bei 4000er Auflage bei 1,80 DM Einzelpreis selbst trägt, kann man überschlagen, daß eine Wochenzeitung gleichen Umfangs sich bei 12 bis 15000er Auflage für 1,00 DM Einzelpreis selbst tragen können müßte.)
Die Frage ist also, ob die sozialistische und kommunistische Linke in der BRD eine unabhängige Wochenzeitung haben will oder nicht. Das kann niemand aus dem hohlen Bauch beantworten. Das kann man erst nach einer breiten Debatte innerhalb dieses Teils der Linken (gerade auch der örtlichen und regionalen Gruppierungen) beurteilen.
Die Frage ist aber auch: gibt es in der sozialistischen und kommunistischen Linken einen politischen Konsens, der für eine unabhängige sozialistische Wochenzeitung tragfähig ist? Die Erfahrung hat gezeigt, daß es der sozialistischen/kommunistischen Strömung in der Linken immer wieder gelungen ist, sich in bezug auf aktuelle Geschehnisse zu einigen bis hin zu Aktionsein-
heiten bzw. zu gleichen Vorschlägen im Rahmen von Aktionseinheiten, die auch andere Kräfte umfassen. Gerade diese Fragen aber (aktuelle Geschehnisse und Hintergrundinformationen darüber) stehen bei einer sozialistischen Wochenzeitung im Vordergrund. Warum sollte da ein Konsens unmöglich sein? Überdies ist eine unabhängige Wochenzeitung ohnehin offen für unterschiedliche Meinungen. Und ein gewisser Raum für die Grundsatzdebatte innerhalb der Linken ist auch immer vorhanden.

Wichtig ist, daß die Initiative ergriffen wird, um eine Debatte über diese Fragen in Gang zu bringen. Ob es möglich ist, ein Redaktionsstatut mit breitem Konsenscharakter zu erstellen, wird sich im Laufe der Debatte zeigen. Zeigen wird sich dann auch, ob Organisationen und Einzelpersonen bereit sind, das Startrisiko einer solchen Zeitung mitzutragen. Zeigen wird sich auch, ob Kräfte da sind, die eine solche Zeitung praktisch, sei es durch Verkauf, sei es durch Zuschriften, unterstützen wollen.

Bevor eine solche Debatte geführt worden ist, ist es müßig, immer zu wiederholen: „Es geht nicht, weil keiner mitmacht." Zudem müßte die KBW-Bundesleitung zu allererst mal feststellen, daß der KBW für eine unabhängige sozialistische Wochenzeitung seine KVZ aufgeben würde. (Dazu muß leider das KBW-Statut geändert werden.) Möglichkeiten, sich als Organisation zu äußern, bleiben dem KBW immer noch genug, wie ja etwa die kvz-Extrablätter zu Polen und zur Startbahn West belegen. Auch die Wiederherausgabe preiswerter Broschüren ist durchaus überdenkenswert (es müssen ja keine Flugschriften sein).

Es würde also den KBW nicht schwächen, dafür aber die sozialistische und kommunistische Linke der BRD insgesamt stärken, wenn es gelänge, eine unabhängige sozialistische Wochenzeitung zu schaffen.

U.W., Castrop-Rauxel

Bundesweite Initiative gegen Ausländerfeindlichkeit legt Aktionen fest

wal.Frankfurt. Am 6.3. fand in Frankfurt das 3. Treffen der Bundesinitiative gegen Ausländerfeindlichkeit statt. Anwesend waren ca. 60 Vertreter von Initiativen und Komitees gegen die Ausländerfeindlichkeit, für Ausländerrechte u.ä. von Ausländerbeiräten sowie ausländischen und deutschen Organisationen und Vereinen und der AL Berlin und den Grünen. Die Initiative war entstanden als Reaktion auf die Maßnahmen der Bundesregierung und der verschiedenen Länderregierungen zur Durchsetzung eines „Ausländerstopps“, jener Maßnahmen, die den „sozialverantwortlichen Familiennachzug für ausländische Arbeitnehmer in der Bundesrepublik“ regeln sollen. Durch die gemeinsame Diskussion und den Zusammenschluß der verschiedenen Initiativen und Komitees sollen die Aktivitäten gegen die Erlasse koordiniert, Anregungen gegeben und Erfahrungen ausgetauscht werden. In Arbeitsgruppen sollen inhaltliche Positionen zu den wichtigsten Fragen der gegenwärtigen Ausländerpolitik vorgestellt und erarbeitet werden.

Auf dem Treffen am vergangenen Samstag wurde beschlossen, zum 29.4., wenn in München die Länderinnenministerkonferenz neue Maßnahmen gegen die ausländischen Arbeiter und ihre Familien berät und eventuell beschließen wird, bundesweit Aktionen auf örtlicher Ebene oder auf Ebene der Bundesländer gegen diese Politik durchzuführen. Mit Infoständen, Demonstrationen, Kundgebungen etc. in möglichst vielen Städten soll am Samstag, dem 24.4., der Konzentrationspunkt dieser Aktivitäten zur Länderinnenministerkonferenz sein. Ziel dieser Aktivitäten wird es sein, die westdeutsche Bevölkerung über die geplanten und schon beschlossenen Maßnahmen zu informieren und für den Kampf gegen die ausländerfeindliche Politik der Regierung zu gewinnen, und die zunehmende Ausländerfeindlichkeit in der Bevölkerung abzubauen.

Der nächste Konzentrationspunkt im Kampf gegen die Ausländerfeindlichkeit ist der 1. Mai. Hierfür wurde in der Initiative ein zentraler Flugblattentwurf diskutiert und mit Änderungsaufträgen verabschiedet. Ziel ist es, gerade für den 1. Mai von Betrieben und örtlichen Initiativen die Forderung nach gleichen Rechten für deutsche und ausländische Arbeiter zu einem wichtigen Bestandteil der diesjährigen Kundgebungen und Demonstrationen zu machen.

Bei der Vorbereitung des 1. Mai wie den Aktivitäten am 24.4. soll für den bundesweiten Kongreß gegen Ausländerfeindlichkeit am 5. und 6. Juni in Duisburg mobilisiert werden. Auf diesem zentralen Kongreß soll in Arbeitsgruppen über verschiedene Probleme der Ausländer und der Ausländerpolitik diskutiert werden und eine zentrale Veranstaltung stattfinden, zu der auch Politiker der bürgerlichen Parteien eingeladen werden, um sich der Diskussion zu stellen.

Weiterhin ist für den Herbst eine nationale Demonstration geplant, für die auf dem Kongreß mobilisiert werden soll.

Eine der wichtigsten Fragen des gegenwärtigen Kampfes gegen die ausländerfeindliche Politik der Regierungen, die auch auf der Beratung immer wieder Gegenstand der Diskussion war, ist die zentrale Bedeutung, die dem DGB in diesem Kampf zukommt, und wie die Forderungen nach gleichen Rechten für deutsche und ausländische Arbeiter eine breite gewerkschaftliche Basis bekommen und nicht nur in den Festreden am 1. Mai hochgehalten werden, da der DGB-Bundesvorstand in einer Stellungnahme die neuen ausländerfeindlichen Maßnahmen der Regierung unterstützt hat. Dieser Beschluß muß revidiert werden, denn wenn der Kampf gegen diese Regierungsmaßnahmen nicht vom DGB unterstützt wird, wird er weitaus schwieriger zu führen und zu gewinnen sein.

Inhaltlich wird in der Initiative zu folgenden Fragen gearbeitet und sind auch Arbeitsgruppen gebildet worden, die den Kongreß vorbereiten: Asylrecht, rechtliche Stellung und Absicherung der Ausländer; Familienpolitik; Ausbildungs- und Bildungspolitik; Ausländerfeindlichkeit; Kulturarbeit und -politik; Wohnungspolitik; Kommunalpolitik, politische Mitbestimmung; Ausländerpolitik der Verbände, Parteien, Gewerkschaften, Unternehmen; Frauen; Rolle der ausländischen Vereine. Zur Vorbereitung des Kongresses soll ein Reader erstellt werden. Die Federführung für die Bundesinitiative hat die IAF Frankfurt (Interessengemeinschaft der mit Ausländern verheirateten deutschen Frauen), Mainzer Landstr. 239 – 241, 6000 Frankfurt.

Bochumer Arbeiter Zeitung

(Nr. 53) zum internationalen Frauentag:

Hausarbeit zur Krisenbewältigung / Gewaltanalyse autonomer Frauen / Frauenbewegung zur Kriegsgefahr / Rationalisierung bei Graetz.

Gratis bei: Klaus Neuwirth, PF 1823, 463O Bochum 1

Gegen die Mittelkürzungen: 1500 demonstrierten

mar.Köln. Ca. 1500 Eltern mit ihrem Kindern und Erzieher demonstrierten am vergangenen Donnerstag zum Kölner Rathaus, um gegen die Sparmaßnahmen zu protestieren. Bereits im Sommer vergangenen Jahres hatte eine Kundgebung mit 700 Teilnehmern vor dem Rathaus stattgefunden. Seither hat die Landesregierung mit weiteren Mittelstreichungen, Erlassen und zuletzt mit einem Entwurf für ein neues Kindergartengesetz ihre Entschlossenheit zu weiteren Einsparungen gezeigt, und für die Kölner Ratsherren stand fest, daß all das zu rechtfertigen und natürlich auf die Kinder und ihre Eltern abzuwälzen ist. Die Betroffenen haben entsprechend reagiert und seither am Aufbau einer Front gegen diese Maßnahme gearbeitet. In 7 der 9 Kölner Stadtbezirke gibt es inzwischen Bezirkselternräte und vor drei Wochen konnte ein Stadtelternrat gewählt werden. Parallel zum Aufbau der Eltern-



Wehrpsychiater Brickenstein – „Paniktheorie“ im Nebenraum

doh.Stuttgart. Am 3. März sollte als offizielle Veranstaltung der Stuttgarter Ärzteschaft eine Fortbildung in Katastrophenmedizin in Zusammenarbeit mit der Deutschen Gesellschaft für Wehrmedizin und Wehrpharmazie stattfinden. Als Hauptredner war Oberstarzt Brickenstein, Wehrpsychiater, geladen. Gleich zu Beginn der Veranstaltung forderte ein Mitglied der Initiative „Stuttgarter Ärzte und Beschäftigte im Gesundheitswesen gegen den Atomkrieg“ vor den 200 Besuchern eine freie Diskussion über Katastrophenmedizin und Gesundheitssicherstellungsgesetz statt der Referate. Das sollte verhindert werden. Der Veranstalter löste die Veranstaltung auf und einige Besucher, darunter 20 Stabsärzte, abkommandiert und in Uniform, verzogen sich mit dem Redner in einen kleinen Nebenraum.

Brickenstein ist als ranghöchster westdeutscher Wehrpsychiater und langjähriger Leiter der psychiatrischen Abteilung im Bundeswehrkrankenhaus Hamburg inzwischen schon zu trauriger Berühmtheit gekommen: als Erfinder der „Paniktheorie“. Laut Brickenstein gehört das Verhindern von Fehlverhalten bei drohenden Gefahren neben der Feststellung der geistigen Tauglichkeit von Soldaten und der Verhinderung von Selbstmord, Selbstmordversuchen, Selbstverstümmelungen u.ä. zu den wichtigsten Aufgaben der Wehrpsychiatrie. Unter Panik versteht er dabei „eine planlose und unzweckmäßige Abwehr- oder Fluchtreaktion einer zur Menschenmasse degenerierten Menschengemeinschaft auf eine tatsächliche oder vermeintliche Bedrohung“. Sie entsteht bei „Erdbeben, Theaterbränden, Schiffsuntergängen, Hungersnöten, Wirtschaftskrisen oder kriegerischen Auseinandersetzungen“. Zivile und militärische Katastrophen werden völlig gleich als unvermeidliche Naturereignisse dargestellt. Chronische militärische Panik, etwa bei demoralisierten Truppen, hat immer die Tendenz, „in offene Widersetzlichkeiten, Meuterei oder Revolution umzuschlagen“. Wichtige Auslöser für die Panik sind sog. Panikpersonen, die oft schon in Friedenszeiten unter nervösen Störungen leiden und labile Persönlichkeiten sind. Auf diese Personen zielt auch der wichtigste Teil der Brickensteinschen Therapievorschläge.

„– Sofortige Isolierung erkannter Panikpersonen, separate (!) ärztliche Behandlung.

– Ärztliche Aufgaben bekommt der Doktor nicht nur durch knappe zackige Mitteilungen in den Griff, er muß auch bereit sein, Panikpersonen sofort zu isolieren, notfalls brutal.

– Es muß sofort etwas geschehen und wenn die Behandlung eine Ohrfeige oder ein K.O.-Schlag ist.“

Dokument

Aufruf der DGB-Jugend zu Ostern '82

Im folgenden dokumentieren wir den Aufruf der DGB-Jugend zur Veranstaltung an Karfreitag in Dortmund, auf den wir im Kommentar in der Nummer 8/82 der KVZ auf Seite 2 schon eingegangen waren, im Wortlaut.

hat seine besondere Bedeutung auch in der Wahl des Datums, jenes 1. September, an dem Polen von Hitler-Deutschland überfallen und der Zweite Weltkrieg angezettelt wurde.

Ergebnis dieses Weltkrieges ist u.a. die militärische Blockbildung in West und Ost. Die Gewerkschaftsjugend

Konferenz zur Solidarität mit Solidarność Frankfurt, 13./14. März

Beginn: Samstag 15.00 Uhr
Öffentliche Diskussionsveranstaltung über den Vorschlag einer Zehn-Punkte-Erklärung zur weiteren Solidarität

Abends ab 19.30 Uhr:
Polnisch-deutsches Solidaritätsfest

Sonntag, 9.00 – 16.00 Uhr
Konferenz der Komitees und Initiativen

Veranstaltungen

Bielefeld
Diskussionsveranstaltung zu dem Artikel „Reform und Revolution. Probleme der Strategie der Arbeiterbewegung in Westdeutschland“ (Kommunismus und Klassenkampf 1/1982) mit dem Autor Hans-Gerhart Schmierer. Bürgerwache, Raum 7

29.4., wenn in München die Länderinnenministerkonferenz neue Maßnahmen gegen die ausländischen Arbeiter und ihre Familien berät und eventuell beschließen wird, bundesweit Aktionen auf örtlicher Ebene oder auf Ebene der Bundesländer gegen diese Politik durchzuführen. Mit Infoständen, Demonstrationen, Kundgebungen etc. in möglichst vielen Städten soll am Samstag, dem 24.4., der Konzentrationspunkt dieser Aktivitäten zur Länderinnenministerkonferenz sein. Ziel dieser Aktivitäten wird es sein, die westdeutsche Bevölkerung über die geplanten und schon beschlossenen Maßnahmen zu informieren und für den Kampf gegen die ausländerfeindliche Politik der Regierung zu gewinnen,

tionale Demonstration geplant, für die auf dem Kongreß mobilisiert werden soll.

Eine der wichtigsten Fragen des gegenwärtigen Kampfes gegen die ausländerfeindliche Politik der Regierungen, die auch auf der Beratung immer wieder Gegenstand der Diskussion war, ist die zentrale Bedeutung, die dem DGB in diesem Kampf zukommt, und wie die Forderungen nach gleichen Rechten für deutsche und ausländische Arbeiter eine breite gewerkschaftliche Basis bekommen und nicht nur in den Festreden am 1. Mai hochgehalten werden, da der DGB-Bundesvorstand in einer Stellungnahme die neuen ausländerfeindlichen Maßnahmen der Regierung unterstützt hat. Dieser Be-

tag:
Hausarbeit zur Krisenbewältigung / Gewaltanalyse autonomer Frauen / Frauenbewegung zur Kriegsgefahr / Rationalisierung bei Graetz.
Gratis bei: Klaus Neuwirth, PF 1823, 463O Bochum 1

Gegen die Mittelkürzungen: 1500 demonstrierten

mar.Köln. Ca. 1500 Eltern mit ihrem Kindern und Erzieher demonstrierten am vergangenen Donnerstag zum Kölner Rathaus, um gegen die Sparmaßnahmen zu protestieren. Bereits im Sommer vergangenen Jahres hatte eine Kundgebung mit 700 Teilnehmern vor dem Rathaus stattgefunden. Seither hat die Landesregierung mit weiteren Mittelstreichungen, Erlassen und zuletzt mit einem Entwurf für ein neues Kindergartengesetz ihre Entschlossenheit zu weiteren Einsparungen gezeigt, und für die Kölner Ratsherren stand fest, daß all das zu rechtfertigen und natürlich auf die Kinder und ihre Eltern abzuwälzen ist. Die Betroffenen haben entsprechend reagiert und seither am Aufbau einer Front gegen diese Maßnahme gearbeitet. In 7 der 9 Kölner Stadtbezirke gibt es inzwischen Bezirkselternräte und vor drei Wochen konnte ein Stadtelternrat gewählt werden. Parallel zum Aufbau der Eltern-

strophenmedizin und Gesundheitssicherstellungsgesetz statt der Referate. Das sollte verhindert werden. Der Veranstalter löste die Veranstaltung auf und einige Besucher, darunter 20 Stabsärzte, abkommandiert und in Uniform, verzogen sich mit dem Redner in einen kleinen Nebenraum.

Brickenstein ist als ranghöchster westdeutscher Wehrpsychiater und langjähriger Leiter der psychiatrischen Abteilung im Bundeswehrkrankenhaus Hamburg inzwischen schon zu trauriger Berühmtheit gekommen: als Erfinder der „Paniktheorie“. Laut Brickenstein gehört das Verhindern von Fehlverhalten bei drohenden Gefahren neben der Feststellung der geistigen Tauglichkeit von Soldaten und der Verhinderung von Selbstmord, Selbstmordversuchen, Selbstverstümmelungen u.ä. zu den wichtigsten Aufgaben

etwa bei demoralisierten Truppen, hat immer die Tendenz, „in offene Widersetzlichkeiten, Meuterei oder Revolution umzuschlagen“. Wichtige Auslöser für die Panik sind sog. Panikpersonen, die oft schon in Friedenszeiten unter nervösen Störungen leiden und labile Persönlichkeiten sind. Auf diese Personen zielt auch der wichtigste Teil der Brickensteinschen Therapievorschläge.
„– Sofortige Isolierung erkannter Panikpersonen, separate (!) ärztliche Behandlung.
– Ärztliche Aufgaben bekommt der Doktor nicht nur durch knappe zackige Mitteilungen in den Griff, er muß auch bereit sein, Panikpersonen sofort zu isolieren, notfalls brutal.
– Es muß sofort etwas geschehen und wenn die Behandlung eine Ohrfeige oder ein K.O.-Schlag ist.“

Dokument

Aufruf der DGB-Jugend zu Ostern '82

Im folgenden dokumentieren wir den Aufruf der DGB-Jugend zur Veranstaltung an Karfreitag in Dortmund, auf den wir im Kommentar in der Nummer 8/82 der KVZ auf Seite 2 schon eingegangen waren, im Wortlaut.

•

Am 13. Dezember 1981 wurde in Polen das Kriegsrecht verhängt. Dies war die Reaktion des herrschenden Machtapparates, um eine eigenständige politische Entwicklung in Polen zu verhindern und die unabhängige Gewerkschaft „Solidarität“ zu zerschlagen. Gleichzeitig befindet sich das Land in großer ökonomischer Not. Die ausreichende Versorgung mit Lebensmitteln und Medikamenten ist gefährdet. Für uns besteht eine aktuelle und historische Verpflichtung, dem polnischen Volk in dieser Situation zu helfen. Von deutschen Nationalsozialisten wurden Millionen Polen ermordet und in KZs gefoltert. Als Gewerkschafter ist es uns darüberhinaus Verpflichtung, Solidarität mit unterdrückten und gemaßregelten Kolleginnen und Kollegen zu üben. Wir fordern:

– die Aufhebung des Kriegsrechts in Polen,
– die Freilassung inhaftierter Gewerkschafter und die Aufhebung der unter dem Kriegsrecht verhängten Urteile,
– die Gewährleistung freier gewerkschaftlicher Betätigung für „Solidarität“ und die Wiederaufnahme von Verhandlungen durch die polnische Regierung.

Die Gewerkschaftsjugend lehnt Wirtschaftssanktionen als ein untaugliches Mittel ab.

Unserer Verantwortung gegenüber dem polnischen Volk stellen wird uns nicht erst heute. Die Gewerkschaftsjugend hat als erste gemeinsam mit anderen die Aussöhnung mit den Polen praktisch vollzogen. Der Antikriegstag hat seine besondere Bedeutung auch in der Wahl des Datums, jenes 1. September, an dem Polen von Hitler-Deutschland überfallen und der Zweite Weltkrieg angezettelt wurde.

Ergebnis dieses Weltkrieges ist u.a. die militärische Blockbildung in West und Ost. Die Gewerkschaftsjugend verurteilt die Logik der Blöcke, die den Frieden bedroht, den Rüstungswettlauf verschärft und beansprucht, daß die Völker sich der Herrschaft der einen oder der anderen Supermacht unterwerfen.

Wir sind gegen Militärregime wo auch immer, sei es in Chile, Bolivien, der Türkei oder Polen. Wir treten für die nationale Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit der Grenzen eines jeden Staates ein. Wir verurteilen deshalb auch die in den USA diskutierte Absicht, in El Salvador militärisch zu intervenieren.

Wir treten für eine weltweite kontrollierte Abrüstung ein. Wir fordern vor allem:

– Erarbeitung konkreter Abrüstungsmaßnahmen in Ost und West mit dem Ziel, eine von allen Massenvernichtungswaffen (ABC-Waffen) freie Zone in Europa zu schaffen.
– Beschleunigung und Intensivierung der Wiener Verhandlungen über den Truppenabbau in Europa und Einberufung einer europäischen Abrüstungskonferenz.
– Ächtung des Baus der Neutronenbombe und keine Stationierung in Europa – keine Stationierung weiterer Mittelstreckenraketen in Europa.
– Abbau der bereits stationierten Mittelstreckenraketen in Europa.

Wir werden die Ostertage dieses Jahres nutzen, um für unsere Forderungen in der Öffentlichkeit zu werben und unsere Solidarität praktisch unter Beweis zu stellen. Ostern '82: Für Frieden durch Abrüstung, Solidarität mit allen unterdrückten Völkern, und deshalb auch: Solidarität für Polen!

räte wurde die Zusammenarbeit mit den Erziehern und ihren Gewerkschaften verbessert. Initiiert von der GEW wurde ein Aktionsausschuß von Eltern und Erziehern gebildet, der die Aktivitäten in den einzelnen Stadtteilen mit organisierte und koordinierte, der die Flugblätter und zuletzt eine Informationsbroschüre erstellte. Bald jede Woche einmal wurde der Vorsitzende des Jugendwohlfahrtsausschusses in der letzten Zeit zu bezirklichen Elternversammlungen zitiert. Innerhalb des DGB mußte diese neue Organisation erst noch um Anerkennung kämpfen; der DGB-Kreisvorsitzende wurde zu einer Versammlung eingeladen, Eltern brachten das Problem der Einsparungen im Kindertagesstättenbereich in ihren Industriegewerkschaften zur Sprache. Die Vertreterversammlung der IG Metall und die Delegiertenkonferenz der HBV faßten entsprechende Beschlüsse und auch der DGB-Kreisvorstand unterstützte die Demonstration.

Als weitere Perspektive für die Arbeit gibt der Aktionsausschuß in seiner Broschüre selber an:

„Wir sind uns im klaren darüber, daß die Sparmaßnahmen in den nächsten Haushalten von Bund, Ländern und Städten noch drastsicher ausfallen werden als dieses Jahr. Wir müssen deshalb Gremien schaffen, die über die Stadt Köln hinausgehen und den Aufbau eines Landeselternrates angehen ... Langfristig müssen die betroffenen Eltern und Erzieher aller Städte und Bundesländer gemeinsam mit den Gewerkschaften auf eine grundlegende Wende der Haushaltspolitik auch auf Bundesebene hinarbeiten.“

Konferenz zur Solidarität mit Solidarność Frankfurt, 13./14. März
Beginn: Samstag 15.00 Uhr
Öffentliche Diskussionsveranstaltung über den Vorschlag einer Zehn-Punkte-Erklärung zur weiteren Solidarität
Abends ab 19.30 Uhr:
Polnisch-deutsches Solidaritätsfest
Sonntag, 9.00 – 16.00 Uhr
Konferenz der Komitees und Initiativen
„Solidarität mit Solidarność“, Beschlüsse zur weiteren Arbeit, Wahl eines erweiterten Ausschusses. Die Konferenz ist öffentlich.

ACHTUNG!
Sonntag, 18.00 Uhr:
Liederabend mit Jacek Kaczmarski, einem der bekanntesten polnischen Sänger (Platte „Polnischer Sommer“)
Alle Veranstaltungen finden im Haus der Jugend, Deutschherrenufer, statt.

Redakteur(in) gesucht

Die KVZ-Redaktion sucht eine(n) Redakteur(in). Beginn der Tätigkeit in der Redaktion und Arbeitsschwerpunkte (Ressort) nach Absprache. Interessenten mögen sich mit der Redaktion in Verbindung setzen.

Veranstaltungen
Bielefeld
Diskussionsveranstaltung zu dem Artikel „Reform und Revolution. Probleme der Strategie der Arbeiterbewegung in Westdeutschland“ (Kommunismus und Klassenkampf 1/1982) mit dem Autor Hans-Gerhart Schmierer. Bürgerwache, Raum 7
Donnerstag, 18.3.1982, 19.00 Uhr

Emden
Informationsveranstaltung mit Wieslaw Lis, Gründungsmitglied der unabhängigen polnischen Gewerkschaft Solidarność. Veranstalter: Die Grünen, Rathaus, Festsaal
Dienstag, 16.3.1982, 20.00 Uhr

München
Diskussionsveranstaltung der Initiative „Solidarität mit Solidarność“. Thema: Was will Solidarność, wie können wir Solidarność unterstützen? Es sprechen: ein Vertreter von Solidarność aus Krakau und Gerd Koenen vom Koordinationsausschuß der Komitees. Max-Emanuel-Brauerei, Adalbertstraße
Mittwoch, 17. März, 19.30 Uhr

Kommunistische Volkszeitung

Wochenzeitung. Herausgegeben von der Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Redaktion. Verantwortlich: Bernhard Peters · Gesellschaft, Politik (Inland): Günther Kruse, Bernhard Peters · Ausland: Gerd Koenen, cof, chm · Betrieb, Gewerkschaften: Gerd Heinemann, Michael Ackermann · Wirtschaft: Friedemann Bleicher · Jugend, Kultur: Michael Ackermann

Erscheint im Kühl-Verlag; · Druck: Caro-Druck GmbH, Frankfurt

Anschrift von Verlag und Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Telefon 0611/730231 · Telex: 413080 kuehl d.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 DM, Jahresabonnement 90 DM; Halbjahresabonnement 46 DM; Vierteljahresabonnement 23 DM (jeweils einschließlich Porto) · Abbestellungen sollen 4 Wochen vor Ablauf des Abonnements eingegangen sein; das Abonnement verlängert sich sonst automatisch um den vorher bestellten Zeitraum. Bestellungen an: Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Tel. 0611/730234

ISSN 0720-8898

Spendenkonto des KBW: Frankfurter Volksbank e.G. Kto.Nr. 17132-2 (BLZ 50190000)

Grüne Politik in Bremen

Der politische Bankrott der Bremer Grünen Liste (BGL)

Von 21000 Bremern wurde sie gewählt, die BGL, und sie halfen ihr so, am 7.10.1979 bei den Wahlen zur Bremischen Bürgerschaft die 5%-Hürde zu überwinden. Mit 4 Abgeordneten zog sie in die Bürgerschaft ein, belächelt von den 96 Abgeordneten der etablierten Parteien.

Hervorgegangen ist die BGL aus einem im Januar 1979 gegründeten „Initiativkreis für eine Grüne oder Bunte Liste". Die Bündnisverhandlungen zwischen verschiedenen politischen Gruppierungen innerhalb dieses Initiativkreises scheiterten jedoch daran, daß unterschiedliche Vorstellungen über eine Listenstruktur vorherrschten, und insbesondere die Gruppe um das ehemalige SPD-Mitglied Olaf Dinné eine Zusammenarbeit mit Kommunisten strikt ablehnte. Zunehmend spielten auch inhaltliche Vorstellungen eine Rolle. So strich die BGL die Forderungen nach der 35-Stunden-Woche und Abschaffung des §218 aus ihrem Programm. Ergebnis dieser Spaltung war, daß neben der BGL die Alternative Liste kandidierte, die jedoch nur 1,4% der Stimmen erhielt.

Damit nicht genug. Nachdem die Bundespartei „Die Grünen" und entsprechend auch ein Landesverband Bremen gegründet wurde, traten an die 20 Mitglieder aus dem Landesverband aus, um zukünftig eigenständig als BGL zu arbeiten. Olaf Dinné, der ideologische Kopf der BGL, war bereits bei der Diskussion um die Gründung der Bundespartei gegen einen Beitritt der BGL eingetreten, jedoch die Mehrheit der Bremer Grünen beschloß die Gründung des Landesverbandes.

Allerdings, keiner der 4 BGL-Abgeordneten ist überhaupt Mitglied der BGL selbst und die Mehrheit der 8 Beiräte der BGL arbeitet im Landesverband „Die Grünen".

Nach nunmehr fast zweieinhalb Jahren Politik der BGL darf man sagen, daß sie geradewegs ihrem politischen Bankrott entgegenmarschiert, scharf kritisiert von den Alternativen und Grünen, die sich verraten und hinter das Licht geführt vorkommen.

In einer Erklärung des Landesverbandes „Die Grünen" vom Dezember 1981 heißt es unter anderem: „Die vier Bürgerschaftsabgeordneten der „Bremer Grünen Liste" (...) und ein kleiner Mitarbeiterkeis isolierten sich in ihrer kommunalpolitischen Arbeit und erschwerten die Zusammenarbeit, die von der breiten Mehrheit weiterhin angestrebt wurde. Mehrere Versuche, im Laufe der Jahre 1980/81 durch klärende Gespräche zu einer möglichen Zusammenarbeit zu gelangen, endeten schließlich mit der Verweigerung jeglicher basisdemokratischer Zusammenarbeit durch die vier Abgeordneten."

Eine ähnlich lautende Erklärung verabschiedete die Alternative Liste im Dezember 1981: „Doch nach zwei Jahren Arbeit der BGL in der Bürgerschaft läßt sich feststellen, daß die Hoffnungen ihrer Wähler, sie würde eine Politik im Sinne von Bürgerinitiativen und gegen die etablierten Parteien machen, gründlich enttäuscht wurden. Von Anfang an hat sich die BGL gegenüber denen, die sie einmal gewählt haben, bewußt isoliert. Sie hat ihre Politik damit jeder politischen Kontrolle entzogen, zugleich aber auch auf die Unterstützung durch eine aktive Basis verzichtet, ohne die alternative Politik nicht durchsetzbar ist."

Wie hat konkret die Politik der BGL ausgesehen? In den ökologischen Positionen und Forderungen gibt es kaum Differenzen, dieses bescheinigt auch der Landesverband „Die Grünen" der BGL, allerdings was gesellschaftspolitsiche Fragen anbelangt, ist die BGL von reaktionären Positionen nicht weit entfernt.

Bereits in der Haushaltsdebatte 1979 machte die BGL Schlagzeilen, als Olaf Dinné für kräftige Einsparungsmaßnahmen eintrat und zwar insbesondere in den Bereichen Jugend, Sport, Soziales, Bildung, Gesundheit, Umweltschutz. Inhaltlich ging es ihm dabei darum, den Bremer Wachstumshaushalt zu beschneiden, zumal z.B. von den Bürgern in Selbsthilfe errichtete Freizeiteinrichtungen billiger seien.

Jedoch auch die „freie Entfaltung der Bürger" lag der BGL am Herzen, z.B. im Bereich der Schule und des Wohnungsbaus. So Oaf Dinné: „Grüne wollen einen restriktiven Rahmen mittels entsprechender Flächennutzungs- und Bebauungspläne, der in diesem Fall die bremische Bauweise festschreibt. Innerhalb dieser Begrenzung kann jeder sich ein Haus kaufen, bauen lassen, selbst bauen, mieten, umbauen oder wie auch immer."

Allerdings gedachte der Architekt Dinné bei diesem auf das Sanierungsgebiet Ostertor gemünzten Beitrag, seine eigenen Schäfchen ins Trockene zu bringen und kräftig in den Häuser- und Grundstückskauf einzusteigen. Politische Unterstützung holte er sich von einigen Anwohnern, indem er maßgeblich an der Gründung der „Schutzgemeinschaft Ostertor" beteiligt war, eine „Schutzgemeinschaft", die sich politisch gegen Randgruppen, wie Ausländer, Wohngemeinschaften und Hausbesetzer richtete und, wie einmal ein Kommentator schrieb, an ein Blockwartsystem erinnere.

Delphine Brox forderte die Unterstützung alternativer Schulmodelle, die aus der Unzufriedenheit der Eltern mit der Schule des Staates entwickelt werden, z.B. ein „Ökumenisches Gymnasium". Sie verschwieg allerdings, daß 75% der Plätze dieses „Ökumenischen Gymnasiums" mit der Zahlung von Schulgeld verbunden sind.

Der Staat und insbesondere die SPD sind Hauptgegner der BGL. Axel Adamietz in einem Interview: „Wir sind von der ersten Minute an von der SPD so behandelt worden, wie der Teufel, der das Weihwasser vergiftet hat ..., daß sich niemand wundern darf, wenn wir die als unseren hauptsächlichen politischen Gegner sehen."

Delphine Brox schrieb als Gastkommentator im CDU-Blatt „Weserreport" vom 27.9.1981: „Die SPD glaubte und glaubt immer noch, die Sättigung der Wirtschaft und unserer Gesellschaft insgesamt durch üppige Staatsausgaben überwinden zu können. Das führte zu der unglaublichen Staatsverschuldung einerseits und der regelrechten Züchtung von Chaoten andererseits: der normale Bürger bezahlt mit seinen Steuern diejenigen, die ihm anschließend den Laden einschlagen, ihn ausplündern und sein Häuschen mit ekelhaften Parolen beschmieren."

Peter Willers beschrieb die Politik Olaf Dinnés einmal folgendermaßen: „In einer von ihm (Olaf) formulierten Situationsanalyse sieht er eine de-facto-Allianz zwischen etablierten Parteien und Randgruppen gegen die Interessen der großen Mehrheit der ‚normalen' Bevölkerung ... Für Bremen bedeutet das in seiner Sicht, einen Machtwechsel von der SPD zur CDU herbeizuführen und – wenn dies 1983 gelungen sein sollte – mit der CDU in eine Koalition einzutreten. Dinnés Ziel: damit an die von ihn ausgemachten 40% potentieller Grünwähler heranzukommen. Er erklärt, mit dieser Strategie eine Entwicklung in Richtung Faschismus verhindern zu wollen, indem man mit den Wölfen heult und die Spitze der Entwicklung dann abbiegt."

Peter Willers scherte aus und forderte 1981 öffentlich den Rücktritt Olaf Dinnés. Obwohl er in vielen Punkten noch mit der Politik der BGL übereinstimmte, versuchte er mit dem Landesverband „Die Grünen" ins Geschäft zu kommen. Die Kritik des BGL-Abgeordneten Willers an der politischen Linie Dinnés und die Rücktrittsforderung erwiesen sich jetzt als ein Bumerang. In einer Pressekonferenz am 26.2.1982 forderte die BGL den Ausschluß Peter Willers mit der Begründung, daß er Mitglieder der Gruppe diffamiere und mit Chaoten zusammenarbeite. Unabhängig davon, daß Nichtmitglieder ein Nichtmitglied nicht ausschließen können, will Willers seine Arbeit nun alleine als Umweltschützer fortsetzen.

Insgesamt wird die Arbeit der BGL, wie in der Vergangenheit, fern jeder politischen Basis laufen, der einzige, der zumindest mit Unterstützung durch „Die Grünen" rechnen kann, ist Peter Willers.

Diese Situation erschwert auch die Diskussion über ein grün-alternatives Wahlbündnis zu den Bürgerschaftswahlen 1983. Die Erfahrungen aus 1979 und die basisferne Politik der BGL in den letzten Jahren werfen Skepsis auf.

Dennoch trafen sich im November 1981 auf Initiative der ISP (Initiative Sozialistische Politik) über 50 Personen verschiedener linker Organisationen, der AL und des Landesverbandes „Die Grünen", um über die Notwendigkeit und die Möglichkeiten eines grün-alternativen Wahlbündnisses zu diskutieren.

Erstes Ergebnis war eine von über 250 Personen besuchte Veranstaltung im Januar 1982. Festgestellt wurde, daß es notwendig ist, alternative Konzepte zur Wirtschaftspolitik zu entwickeln, gerade in Bremen, das die höchste Arbeitslosenquote hat und dessen Senat drastische Einsparungsmaßnahmen in der Haushalts- und Wirtschaftspolitik beschlossen hat.

In der Metall- und Stahlindustrie sowie den Werften stehen tausende von Arbeitsplätzen auf dem Spiel. Am 9.2. gründete sich ein Initiativkreis grün-alternative Politik. Erstes Ziel ist, einen gemeinsamen Diskussionsprozeß in Gang zu bringen.

Während der Landesverband „Die Grünen" sich distanziert verhält und mehr auf die Bürgerinitiativen und die Selbstorganisation betroffener Bevölkerungsschichten setzt, ist sich der Initiativkreis darüber einig, daß eine grün-alternative Liste sich nicht einzig und allein auf Bürgerinitiativen stützen kann, sondern ebenfalls ein großes Gewicht auf die Gewerkschaftsbewegung gesetzt werden muß.

Die BGL ist politisch fast bankrott und auch der Landesverband „Die Grünen" ist sich darüber klar, daß mit einem kulturell-ökologisch geprägtem Programm keine Wahl zu gewinnen ist. Die Frage der Ökologie oder Arbeitsplätze ist für sie nicht lösbar und stellt sie vor erhebliche Probleme. Die BGL äußert sich nicht zur Frage der erneuten Kandidatur 1983, „Die Grünen" behalten sich eine eigene Kandidatur vor. *dg.Bremen*



Die BGL-Abgeordneten Delphine Brox, Axel Adamietz, Olaf Dinné auf der Pressekonferenz am 26.2.

nia.Westberlin. Die Westberliner Instandbesetzer diskutierten in den letzten Wochen über die Frage „Verhan-

Verhandlungsoffensive der Instandbesetzer

den Besetzern auftreten, soweit die Besetzer nicht selber die Verhandlungen führen wollen.

Beitritt der BGL eingetreten, jedoch die Mehrheit der Bremer Grünen beschloß die Gründung des Landesverbandes.

Allerdings, keiner der 4 BGL-Abgeordneten ist überhaupt Mitglied der BGL selbst und die Mehrheit der 8 Beiräte der BGL arbeitet im Landesverband „Die Grünen".

Nach nunmehr fast zweieinhalb Jahren Politik der BGL darf man sagen, daß sie geradewegs ihrem politischen Bankrott entgegenmarschiert, scharf kritisiert von den Alternativen und Grünen, die sich verraten und hinter das Licht geführt vorkommen.

In einer Erklärung des Landesverbandes „Die Grünen" vom Dezember 1981 heißt es unter anderem: „Die vier Bürgerschaftsabgeordneten der „Bremer Grünen Liste" (...) und ein kleiner Mitarbeiterkeis isolierten sich in ihrer kommunalpolitischen Arbeit und erschwerten die Zusammenarbeit, die von der breiten Mehrheit weiterhin angestrebt wurde. Mehrere Versuche, im Laufe der Jahre 1980/81 durch klärende Gespräche zu einer möglichen Zusammenarbeit zu gelangen, endeten schließlich mit der Verweigerung jeglicher basisdemokratischer Zusammenarbeit durch die vier Abgeordneten."

entfernt.

Bereits in der Haushaltsdebatte 1979 machte die BGL Schlagzeilen, als Olaf Dinné für kräftige Einsparungsmaßnahmen eintrat und zwar insbesondere in den Bereichen Jugend, Sport, Soziales, Bildung, Gesundheit, Umweltschutz. Inhaltlich ging es ihm dabei darum, den Bremer Wachstumshaushalt zu beschneiden, zumal z.B. von den Bürgern in Selbsthilfe errichtete Freizeiteinrichtungen billiger seien.

Jedoch auch die „freie Entfaltung der Bürger" lag der BGL am Herzen, z.B. im Bereich der Schule und des Wohnungsbaus. So Oaf Dinné: „Grüne wollen einen restriktiven Rahmen mittels entsprechender Flächennutzungs- und Bebauungspläne, der in diesem Fall die bremische Bauweise festschreibt. Innerhalb dieser Begrenzung kann jeder sich ein Haus kaufen, bauen lassen, selbst bauen, mieten, umbauen oder wie auch immer."

Allerdings gedachte der Architekt Dinné bei diesem auf das Sanierungsgebiet Ostertor gemünzten Beitrag, seine eigenen Schäfchen ins Trockene zu bringen und kräftig in den Häuser- und Grundstückskauf einzusteigen. Politische Unterstützung holte er sich von einigen Anwohnern, indem er maßgeb-

litischen Gegner sehen."

Delphine Brox schrieb als Gastkommentator im CDU-Blatt „Weserreport" vom 27.9.1981: „Die SPD glaubte und glaubt immer noch, die Sättigung der Wirtschaft und unserer Gesellschaft insgesamt durch üppige Staatsausgaben überwinden zu können. Das führte zu der unglaublichen Staatsverschuldung einerseits und der regelrechten Züchtung von Chaoten andererseits: der normale Bürger bezahlt mit seinen Steuern diejenigen, die ihm anschließend den Laden einschlagen, ihn ausplündern und sein Häuschen mit ekelhaften Parolen beschmieren."

Peter Willers beschrieb die Politik Olaf Dinnés einmal folgendermaßen: „In einer von ihm (Olaf) formulierten Situationsanalyse sieht er ei-

der zumindest mit Unterstützung durch „Die Grünen" rechnen kann, ist Peter Willers.

Diese Situation erschwert auch die Diskussion über ein grün-alternatives Wahlbündnis zu den Bürgerschaftswahlen 1983. Die Erfahrungen aus 1979 und die basisferne Politik der BGL in den letzten Jahren werfen Skepsis auf.

Grünen" ist sich darüber klar, daß mit einem kulturell-ökologisch geprägtem Programm keine Wahl zu gewinnen ist. Die Frage der Ökologie oder Arbeitsplätze ist für sie nicht lösbar und stellt sie vor erhebliche Probleme. Die BGL äußert sich nicht zur Frage der erneuten Kandidatur 1983, „Die Grünen" behalten sich eine eigene Kandidatur vor. dg.Bremen



Die BGL-Abgeordneten Delphine Brox, Axel Adamietz, Olaf Dinné auf der Pressekonferenz am 26.2.

Verhandlungsoffensive der Instandbesetzer

Westberlin: Die Paten legen ein Konzept vor

nia.Westberlin. Die Westberliner Instandbesetzer diskutierten in den letzten Wochen über die Frage „Verhandeln oder nicht; wenn ja, unter welchen Bedingungen?" Währenddessen berieten die Paten und Unterstützer gemeinsam mit dem „Berliner Mieterverein" und dem „Netzwerk Selbsthilfe" schon über die Frage, mit welchen Modellen in Verhandlungen mit Senat und Eigentümern um die Legalisierung der immer noch rund 150 instandbesetzten Häuser eingestiegen werden könne.

Am 28. Februar fiel dann auf dem Gesamtbesetzerrat (aller Bezirke) eine Mehrheitsentscheidung für die Aufnahme von Verhandlungen ohne Vorbedingungen. Erst die Unterschrift unter dann ausgehandelte Verträge soll davon abhängig sein, daß es für alle besetzten Häuser (d.h. auch für die, die nicht verhandeln) ein mindestens einjähriges Räumungsmoratorium gibt, und die Gefangenen freigelassen werden.

Am nächsten Tag wurde dann auf einer Pressekonferenz von den Paten vorgestellt, wie ihrer Meinung nach eine Gesamtlösung für die Häuser aussehen sollte.

Ähnlich wie bei dem im vorigen Jahr vor den Neuwahlen zwischen dem damaligen Vermittlerkreis und dem SPD-Senat ausgehandelten – aber nicht mehr unterzeichneten – Treuhandvertrag sollen entweder mit den Besetzern selber oder über Trägergesellschaften Erbbaurechtsverträge abgeschlossen werden. Sie würden beinhalten, daß dem Senat oder den Hausbesitzern das Eigentum an den Häusern bleibt, die Besetzer aber die Verfügungsgewalt erhalten. Der entscheidende Punkt der Regelung soll die weitestgehende Selbstverwaltung der Häuser durch die Bewohner sein, sowie eine „endgültige" Sicherung vor Abriß oder Luxusmodernisierung.

Nach Ansicht der Paten bestünde damit eine Chance, zu der immer wieder versprochenen „Wende in der Wohnungspolitik" zu kommen. Mit den 150 Häusern könnte ein Beispiel geschaffen werden, wie Alternativen in der Wohnungspolitik aussehen könnten. Franziska Eichstätt vom Berliner Mieterverein rechnete vor, daß nach den Konzepten von Eigentümern und Senat die Modernisierung der Häuser rund 360 Mio. DM kosten wird, wovon 306 Mio. DM aus öffentlichen Mitteln finanziert werden – mit dem Ergebnis erheblicher Mietsteigerungen. Die von den Paten erarbeitete Lösung dagegen würde den Senat maximal 121 Mio. DM kosten: 49 Mio. DM müßte der Staat für den Erwerb der Häuser und für Abfindungen und Planungsentschädigungen an die bisherigen Eigentümer bezahlen. Wenn die Gesellschaften die Erbpachtverträge selbst mit den Besetzern abschließen würden, und der Senat die Häuser nicht erwerben müßte, könnten die Grunderwerbskosten noch gesenkt werden. 72 Mio. DM würden an Instandsetzungskosten für die Häuser anfallen. Bei diesem Betrag gehen die Paten davon aus, daß die Besetzer Eigenleistungen in größerem Umfang erbringen – und in vielen Häusern ja schon erbracht haben –, und daß eine Reihe der Häuser überhaupt kein Geld vom Staat haben will. Auf diese Weise kommen sie zu einem zu finanzierenden Instandsetzungsaufwand von 400 DM/m². Das ist die Hälfte dessen, womit der Senat zur Zeit die Selbsthilfeprojekte der Arbeiterwohlfahrt fördert.

Mit den gesparten 185 Mio. DM könnten weitere 7400 Wohnungen instandgesetzt werden.

Zur politischen Durchsetzbarkeit ihres Vorschlags befragt, erklärte einer der Paten: „Der Senat versucht im Moment, die Hausbesetzerproblematik unterhalb der Schwelle seiner eigenen politischen Verantwortung zu halten. Aber wenn er eine Lösung sucht, wird er die politische Verantwortung dafür übernehmen müssen. – Den Senat zwingen ökonomische Gründe zu einer solchen Lösung: 300000 instandsetzungs- und modernisierungsbedürftige Wohnungen ohne die Selbsthilfeinitiativen in Ordnung bringen zu müssen, bedeutet den Bankrott der bisherigen Wohnungspolitik. Dafür ist einfach kein Geld mehr da."

Diese Überlegung ist darin begründet, daß es nach Angaben des Senats im Jahre 2000 in Westberlin mindestens 340000 sanierungsbedürftige Altbauwohnungen geben wird, die älter als 75 Jahre sind. Und das, selbst wenn es gelingen sollte, wie geplant die beiden „Stadterneuerungsprogramme" bis dahin zum Abschluß zu bringen – was selbst der Senat seit 1978 für undurchführbar hält.

Inzwischen hat der Sonderausschuß der Kreuzberger Bezirksverordnetenversammlung mit den Stimmen der drei CDU-Mitglieder einen Brief an die Kreuzberger Besetzerräte verabschiedet, in dem er sich zustimmend zu dem Vorschlag äußert, durch Räumungsstopp und Verhandlungen zu einer friedlichen Gesamtlösung zu kommen. Er fordert daher vom Senat Zeit für die Suche nach Lösungsmöglichkeiten. Vorbedingung für die CDU-Fraktion ist dabei, daß es zu keinen Neubesetzungen kommt. – Der Sonderausschuß war nach den Räumungen im September auf Antrag der Fraktionen der SPD und der AL gegründet worden, um Möglichkeiten für eine Legalisierung der Kreuzberger Häuser zu finden. Seine Arbeit hat ganz erheblich dazu beigetragen, daß die senatseigenen Wohnungsbaugesellschaften einem faktischen Räumungsstop bis Ostern zugestimmt haben.

„Netzwerk Selbsthilfe" hat am letzten Wochenende vorbehaltlich der Entscheidung der Mitgliederversammlung am 20.3. beschlossen, eine „Netzbau GmbH" zu gründen. Diese „Netzbau GmbH" soll als alternativer Sanierungsträger fungieren und die Trägergesellschaft für die besetzten Häuser werden und als Verhandlungspartner zwischen Eigentümern und Senat und den Besetzern auftreten, soweit die Besetzer nicht selber die Verhandlungen führen wollen.

Schon in der Woche davor hatte der Schöneberger Besetzerrat das Angebot von Netzwerk, als Vermittler aufzutreten, wahrgenommen. In einem Brief wurde Bausenator Rastemborski zu Verhandlungen über fünf teilbesetzte Häuser, die der Spekulantengruppe Hauert&Noack (GrundAG) gehören, aufgefordert. Das Ziel der Verhandlungen ist, daß der Senat die Häuser kauft und Netzwerk die Verfügungsrechte einräumt. Damit soll eine gemeinsame Selbstverwaltung der Häuser durch Mieter und Besetzer im Rahmen des schon seit längerem existierenden Blockrats ermöglicht werden. In den Häusern wohnen rund 80 Besetzer und etwa ebensoviele Mieter, die sich schon vor einiger Zeit den Vorstellungen der Besetzer für eine Selbstverwaltung angeschlossen hatten.

Am Montag, den 8.3., haben 15 der 25 besetzten Neue-Heimat-Häuser einen offenen Brief an den DGB und die Einzelgewerkschaften geschrieben, in dem sie die Gewerkschaften auffordern, sich dafür einzusetzen, daß die Neue Heimat einer „autonomen Selbstverwaltung" der Häuser zustimmt, und keine Strafanzeigen oder Räumungsbegehren gegen die Besetzer stellt.

Von Seiten des Senats ist bisher noch keine Reaktion auf diese Verhandlungsinitiativen bekannt geworden.

Bei einer Umfrage von Infratest im Januar/Februar haben sich 86% der Befragten für eine friedliche Lösung des „Instandbesetzerkonflikts" ausgesprochen.

Wahldiskussion in Hessen geht weiter

Initiative für eine Alternative Liste / Grüne lehnen ab

kow.Frankfurt. In Südhessen läuft momentan eine ziemlich verquere Diskussion über die *Formen* der Beteiligung an den Landtagswahlen im Herbst. Im nebenstehenden Aufruf sowie teilweise in den nachfolgenden Leserbriefen kommen einige Aspekte zum Ausdruck.

Im Januar und Anfang Februar fanden in Frankfurt, Rüsselsheim und Darmstadt Veranstaltungen mit jeweils mehreren hundert Linken statt, auf denen der Anspruch einer Alternativen Liste gegenüber der Grünen Alleinkandidatur fomuliert wurde. Der Hauptzweck sollte sein, möglichst alle oppositionellen Kräfte in Hessen, insbesondere auch die aus der Partei driftenden SPD-Wähler und -Mitglieder durch eine AL zu binden. Die Grünen (Frankfurter und der Landesvorstand) reagierten schroff ablehnend, teilweise mit Parteigehabe und Demagogie. Ihr Hauptargument: Ein solches Bündnis sei nicht basisdemokratisch; landesweit könne es in der kurzen Zeit höchstens zu einem gemauschelten Funktionärsklüngel kommen.

Nun hat sich auch der aus der SPD ausgetretene Manfred Coppik (Offenbach) eingeschaltet. Die „Arbeitsgemeinschaft Unabhängiger Sozialdemokraten", vor einigen Monaten unter großem öffentlichem Interesse gestartet, löste sich gleich wieder auf, als der Bundestagsabgeordnete Coppik verlauten ließ, man werde jetzt eine Vereinigung „Demokratischer Sozialisten" ins Auge fassen; Zusammenschluß sei das Gebot der Stunde. Einen ‚Koordinierungsausschuß' gibt es dafür in Frankfurt schon, allerdings bisher kaum ein Wort dazu, wo man sich *inhaltlich* zwischen Grünen und SPD ansiedeln will, noch weniger dazu, warum wohl alle bisherigen Versuche einer Linkspartei neben der SPD gescheitert sind.

Der abgedruckte Aufruf der Initiatoren der eingangs erwähnten Versammlungen speist sich m.E. aus mehreren Erwägungen:
1. Spekulation mit dem *Namen* Coppik (denn mit ihm will man schließlich zusammenkommen); 2. der Ablehnung des Parteigehabes der Grünen; 3. einer Hochschätzung des Parlaments trotz allem verbalen Antiparlamentarismus; 4. der Hoffnung auf eine vereinigte linke Organisation mittels eines Wahlbündnisses; 5. vor allem aber aus einem gewissem Mangel an Positionen bei der Linken. Zersplittert und deshalb gar kein ernst zu nehmender Verhandlungspartner gegenüber den Grünen sind die Linken in Südhessen in bezug auf die großen gesellschaftlichen Probleme der Wirtschaftskrise, der Umweltzerstörung und der Kriegsgefahr wie auch der Demokratie.

Wir (hessische Bezirke des KBW) werden auf einer *öffentlichen Mitgliederversammlung* (am Sonntag, 14.3., 15 bis 19 Uhr im Schulungszentrum, Frankfurt, Mainzer Landstr. 147) erneut über unser Verhältnis zu diesen Landtagswahlen und den Stand der Wahlvorbereitungen diskutieren.

Wir (hessische Bezirke des KBW) werden auf einer *öffentlichen Mitgliederversammlung* (am Sonntag, 14.3., 15 bis 19 Uhr im Schulungszentrum, Frankfurt, Mainzer Landstr. 147) erneut über unser Verhältnis zu diesen Landtagswahlen und den Stand der Wahlvorbereitungen diskutieren.

Dokument

Für ein alternatives Wahlbündnis

Die gegenwärtige Legislaturperiode des hessischen Landtags ist dadurch gekennzeichnet, daß immer mehr Menschen sich nicht mehr damit zufrieden geben, ihre politische Aktivität darauf zu beschränken, alle vier Jahre ein Kreuz zu machen (oder auch nicht). Im Kampf gegen die Umweltzerstörung, die Startbahn West, den Block C in Biblis und die geplante Wiederaufarbeitungsanlage haben Bürgerinitiativen versucht, direkt politische Entscheidungen zu beeinflussen. Angesichts der krisenhaften Entwicklung der Wirtschaft, zahlreicher Betriebsschließungen und einer staatlichen Wirtschaftspolitik, die der Wegrationalisierung und nicht der Schaffung von Arbeitsplätzen dient, verstärkt sich auch in den Gewerkschaften der Wunsch nach Alternativen zur herrschenden Politik.

Diesen Bemühungen der Bürger haben die hessischen Landtagsparteien in trauter Einheit die Arroganz der Macht entgegengesetzt. 300000 Bürger, die mit ihrer Unterschrift gegen den Bau der Startbahn West Stellung genommen haben, fanden im hessischen Landtag keinen einzigen Abgeordneten, der ihre Position vertreten hätte.

- Startbahn West, Atomkraftwerk Biblis und Wiederaufbereitungsanlage, eine Politik der Zerstörung der natürlichen Lebensbedingungen der Menschen und der rücksichtslosen Durchsetzung privatwirtschaftlicher Interessen verkauft eine heimliche bis offene Allparteienkoalition als „im Interesse des Gemeinwohls".
- Dieselbe unheilige Allianz steht uns im Landtag und Bundestag gegenüber, wenn es darum geht, die Bundesrepublik und Mitteleuropa zur Abschußrampe und zum militärischen Schlachtfeld der beiden großen Militärblöcke und ihrer jeweiligen Führungsmächte zu machen. Überlegungen der NATO sehen nicht nur die militärische Nutzung des gesamten Frankfurter Flughafens im Krisenfall vor, sondern sogar die Zündung einer ersten Atombombe auf Hattenbach bei Fulda.
- Dem herrschenden Block stehen ebenfalls diejenigen gegenüber, die jetzt von Rationalisierung, Massenentlassungen, Werkschließungen, Lohnkürzungen und Haushaltssanierungen betroffen sind – mithin die ganze lohnabhängige Bevölkerung. Ihr haben die etablierten Parteien anzubieten: Kürzungen der Sozialabgaben, Erhöhung der Verbrauchersteuern einerseits, Subventionen, Investitionsanreize, billige Energie für das Kapital andererseits – hierin unterscheiden sich SPD, FDP und CDU nur in Nuancen. Auch die Gewerkschaftsbewegung hat kein wirkliches Sprachrohr im Parlament, das wird z.B. bei der Haushaltsdebatte deutlich.

Regierung, Parlament und Parteien führen die Demokratie gern im Mund, aber ihr Verständnis vom Monopol der Macht ist das gleiche geblieben wie das der Fürsten im Mittelalter. Demgegenüber sagen wir: Demokratie kann nur von unten kommen! Alle diejenigen, die bislang außerparlamentarisch für ihre Interessen gekämpft haben – die Bewegungen für Umweltschutz, für Frieden und die Gewerkschaftsbewegung, deren Zusammenhang gerade am Beispiel der Startbahn West deutlich wird – sollen sich zusammenschließen, um der Arroganz der Machthaber auch im Parlament entgegenzutreten. Uns geht es nicht um die Schaffung einer neuen Partei, sondern um eine dringend notwendige gemeinsame Aktion für eine lebenswerte Zukunft.

Bürger unterschiedlichster politischer Herkunft, Grüne, Alternative, Sozialisten und Kommunisten, oppositionelle Sozialdemokraten, Liberale und Christen sind gemeinsam stark im Widerstand gegen die Startbahn West. Gemeinsam sind sie auch stark mit einer Kandidatur für den hessischen Landtag. Im Kampf um Frieden, Demokratie, Umweltschutz und in der Abwehr einer Krisenpolitik zu Lasten der großen Mehrheit der Bevölkerung verbindet uns mehr, als uns die Zugehörigkeit zu unterschiedlichen Parteien und Organisationen trennt.

Wir fordern ein breites alternatives Wahlbündnis, in dem sich das Drittel der Bevölkerung wiederfinden kann, das diese Politik der hessischen Regierung und des Parlaments ablehnt. Wir wollen vermeiden, daß nur die SPD/FDP-Koalition geschwächt wird, andererseits aber die CDU Nutzen zieht (z.B. wenn viele Bürger gar nicht erst zur Wahl gehen). Unser Ziel bei dieser Landtagswahl muß sein:

- eine absolute Mehrheit Dreggers zu verhindern,
- die FDP, das Zünglein an der Waage, das immer mehr nach rechts ausschlägt, aus dem Landtag zu werfen,
- und eine starke alternative Fraktion hineinzubekommen.

und Haushaltssanierungen betroffen sind – mithin die ganze lohnabhängige Bevölkerung. Ihr haben die etablierten Parteien anzubieten: Kürzungen der Sozialabgaben, Erhöhung der Verbrauchersteuern einerseits, Subventionen, Investitionsanreize, billige Energie für das Kapital andererseits – hierin unterscheiden sich SPD, FDP und CDU nur in Nuancen. Auch die Gewerkschaftsbewegung hat kein wirkliches Sprachrohr im Parlament, das wird z.B. bei der Haushaltsdebatte deutlich.

Regierung, Parlament und Parteien führen die Demokratie gern im Mund, aber ihr Verständnis vom Monopol der Macht ist das gleiche geblieben wie das der Fürsten im Mittelalter. Demgegenüber sagen wir: Demokratie kann nur von unten kommen! Alle diejenigen, die bislang außerparlamentarisch für ihre Interessen gekämpft haben – die Bewegungen für Umweltschutz, für Frieden und die Gewerkschaftsbewegung, deren Zusammenhang gerade am Beispiel der Startbahn West deutlich wird – sollen sich zusammenschließen, um der Arroganz der Machthaber auch im Parlament entgegenzutreten. Uns geht es nicht um die Schaffung einer neuen Partei, sondern um eine dringend notwendige gemeinsame Aktion für eine lebenswerte Zukunft.

Bürger unterschiedlichster politischer Herkunft, Grüne, Alternative, Sozialisten und Kommunisten, oppositionelle Sozialdemokraten, Liberale und Christen sind gemeinsam stark im Widerstand gegen die Startbahn West. Gemeinsam sind sie auch stark mit einer Kandidatur für den hessischen Landtag. Im Kampf um Frieden, Demokratie, Umweltschutz und in der Abwehr einer Krisenpolitik zu Lasten der großen Mehrheit der Bevölkerung verbindet uns mehr, als uns die Zugehörigkeit zu unterschiedlichen Parteien und Organisationen trennt.

Wir fordern ein breites alternatives Wahlbündnis, in dem sich das Drittel der Bevölkerung wiederfinden kann, das diese Politik der hessischen Regierung und des Parlaments ablehnt. Wir wollen vermeiden, daß nur die SPD/FDP-Koalition geschwächt wird, andererseits aber die CDU Nutzen zieht (z.B. wenn viele Bürger gar nicht erst zur Wahl gehen). Unser Ziel bei dieser Landtagswahl muß sein:

- eine absolute Mehrheit Dreggers zu verhindern,
- die FDP, das Zünglein an der Waage, das immer mehr nach rechts ausschlägt, aus dem Landtag zu werfen,
- und eine starke alternative Fraktion hineinzubekommen.

Dies ist nur erreichbar, wenn alle Basisbewegungen zusammenarbeiten und nicht einzelne Parteien oder Organisationen mit Alleinvertretungsansprüchen die gemeinsame Aktion zerstören. Wir, die Unterzeichner, rufen alle auf, die mit diesem Ziel übereinstimmen, sich an ihren Orten zu versammeln, weiter zu diskutieren und Initiativgruppen zu bilden, um ein landesweites alternatives Wahlbündnis zu ermöglichen

Leserbriefe zur Landtagswahl Hessen

Grüne, Alternative Liste und ein Programm zu den Landtagswahlen

Grüne, Alternative Liste und ein Programm zu den Landtagswahlen

Zum Artikel „Wird ein einheitliches Vorgehen möglich sein?", KVZ 6/82, Seite 1

Für *anm* springt immer mehr ins Auge (womit sie sich der Notwendigkeit entzieht, dies zu belegen), daß die „alleinige Kandidatur der Grünen" nicht ermögliche, daß die Kräfte, die im Kampf gegen die Startbahn West und in anderen Kämpfen gewonnen wurden, sich in den Wahlen ausdrücken können. Sollte die Behauptung für die weitere Politik nutzen, so müßte eine Analyse folgen, was eigentlich das Zusammenkommen von Grünen und den zitierten Kräften verhindert.

M.E. zwingen die Landtagswahlen, u.a. unter dem Gesichtspunkt, Dregger zu verhindern und Börner nicht zu lassen, die linke, gewerkschaftliche und alternative Bewegung zur Klärung und Einigung auf eine programmatische Grundlage. Weder eine Aneinanderreihung von Forderungen der BI's, Gewerkschaften und verschiedener politischer Organisationen, noch eine Aneinanderreihung von Allgemeinplätzen, denen jeder zustimmen kann, ist ausreichend.

Notwendig ist der zumindest grob skizzierte Entwurf einer alternativen gesellschaftlichen Organisation; notwendig ist ein inhaltvolles, logisch konsistentes und begründetes Programm. Weniger deshalb, weil sich damit ein besserer Wahlkampf führen läßt, als vielmehr deshalb, weil es notwendig ist, einer Verselbständigung der potentiellen Landtagsfraktion vorzubeugen, die nur Widerspiegelung einer fehlenden oder zerfallenden Basis wäre. Nur mit einem solchen Programm ist das Gegenteil, die Integration der verschiedenen Bewegungen erreichbar. Hier einen Fortschritt zu machen, ist entscheidend, um in den außerparlamentarischen Kämpfen, die Voraussetzung für jede Tätigkeit im Landtag sind, gegen die verschärfte Reaktion der herrschenden Klasse zu bestehen.

Es kommt also (darin bin ich mit *anm* einig) auf die inhaltliche Diskussion mit dem Ziel einer gemeinsamen gesellschaftlichen Perspektive an. Von viel geringerer Bedeutung ist die Frage, ob man sich über diese oder jene einzelne Forderung einigen kann.

Und in dieser Diskussion sind die Grünen am fortgeschrittensten. Andererseits scheint gerade die relative Geringschätzung eines solchen Programms die Befürworter einer AL auszuzeichnen. Sonst wäre zu erwarten gewesen, daß sie sich an der von den Grünen Mitte letzten Jahres mit der Aufforderung zur Beteiligung eröffneten Programmdebatte beteiligt hätten und auch, daß sie inhaltliche Kritik an dem Programmentwurf der Grünen formulieren könnten. Das deutet auch auf das weitere Problem der von diesen Kräften angestrebten Wählervereinigung hin; der fehlenden Kontinuität. Die typische Verlaufsform ist der plötzliche Aufschwung derartiger Bestrebungen und eines derartigen Bündnisses mit einer Hochkonjunktur kurz von dem Wahltag und anschließendem Niedergang bis zum Zerfall. Beispielhaft hat das die GLH oder die WGD, als sie noch mehr war als eine linke Stadtparlamentsfraktion, vollzogen. Daß die Bestrebungen zur Bildung einer AL in Hessen jetzt so kurzfristig vor den Wahlen auftauchen, läßt da keine gute Entwicklung für die Zeit nach den Wahlen erwarten.

Kern des auf der letzten Landesversammlung der Grünen beschlossenen Programmteils zum Punkt „Wirtschaft und Arbeitswelt" ist nicht die in der Presse breitgetretene Forderung nach Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln (das ist nur die öffentliche Kampfansage an die bürgerlichen Parteien), dies ist vielmehr nur logische Konsequenz der grundsätzlichen Forderung: „daß die Betroffenen selbst Entscheidungen darüber treffen, Was, Wie und Wo prodziert wird." Sowie die Festlegung auf die möglichst weitgehende Dezentralisierung der Entscheidungsbefugnis als Mittel, um dies zu erreichen.

Den Grünen Entfernung von „Erfahrungen", „Traditionen und Bedingungen des Kampfes der Arbeiterbewegung" zum Vorwurf zu machen, muß gerade beim KBW merkwürdig erscheinen, wenn man bedenkt, welche Politik wir und erst recht andere „Marxisten-Leninisten" bis vor kurzem gegenüber den Gewerkschaften gemacht haben. Stattdessen wäre Aufklärung darüber notwendig, woher bei der Linken die regelmäßig wiederkehrende Tendenz zu einer „RGO"-Politik rührt und Hilfe bei ihrer Überwindung, insbesondere wenn man bedenkt, daß der „RGO-Flügel", der auf der Landesversammlung der Grünen recht schroff dem gewerkschaftlichen Flügel gegenüberstand, sich vor allem aus den jüngeren Mitgliedern der Grünen bildet.

Wenn *anm* sich letztlich darauf zurückzieht, daß große Teile der Grünen nicht nachvollziehen, was als Programm beschlossen wurde, so unterschätzt sie die Bedeutung des Programms und seiner Diskussion, die Dialektik zwischen Programmformulierung und politischer Praxis. Die Absicht, im Wahlkampf gerade an diesem Punkt die Auseinandersetzung zu suchen, die sich sowohl in der Präambel des Programms wie in der Stellung des Punktes „Wirtschaft und Arbeitswelt" im Gesamtentwurf Ausdruck verschafft, wird auch die Wirkung nach innen verstärken. Wird die Wahlauseinandersetzung so geführt, dann wird sie zwangsläufig den Zusammenschluß der Grünen auf diesem Programm zur Folge haben und eine entsprechende Schwächung der Kräfte, die die beschlossenen Positionen nicht teilen.

Es bleibt zu hoffen, daß auch die Kräfte, die eine AL anstreben, jetzt zur Weiterentwicklung von inhaltlichen Positionen beitragen.

Wo.F., Bensheim

Zum Artikel „Die Grünen zur Hessenwahl: kein Bündnis, aber ein Programm", KVZ 9/82, Seite 7

Der Mangel an Konkretem führt leicht zur utopischen Ausmalung.

Wenn ich auch der Auffassung bin, daß der Programmteil „Wirtschaft & Arbeitswelt" der Grünen zu den Hessenwahlen insofern ein Fortschritt ist, als überhaupt der Versuch gemacht wurde, Forderungen der Arbeiterbewegung und der Bewegungen für Umweltschutz und gegen die Zerstörung der Natur durch die kapitalistische Profitproduktion zusammenzufassen und einen theoretischen Zusammenhang herzustellen, so finde ich, daß der Artikel in KVZ 9/82 eine allzu euphorische Einschätzung vornimmt.

M.E. liegt die Hauptschwäche dieses Programms darin, daß es in bezug auf Hessen keine konkrete Zusammenfassung der wichtigsten Probleme und Forderungen der Arbeiterbewegung wie der demokratischen Bewegung hat, abgesehen von einigen Ausnahmen: Startbahn West, Wiederaufarbeitungsanlage, Kernkraftwerk Biblis. Während es hierbei in wesentlichen um negative, also ablehnende Forderungen geht, sind keine konkreten Forderungen entwickelt bezüglich der Infrastruktur Hessens (z.B. Verkehrskonzeption), der Produktionsstruktur (z.B. konkrete Forderungen für eine alternative Wirtschaftspolitik gerade auch angesichts der stattgefundenen und bevorstehenden Betriebsschließungen in beträchtlichem Umfang). Hier fehlt es gerade auch an der Kritik der bisherigen Politik der Landesregierung und der widersprüchlichen Entwicklung, die der Kapitalismus hervorbringt.

Wo es im Programm der Grünen um diese Fragen geht, nimmt es m.E. Züge von Utopie und schematischen Lösungsvorstellungen an. So wird es für einen Arbeiter, der einigermaßen Kenntnisse über die Zusammenhänge der industriellen Produktion hat, schwierig sein, jemanden zu wählen, der pauschal die Auflösung der großen Produktionseinheiten in viele kleine fordert, der maschinelle Produktion nur dort angewandt wissen will, wo die schwere körperliche Arbeit ersetzt wird.

Sicher enthält dieses Programm viele positive Dinge, die man unterstützen kann (z.B. Besteuerung, Aufbau demokratischer Strukturen für die arbeitende Bevölkerung, Maßnahmen gegen die Zerstörung der Naturbedingungen der Arbeit und der menschlichen Existenz), sie erscheinen jedoch häufig formal und haben Züge von bruchstückhaft Zusammengesetztem an sich. Das alles ist zwar nicht tragisch, müßte aber m.E. genannt werden. Ansonsten dürfte es auch nicht möglich sein, die Reibungen und Konflikte zu verstehen und Wege zu ihrer Lösung finden zu können, die sich zwischen den Grünen und verschiedenen lokalen Alternativen Listen u.ä. entzünden, will man davon wegkommen, darin nur Auseinandersetzungen von Persönlichkeiten und Leuten, die rasch in das Parlament wollen, einerseits und der Massenbewegung andererseits erkennen zu können.

Sollte man deshalb unter bestimmten Bedingungen für die Wahl der Grünen eintreten, dann sicher nicht hauptsächlich wegen ihres Programms. Ich sehe in all dem mehr eine Notlösung. Die Gründe dafür sind m.E.: a) die Landtagswahlen umfassen ein relativ großes Gebiet mit unterschiedlichem Stand der Entwicklung von politischen Bewegungen in den verschiedenen Regionen; b) nur über eine Landesliste und die indirekten Stimmen dürfte es möglich sein, andere Vertreter in das Parlament zu bekommen als die der drei bürgerlichen Parteien; c) um die hierzu notwendige Stimmenzahl zu erhalten (und auch schon um die Kandidatur zu ermöglichen) ist schon eine politische Kraft nötig, die in allen Landesteilen (auch in Nordhessen) die entsprechenden Wähler mobilisieren kann; d) der Zusammenschluß der bestehenden alternativen Listen u.ä. wird m.E. bis zu den Landtagswahlen nicht so weit sein, diese Bedingungen zu erfüllen, v.a. auch, weil seitens des DGB keine offizielle und breite Unterstützung zu erwarten ist. Momentan scheinen nur die Grünen diese Bedingungen einigermaßen erfüllen zu können, und das wahrscheinlich auch nur, wenn allen Teilen die objektiven Bedingungen dieser Notlage klar werden. Günstig sind sicher solche Bestrebungen seitens der alternativen Listen, nicht in den Grünen aufgehen zu wollen, sondern sich selbständig Klarheit zu verschaffen über die notwendigen konkreten Forderungen und ihre Zusammenhänge wie auch, welche Kampfschritte dazu erforderlich sind. Das wird dann auch nicht dazu führen, in der parlamentarischen Arbeit aufzugehen.

S.W., Mainz



Zur Entwicklung des Asylrechts und dem Entwurf eines neuen Asylgesetzes (I)

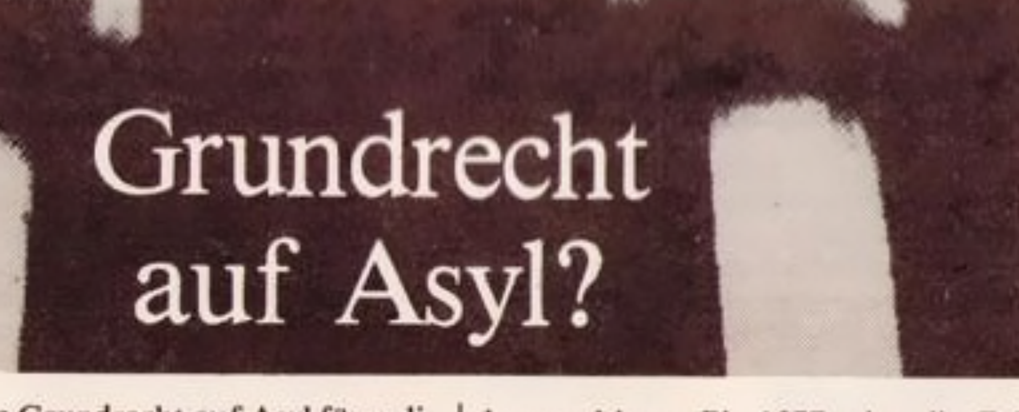


Die Zahl der Asylsuchenden ist in den letzten Jahren sprunghaft angestiegen. Waren es Anfang der siebziger Jahre etwas über 4000, stieg die Zahl bis 1979 auf 42000. 1980 waren es sogar fast 110000, wovon über die Hälfte der Asylanträge von Flüchtlingen aus der Türkei stammte. Allerdings die wenigsten der Asylsuchenden haben eine Chance, auch als solche anerkannt zu werden. Die Anerkennungsquote sank von 60% auf derzeit 10%.

Nicht enthalten in dieser Anerkennungsquote sind die sogenannten Kontingentflüchtlinge, denn der §22 des Ausländergesetzes von 1965 besagt, daß durch eine Übernahmeerklärung des Bundesministers des Inneren Flüchtlinge übernommen werden können, welche dann automatisch einen Ausweisungs- und Aufenthaltschutz genießen. So wurden 1965 13000 Flüchtlinge aus der CSSR übernommen, 1973 1800 Chilenen, die allerdings erst eine auf Gerichtsakten der chilenischen Junta beruhenden Prüfung durch den Verfassungsschutz bestehen mußten, oder seit 1975 über 20000 Vietnamesen.

Allerdings Tamilen, die zu einer nachweislich verfolgten Minderheit in Sri Lanka gehören, wurden ausgewiesen, ebenso wurden Asylanträge von Türken, die vor der türkischen Militärjunta geflüchtet waren, als offensichtlich unbegründet abgewiesen. Eingeführt wurde die Visumspflicht für die Türkei, Sri Lanka, Afghanistan und Äthiopien (Eritrea eingeschlossen), was den dortigen politisch Verfolgten

lung des Asylrechts und dem Entwurf eines neuen Asylgesetzes (I)



nen, welche dann automatisch einen Ausweisungs- und Aufenthaltschutz genießen. So wurden 1965 13000 Flüchtlinge aus der CSSR übernommen, 1973 1800 Chilenen, die allerdings erst eine auf Gerichtsakten der chilenischen Junta beruhenden Prüfung durch den Verfassungsschutz bestehen mußten, oder seit 1975 über 20000 Vietnamesen.

Allerdings Tamilen, die zu einer nachweislich verfolgten Minderheit in Sri Lanka gehören, wurden ausgewiesen, ebenso wurden Asylanträge von Türken, die vor der türkischen Militärjunta geflüchtet waren, als offensichtlich unbegründet abgewiesen. Eingeführt wurde die Visumspflicht für die Türkei, Sri Lanka, Afghanistan und Äthiopien (Eritrea eingeschlossen), was den dortigen politisch Verfolgten eine Flucht erheblich erschwert. Die Fluggesellschaften wurden verpflichtet, die Prüfung der Pässe vorzunehmen. Obwohl dieses überhaupt nicht in dem Aufgabenbereich der Fluggesellschaften liegt, wurde die Erteilung der Landeerlaubnis in der BRD von dieser Überprüfung abhängig gemacht.

Viele der Flüchtlinge werden zunehmend in immer neu entstehenden Sammellagern untergebracht. Das Land Baden-Württemberg praktiziert dieses bereits seit dem 15.9.1980 unterschiedslos, unabhängig davon, ob der Antragsteller Arbeit oder eine Wohnung hat, unabhängig davon, ob Verwandte in der BRD leben oder sonstige soziale Beziehungen existieren. Selbst Kleinkinder werden zusammen mit den Müttern in das Lager eingewiesen, selbst wenn der Mann Arbeit und Wohnung hat. Kindern wird im Lager der Schulbesuch untersagt.

Oft müssen die Asylbewerber Zwangsarbeit leisten, wie Deichbauarbeiten in der Nähe von Wilhelmshaven, in Krankenhäusern, wie dem Zentralkrankenhaus in Bremen, oder wie in Berlin, wo 200 Asylbewerber gegen ein kleines Entgelt zu Straßenreinigungsarbeiten verpflichtet werden sollten.

Zunehmend werden Asylanten an den Grenzen abgewiesen, unter anderem mit der Begründung, sie hätten bereits die Aufnahme in einem anderen Land gefunden, wie Eritreer, die über den Sudan fliehen, oder Afghanen, die über Pakistan kommen müssen. Vielfach bedeutet dies, wieder abgeschoben im Heimatland Haftstrafen antreten zu müssen.

Das ist praktische Asylpolitik in der BRD. Rechtliche Grundlagen dieser Politik wurden im Verlauf der Jahre der Praxis angepaßt. Das Asylrecht und seine Entwicklung, Teil des 1965 beschlossenen Ausländergesetzes, zeigt am deutlichsten auf, wie insgesamt in der Ausländerpolitik verfahren wird, insbesondere seit dem Anwerbestopp 1973, dessen Beschlußursache die ökonomische Krise in der BRD war und die ausländische Arbeitskraft nicht mehr gebraucht wurde, wie Anfang der sechziger Jahre, als Ausländer in ihren Heimatländern noch direkt von westdeutschen Kapitalisten angeworben wurden und die Kapitalisten am Übergangslager Zirndorf noch Schlange standen, um den Flüchtling direkt in die Produktion zu überführen.

Das im Artikel 16 Abs. 2 Satz 2 des Grundgesetzes 1949 formulierte, aus den Erfahrungen mit dem Faschismus geborene Grundrecht auf Asyl für politisch Verfolgte, wurde mit Zunahme der krisenhaften Entwicklung des Kapitalismus in der BRD angepaßt. Zwar bisher nicht im materiellen Bereich, jedoch das formelle Asylrecht wurde beständig demontiert.

Entwicklung des Asylrechts

Im Artikel 16 Abs. 2 Satz 2 des Grundgesetzes heißt es: „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht". Was allerdings politisch Verfolgte sind, läßt sich dem Grundgesetz nicht entnehmen. Hier muß man zurückgreifen auf das Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge (Flüchtlingskonvention) aus dem Jahre 1951, das von der BRD

geborene Grundrecht auf Asyl für politisch Verfolgte, wurde mit Zunahme der krisenhaften Entwicklung des Kapitalismus in der BRD angepaßt. Zwar bisher nicht im materiellen Bereich, jedoch das formelle Asylrecht wurde beständig demontiert.

Entwicklung des Asylrechts

Im Artikel 16 Abs. 2 Satz 2 des Grundgesetzes heißt es: „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht". Was allerdings politisch Verfolgte sind, läßt sich dem Grundgesetz nicht entnehmen. Hier muß man zurückgreifen auf das Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge (Flüchtlingskonvention) aus dem Jahre 1951, das von der BRD unterzeichnet und ab 22.4.1954 in Kraft getreten ist. Dort wird im Artikel 1A der Begriff Flüchtling als eine Person definiert, die „wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit



Bewährte Asylpolitik in Baden-Württemberg

zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung sich außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt". Auch §28 des Ausländergesetzes in seiner Fassung von 1978 verweist auf diesen Artikel 1.

Das Asylrecht ist das einzige Ausländergrundrecht und dazu ein schrankenloses Grundrecht, welches nicht, wie andere Grundrechte, z.B. die Meinungsfreiheit, in irgendeiner Form beschränkt ist. Die formelle Ausgestaltung dieses Grundrechtes obliegt alleine dem Gesetzgeber.

Anfang der sechziger Jahre kamen über 90% der Asylanträge von Flüchtlingen aus Osteuropa. Die Asylanten wurden in Übergangslagern untergebracht, ihre Asylanträge an das Bundesamt in Zirndorf bei Nürnberg weitergeleitet, denn dem Bundesamt oblag die alleinige Entscheidung über die Anerkennung des Asylantrages. Die Anerkennung stand in der Regel außer Frage. Auch in den Folgejahren blieb der Anteil osteuropäischer Flüchtlinge relativ hoch.

Mit Beginn der siebziger Jahre wechselte jedoch die nationale Zusammensetzung; immer mehr Flüchtlinge aus Asien, Afrika und dem Nahen Osten kamen hinzu. Bis 1977 stieg die Zahl insgesamt auf fast 16500. Am 1.4.77 wurde die „Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Änderung der allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Ausführung des Ausländergesetzes" (betrifft §§28 ff. AuslG) verabschiedet. Die Änderung sollte die inzwischen gängige Praxis legalisieren, Asylbewerber bereits an der Grenze wegen „rechtsmißbräuchlichen Begehrens" auf Asyl zurückzuweisen. Nach §38 Ziffer 6 der Verwaltungsvorschrift sollte bereits der Grenzbeamte über das Schicksal des Asylbewerbers entscheiden. Die verfassungswidrige Zurückweisungspraxis war bereits schon nach 1965 vom Exekutivausschuß des UN-Flüchtlingskommissars in Genf scharf kritisiert worden, nachdem die bayrische Landespolizei ungarische Asylbe-

kamen hinzu. Bis 1977 stieg die Zahl insgesamt auf fast 16500. Am 1.4.77 wurde die „Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Änderung der allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Ausführung des Ausländergesetzes" (betrifft §§28 ff. AuslG) verabschiedet. Die Änderung sollte die inzwischen gängige Praxis legalisieren, Asylbewerber bereits an der Grenze wegen „rechtsmißbräuchlichen Begehrens" auf Asyl zurückzuweisen. Nach §38 Ziffer 6 der Verwaltungsvorschrift sollte bereits der Grenzbeamte über das Schicksal des Asylbewerbers entscheiden. Die verfassungswidrige Zurückweisungspraxis war bereits schon nach 1965 vom Exekutivausschuß des UN-Flüchtlingskommissars in Genf scharf kritisiert worden, nachdem die bayrische Landespolizei ungarische Asylbe-werber nach Ungarn abgeschoben hatte.

Schon kurz darauf, nämlich am 23.6.1978, verabschiedete der Bundestag ein „Gesetz zur Beschleunigung der Asylverfahren". Die Widerspruchsmöglichkeiten seitens der Asylbewerber gegen die Entscheidungen der Anerkennungsausschüsse beim Bundesamt wurden abgeschafft. Nur noch bei nicht einstimmigem Beschluß der Ablehnung des Asylantrages durch die Kammern der Verwaltungsgerichte konnte Berufung eingelegt werden. Weiterhin wurde die Dezentralisierung der bisherigen alleinigen Zuständigkeit des Verwaltungsgerichts Ansbach und des Bayrischen Verwaltungsgerichtshofes vorgenommen.

Keine zwei Jahre nach der Bewilligung der ersten Asylrechtsnovelle durch den Bundesrat wurde das „Zweite Gesetz zur Beschleunigung des Asylverfahrens" durch den Bundestag beschlossen. Die Gültigkeit dieser zweiten Asylrechtsnovelle wurde auf 1983 befristet. Per Erlaß wurde zugleich die Bundesanstalt für Arbeit angewiesen, für die ersten zwölf Monate des Aufenthaltes von Asylbewerbern keine Arbeitserlaubnis mehr zu erteilen.

Die Bundesländer gingen dazu über, Geldleistungen in Sachleistungen zu verwandeln und Gemeinschaftslager, sprich Internierungslager, einzurichten. Aber nicht nur die materielle Situation der Asylbewerber wurde einschneidend verändert, sondern es wurden auch tiefgreifende Eingriffe in das Anerkennungsverfahren selbst vorgenommen.

Folgende Verfahrensänderungen enthielt die Novelle:

1) Über den Anerkennungsantrag wird im *schriftlichen* Verfahren durch *einen* Bediensteten des Bundesamtes entschieden, der nicht mehr die Befähigung zum Richteramt haben muß. Die persönliche Anhörung des Asylsuchenden ist *freigestellt*. (Laut einer Schätzung von amnesty international werden 60% aller Verfahren ohne persönliche Anhörung durchgeführt.)

2) Ein Widerspruchsverfahren findet *nicht* statt.

3) Für Klagen gegen Bescheide des Bundesamtes sind neben dem Verwaltungsgericht Ansbach nunmehr 16 weitere Verwaltungsgerichte in allen Bundesländern zuständig. Die örtliche Zuständigkeit wird nach der Auslegung der im einzelnen nicht unproblematischen Vorschrift in §52 Nr. 2 Verwaltungsgerichtsordnung durch das Bundesverwaltungsgericht durch die Zuweisung des Ausländers im Vorwegverteilungsverfahren bestimmt.

4) Ausreiseaufforderung und Abschiebungsandrohung werden nun gemeinsam mit dem ablehnenden Asylbescheid durch die örtlich zuständige Ausländerbehörde zugestellt.

5) Dem Verwaltungsgericht ist die Möglichkeit gegeben, die Klage des Asylsuchenden einstimmig als offensichtlich unbegründet abzuweisen und *dadurch die Berufung auszuschließen*. Es bleibt allerdings dann die Möglichkeit der Revisionszulassungsbeschwerde.

Zur Begründung führte die Bundesregierung aus, daß es um eine effiziente und zugleich rechtsstaatliche Gestaltung eines Sortierungsvorganges gehe. Die wirkliche Problematik liege in der „erforderlichen Trennung der wirklich Verfolgten und solcher Asylbewerber,

nicht statt.

3) Für Klagen gegen Bescheide des Bundesamtes sind neben dem Verwaltungsgericht Ansbach nunmehr 16 weitere Verwaltungsgerichte in allen Bundesländern zuständig. Die örtliche Zuständigkeit wird nach der Auslegung der im einzelnen nicht unproblematischen Vorschrift in §52 Nr. 2 Verwaltungsgerichtsordnung durch das Bundesverwaltungsgericht durch die Zuweisung des Ausländers im Vorwegverteilungsverfahren bestimmt.

4) Ausreiseaufforderung und Abschiebungsandrohung werden nun gemeinsam mit dem ablehnenden Asylbescheid durch die örtlich zuständige Ausländerbehörde zugestellt.

5) Dem Verwaltungsgericht ist die Möglichkeit gegeben, die Klage des Asylsuchenden einstimmig als offensichtlich unbegründet abzuweisen und *dadurch die Berufung auszuschließen*. Es bleibt allerdings dann die Möglichkeit der Revisionszulassungsbeschwerde.

Zur Begründung führte die Bundesregierung aus, daß es um eine effiziente und zugleich rechtsstaatliche Gestaltung eines Sortierungsvorganges gehe. Die wirkliche Problematik liege in der „erforderlichen Trennung der wirklich Verfolgten und solcher Asylbewerber, bei denen eine politische Verfolgung nicht vorliegt".

Unter dem letzteren versteht das Bundesverwaltungsgericht Flüchtlinge, die ihr Land aufgrund eines Bürgerkrieges, einer Revolution oder Hungersnot verlassen haben. Darüberhinaus prägte das Bundesverwaltungsgericht noch den Begriff der Zumutbarkeit. Diese Zumutbarkeitsformel stellt in mehreren Entscheidungen darauf ab, „ob dem Asylsuchenden ... politische Verfolgung mit *beachtlicher Wahrscheinlichkeit* droht, so daß ihm nicht zuzumuten ist, im Heimatstaat zu bleiben oder dorthin zurückzukehren". Die Umkehrung bedeutet m.E., daß zum Beispiel ein Türke, der mit geringer Wahrscheinlichkeit damit rechnen muß, inhaftiert, gefoltert und eventuell hingerichtet zu werden, ausgewiesen werden darf.

1979 hat die Bundesregierung in allen 130 Fällen, in denen das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge Anerkennungsbescheide für Türken ausgesprochen hat, Widerspruch bzw. Klage erhoben. Nach Auffassung der Bundesregierung gibt es in der Türkei keine politische Verfolgung. Hierauf begründet sich auch das Urteil des Hessischen Verwaltungsgerichtshofes, wonach Folter als Mittel der Ermittlung möglicher strafbarer Handlungen, bzw. als Mittel zur Vermeidung zukünftiger strafbarer Handlungen, keinen Anspruch auf Asyl rechtfertigt.

Tamilen werden in der Regel abgewiesen. Obwohl sie als religiöse Minderheit verfolgt werden, ist kein individueller Verfolgungstatbestand gegeben, der, laut Rechtssprechung des Bundesverwaltungsgerichts, eine begründete Furcht vor Verfolgung annehmen läßt. Zur Erleichterung des von der Bundesregierung beabsichtigten Sortierungsvorgangs ging das Bundesamt zu einer gruppenweisen Überprüfung von Asylanträgen vor und versendete standardisierte Bescheide. Zudem wurde bereits eine Vorverteilung von Asylbewerbern nach nationaler Herkunft auf die Bundesländer und eine weitere Nationalitätenaufteilung durch die Geschäftsverteilung der Verwaltungsgerichte vorgenommen. Jede Kammer spezialisierte sich.

Eine Beschleunigung der Verfahren blieb allerdings aus. 1980 waren alleine über 10000 Verfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht anhängig, davon 80% Nichtzulassungsbeschwerden. Nach Angaben Horst Sendlers, Präsident des Bundesverwaltungsgerichts in West-Berlin, wird sich die Zahl der monatlich eingehenden Verfahren auf 1500 erhöhen. Die Erfolgsquote vor den Verwaltungsgerichten, die 1977 nur noch 2% betrug, tendierte gegen Null.

Noch 1980 betrug die Zahl der Asylbewerber fast 110000. Als weitere abschreckende Maßnahme neben Internierung und Zwangsarbeit beschloß die Bundesregierung im September 1980 die Aussetzung der Erteilung der Arbeitserlaubnis auf zwei Jahre.

Allerdings nach Ablauf dieser zwei Jahre eine Arbeitserlaubnis zu erhalten, war und ist so gut wie unmöglich. Denn durch die Arbeitserlaubnisverordnung sind Ausländer, die nicht aus dem Einzugsbereich der EG kommen, schlechter gestellt. Bei der Arbeitsvermittlung werden deutsche Staatsangehörige bevorzugt, dann kommen Ausländer aus dem EG-Bereich und letztlich Ausländer aus dem Nicht-EG-Bereich. Die meisten Asylbewerber erhielten für die gesamte Verfahrensdauer keine Arbeitserlaubnis. Wurden die

Die nächsten Schritte gegen Ausländer

gkr. Noch kein halbes Jahr ist vergangen, seit die Bundesregierung Empfehlungen an die Länder gegeben hat, die Kindernachzugsgrenze von Ausländern auf 16 Jahre herabzusetzen (was die Länder mittlerweile längst umgesetzt haben), und schon sollen weitere Verschärfungen folgen. Baden-Württembergs Ministerpräsident Späth forderte Herabsetzung auf 14 Jahre, die Ministerpräsidenten der Länder einigten sich auf die Forderung nach einer Verschärfung. Aber auch schon aus der SPD heißt es, Integration könne nur geschehen, wenn Kinder, die noch nicht zur Schule gehen, in die BRD nachziehen. Nachzugssperre also auf 6 Jahre. Die SPD arbeitet an einer Verschärfung ihrer bisherigen Position zur Ausländerpolitik, die auf dem Bundes-

dem Einzugsbereich der EG kommen, schlechter gestellt. Bei der Arbeitsvermittlung werden deutsche Staatsangehörige bevorzugt, dann kommen Ausländer aus dem EG-Bereich und letztlich Ausländer aus dem Nicht-EG-Bereich. Die meisten Asylbewerber erhielten für die gesamte Verfahrensdauer keine Arbeitserlaubnis. Wurden die

Die nächsten Schritte gegen Ausländer

gkr. Noch kein halbes Jahr ist vergangen, seit die Bundesregierung Empfehlungen an die Länder gegeben hat, die Kindernachzugsgrenze von Ausländern auf 16 Jahre herabzusetzen (was die Länder mittlerweile längst umgesetzt haben), und schon sollen weitere Verschärfungen folgen. Baden-Württembergs Ministerpräsident Späth forderte Herabsetzung auf 14 Jahre, die Ministerpräsidenten der Länder einigten sich auf die Forderung nach einer Verschärfung. Aber auch schon aus der SPD heißt es, Integration könne nur geschehen, wenn Kinder, die noch nicht zur Schule gehen, in die BRD nachziehen. Nachzugssperre also auf 6 Jahre. Die SPD arbeitet an einer Verschärfung ihrer bisherigen Position zur Ausländerpolitik, die auf dem Bundes-parteitag diskutiert werden soll.

Die Zahl der „Kontingent-Flüchtlinge" soll nach Auffassung der Länder eingeschränkt werden, und schließlich will Späth ins baden-württembergische ‚Musterländle' keine Asylbewerber aus anderen Ländern mehr lassen (die Asylbewerber werden in der Regel zwischen den Ländern aufgeteilt). Aber das größte Problem steht noch bevor: ab 1986 gilt für die Türkei die Freizügigkeit innerhalb der EG, da ist mit Visumspflicht etc. keine restriktive Ausländerpolitik zu machen. Das, davon ist auszugehen, wollen die Politiker verhindern. Von den Ursachen dessen, daß so viele Türken in die BRD kommen, und wie diese zu ändern wären, spricht derweil kein hoher Politiker.

Asylverfahren zwar nicht beschleunigt, griffen allerdings die Maßnahmen der Regierung. 1981 konnten nur noch 49000 Asylbewerber ihren Antrag stellen, 50% weniger als im Vorjahr.

Die Einführung des Visumzwanges verfehlte ihre Wirkung nicht. Der Rückgang der Asylbewerber aus der Türkei und Bangladesh belief sich jeweils auf 89%, der Rückgang der Asylbewerber aus Afghanistan auf 31%. An zwei Zahlen aus Baden-Württemberg kann dieser drastische Rückgang der Asylbewerber belegt werden: Im März 1980 kamen insgesamt 5020 Asylantragsteller nach Baden-Württemberg, im Dezember nur noch 133. Vom 15.9. bis 31.12.81 kamen nur 4 Flüchtlinge aus Äthiopien und 24 aus Afghanistan. 49000 Flüchtlinge von über 17 Millionen in der Welt. Seit 1959 sind nicht einmal 60000 Flüchtlinge als politisch Verfolgte in der BRD anerkannt worden von insgesamt rund 375000. *dg. Bremen*

Türkische Militärs gegen Ecevit-Partei

kvz. Die Türkische Militärregierung dehnt das Spektrum der verfolgten politischen Richtungen auf der Linken offenbar immer weiter aus. Der Kriegsrechtskommandant von Ankara hat die Staatsanwaltschaft aufgefordert, führende Mitglieder der sozialdemokratisch orientierten Republikanischen Volkspartei (CHP) des früheren Ministerpräsidenten Ecevit wegen Zusammenarbeit mit Linksradikalen und Kommunisten vor Gericht zu stellen. Außerdem hat die Militärjunta das letzte noch erscheinende sozialdemokratische Publikationsorgan, ein unter Beteiligung von Ecevit gegründetes Wochenmagazin, schließen lassen. – Hohe Freiheitsstrafen haben Mitglieder der unabhängigen Angestelltengewerkschaft Bank-IS wegen angeblicher Ausrichtung der Gewerkschaft an „der marxistischen Ideologie Albaniens“ erhalten: fünf Funktionäre wurden zu jeweils 10 Jahren und 8 Monaten Gefängnis, 17 weitere Mitglieder zu 6 Jahren und 8 Monaten verurteilt. – Im osttürkischen Erzurum hat der Militärstaatsanwalt die Todesstrafe gegen 14 von 17 angeklagten Mitgliedern der türkischen „Volksbefreiungsfront“ und der „revolutionären Volkspioniere“ beantragt.

Werden die Wahlen in El Salvador verschoben?

kvz. In San Salvador mehren sich Gerüchte, die von einer Verschiebung der für den 28. März angesetzten Wahlen sprechen. Als Gründe werden die zunehmenden Guerillaangriffe und zeitweilige Besetzungen auch größerer Städte genannt sowie Spannungen innerhalb der Junta, zwischen den gemäßigteren Kräften um Duarte (auf den die USA setzen) und der extremen Reaktion, die dem Bürgerkrieg am liebsten mit *allen* Mitteln ein rasches und blutiges Ende setzen würde. Daß die Wahlen unter den herrschenden Umständen nicht zu einer Stabilisierung oder gar Demokratisierung führen würden, erkennen inzwischen auch bisherige Befürworter. – Unterdessen verlautet aus Washington, daß Reagan sich überraschend positiv zu dem Vermittlungsvorschlag des mexikanischen Staatspräsidenten López Portillo geäußert habe, wenngleich diese Initiative am Ende des Managua-Besuchs Portillos offiziell in den USA mit keinem Wort kommentiert wurde. Der Vorsitzende der salvadorianischen FDR, Ungo, hat dagegen dem Vermittlungsplan Portillos zugestimmt.

Wahlbetrug in Guatemala?

kvz. In Guatemala haben die nach den ersten Auszählungen unterlegenen Kandidaten, Zivilisten dreier Rechtsparteien, die Annullierung der Wahlen vom 7. März verlangt und damit dem Kandidaten des Militärregimes, dem

rüchte, die von einer Verschiebung der für den 28. März angesetzten Wahlen sprechen. Als Gründe werden die zunehmenden Guerillaangriffe und zeitweilige Besetzungen auch größerer Städte genannt sowie Spannungen innerhalb der Junta, zwischen den gemäßigteren Kräften um Duarte (auf den die USA setzen) und der extremen Reaktion, die dem Bürgerkrieg am liebsten mit *allen* Mitteln ein rasches und blutiges Ende setzen würde. Daß die Wahlen unter den herrschenden Umständen nicht zu einer Stabilisierung oder gar Demokratisierung führen würden, erkennen inzwischen auch bisherige Befürworter. – Unterdessen verlautet aus Washington, daß Reagan sich überraschend positiv zu dem Vermittlungsvorschlag des mexikanischen Staatspräsidenten López Portillo geäußert habe, wenngleich diese Initiative am Ende des Managua-Besuchs Portillos offiziell in den USA mit keinem Wort kommentiert wurde. Der Vorsitzende der salvadorianischen FDR, Ungo, hat dagegen dem Vermittlungsplan Portillos zugestimmt.

Wahlbetrug in Guatemala?

kvz. In Guatemala haben die nach den ersten Auszählungen unterlegenen Kandidaten, Zivilisten dreier Rechtsparteien, die Annullierung der Wahlen vom 7. März verlangt und damit dem Kandidaten des Militärregimes, dem

ehemaligen Verteidigungsminister General Anibal Guevara, den Wahlsieg streitig gemacht, weil das Ergebnis durch Betrug zustandegekommen sei. Über die Wahlbeteiligung – die Guerillaorganisationen hatten zum Boykott aufgerufen – gibt es widersprüchliche Angaben: Die Regierung spricht von über 60%, rechnet man aber die bekanntgegebenen Stimmenzahlen hoch, kommt man auf höchstens 40%. Bei den letzten Wahlen 1978 waren nicht mal 34% gültige Stimmen abgeben worden.

Sadats Attentäter von Mubaraks Entscheidung abhängig

chm. Der Prozeß gegen die Attentäter, die Sadat am 6. Oktober erschossen haben, ist mit der Urteilsverkündung in der vergangenen Woche zu Ende gegangen. Daß das Strafmaß so hoch ausgefallen ist, ist nicht erstaunlich: Es ist offensichtlich gewesen, daß der neue ägyptische Präsident den Prozeß auch als Demonstration des harten Kurses gegenüber den bewaffneten Organisationen der aus den Moslembrüdern hervorgegangenen Gruppierungen benutzen wollte. (Zur gleichen Zeit hat er die „gemäßigten“ Führer der traditionellen Organisation der Moslembrüder aus dem Gefängnis entlassen.) Ob die 5 verhängten Todesurteile tatsächlich vollstreckt werden, hängt jetzt einzig und allein von der Entscheidung des Staatspräsidenten ab. Die bisherige Politik gegenüber diesen extremistischen Rechtsgruppierungen deutet darauf hin, daß Mubarak die Urteile bestätigen wird.

Übersteht Numeiry die Krise?

chm. Im Sudan ist offensichtlich der Teufel los. Seitdem der Internationale Währungsfonds die Regierung gezwungen hat, die Subventionen für Grundnahrungsmittel und Güter des täglichen Gebrauchs wie z.B. Treibstoff zu senken, kommt Numeiry aus dem Strudel nicht mehr heraus. Diese Streichungen, die z.B. zu einer Erhöhung des Zuckerpreises um 60% und des Treibstoffpreises um 100% geführt haben, waren der Auslöser für große Demonstrationen in allen größeren Städten des Landes, die nur mit brutaler Gewalt unterdrückt werden konnten. Seit diesen Januardemonstrationen sind alle Universitäten und Schulen des Landes geschlossen. Numeiry hat versucht, sich mit den anderen bürgerlichen Politikern zu verständigen in Richtung auf die Bildung einer „Regierung der Nationalen Einheit“, um die Bevölkerung zumindest für eine Weile von der Verschlechterung ihrer Lage und der massiven Unterdrückung aller politischen und gewerkschaftlichen Freiheiten abzulenken. Das hat aber nicht viel geholfen, weil diese Politiker gerade durch ihre vorangegangene Kollaboration mit Numeiry über wenig Kredit verfügen. Je weniger die Numeiry-Regierung ihre innenpolitische Isolierung kaschieren kann, um so stärker kommt ihre totale Abhängigkeit von

Urteile bestätigen wird.

Übersteht Numeiry die Krise?

chm. Im Sudan ist offensichtlich der Teufel los. Seitdem der Internationale Währungsfonds die Regierung gezwungen hat, die Subventionen für Grundnahrungsmittel und Güter des täglichen Gebrauchs wie z.B. Treibstoff zu senken, kommt Numeiry aus dem Strudel nicht mehr heraus. Diese Streichungen, die z.B. zu einer Erhöhung des Zuckerpreises um 60% und des Treibstoffpreises um 100% geführt haben, waren der Auslöser für große Demonstrationen in allen größeren Städten des Landes, die nur mit brutaler Gewalt unterdrückt werden konnten. Seit diesen Januardemonstrationen sind alle Universitäten und Schulen des Landes geschlossen. Numeiry hat versucht, sich mit den anderen bürgerlichen Politikern zu verständigen in Richtung auf die Bildung einer „Regierung der Nationalen Einheit“, um die Bevölkerung zumindest für eine Weile von der Verschlechterung ihrer Lage und der massiven Unterdrückung aller politischen und gewerkschaftlichen Freiheiten abzulenken. Das hat aber nicht viel geholfen, weil diese Politiker gerade durch ihre vorangegangene Kollaboration mit Numeiry über wenig Kredit verfügen. Je weniger die Numeiry-Regierung ihre innenpolitische Isolierung kaschieren kann, um so stärker kommt ihre totale Abhängigkeit von

den USA zum Vorschein.

Mitterrand in Israel: Viel Lärm um nichts?

Eine gemeinsame Nahostpolitik der EG ist nicht mehr in Sicht

chm. Trikoloren und rote Teppiche, zum Empfang ein Frauenkorps der israelischen Armee, die gesamte Staatsspitze, einschließlich des Ministerpräsidenten im Rollstuhl – alles war aufgeboten für François Mitterrand in Israel, der mit Recht von Begin als „ein Freund Israels“ gerühmt wird. Um so auffälliger sind die mageren konkreten Ergebnisse des Besuchs: Drei gemischte Kommissionen sind eingesetzt worden, um Fragen der Außenpolitik, der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und der kulturellen Kooperation zu beraten.

Die Bedeutung des Besuchs liegt woanders: die bisherige gemeinsame EG-Politik im Nahen Osten nach einem langwierigen Siechtum von über einem Jahr zu Grabe zu tragen und die ersten Schritte einer eigenen französischen Politik im Nahen Osten zu tun, gestützt jedoch nicht etwa auf den direkten Gesprächspartner Israel, sondern auf die Gruppe von arabischen Staaten, die den Fahd-Plan im vergangenen Herbst lanciert haben und mit ihm auf der arabischen Gipfelkonferenz in Fes im November 1981 gescheitert sind.

Der Fahd-Plan, nach dem saudischen Kronprinzen Fahd, der ihn vorgelegt hat, benannt, bestand aus acht Punkten, von denen einer als Grund für die Ablehnung diente: Punkt sieben, der *allen* Staaten der Region Sicherheit und Frieden garantiert, also auch Israel. Im Gegenzug verlangt er von Israel den Rückzug aus allen 1967 besetzten Gebieten einschließlich Ostjerusalems und die Zustimmung zu einem Palästinenserstaat im Westufer und Gazastreifen. Auffallend an dem Plan war, daß er die PLO mit keinem Wort erwähnt hatte.

Israel lehnte ihn sofort ab. Als schließlich Syriens Ablehnung auf der Gipfelkonferenz von Fes diese zum Platzen brachte, meinte man, der Fahd-Plan sei erledigt. (Syrien hat die Quittung für diese politische Dummheit mit der Annexion der Golanhöhen einige Wochen später von Israel erhalten.) Weit gefehlt – Mitterrand bezieht sich in seiner Rede im israelischen Parlament darauf, er sei schon immer für eine „Schritt für Schritt“-Politik im Nahen Osten gewesen, für die Anerkennung der erreichten Verhandlungsergebnisse durch den Vertrag von Camp David, für die Fortsetzung des begonnen Prozesses durch die Anerkennung des Rechts aller Völker der Region auf Frieden und Sicherheit, und fordert die Gründung eines Palästinenserstaates in den besetzten Ge-

Der Fahd-Plan, nach dem saudischen Kronprinzen Fahd, der ihn vorgelegt hat, benannt, bestand aus acht Punkten, von denen einer als Grund für die Ablehnung diente: Punkt sieben, der allen Staaten der Region Sicherheit und Frieden garantiert, also auch Israel. Im Gegenzug verlangt er von Israel den Rückzug aus allen 1967 besetzten Gebieten einschließlich Ostjerusalems und die Zustimmung zu einem Palästinenserstaat im Westufer und Gazastreifen. Auffallend an dem Plan war, daß er die PLO mit keinem Wort erwähnt hatte.

Israel lehnte ihn sofort ab. Als schließlich Syriens Ablehnung auf der Gipfelkonferenz von Fes diese zum Platzen brachte, meinte man, der Fahd-Plan sei erledigt. (Syrien hat die Quittung für diese politische Dummheit mit der Annexion der Golanhöhen einige Wochen später von Israel erhalten.) Weit gefehlt – Mitterrand bezieht sich in seiner Rede im israelischen Parlament darauf, er sei schon immer für eine „Schritt für Schritt“-Politik im Nahen Osten gewesen, für die Anerkennung der erreichten Verhandlungsergebnisse durch den Vertrag von Camp David, für die Fortsetzung des begonnen Prozesses durch die Anerkennung des Rechts aller Völker der Region auf Frieden und Sicherheit, und fordert die Gründung eines Palästinenserstaates in den besetzten Ge-

bieten, Westjordanien und Gaza. Die PLO vertritt für ihn zwar die Kämpfer, aber nicht die Gesamtheit des palästinensischen Volkes.

Über alles andere schweigt er sich aus – im Gegensatz zur Erklärung der EG auf dem Ministerpräsidententreffen im Juni 1980 in Venedig, die bisher die Grundlage aller weiteren Erklärungen bildete. In dieser Erklärung wird zwar auch das Recht auf Sicherheit und Existenz für Israel, aber eine umfassende Lösung des Nahostkonflikts gefordert unter voller Anerkennung der nationalen Rechte des palästinensischen Volkes. Die PLO muß an allen Verhandlungen beteiligt werden. Sie wird auch als alleinige Vertreterin des palästinensischen Volkes anerkannt. Israels Siedlungspolitik wird scharf verurteilt, die Annexionsvorbereitungen Ostjerusalems ebenfalls. Die EG-Staatschefs fordern die Beendigung der Besatzung, wie sie seit dem Junikrieg von 1967 besteht. Diese Erklärung von Venedig betrachtet Mitterrand als „überholt“. Sein Land werde eine neue Erklärung dieser Art oder gar eine gemeinsame Initiative der EG nicht mehr unterstützen. Im Dezember 1981 hatte Lord Carrington, der britische Außenminister, in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des EG-Ministerrates die Venedig-Erklärung noch als ge-

mehr unterstützen. Im Dezember 1981 hatte Lord Carrington, der britische Außenminister, in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des EG-Ministerrates die Venedig-Erklärung noch als ge-

meinsame Grundlage der europäischen Politik gelobt. Offensichtlich hatte er damals die Rechnung ohne Frankreich gemacht, das sich kurz darauf bereiterklärte, und Holland und Italien auch mit ins Schlepptau zog, sich an der „Sinai-Friedenstruppe“ zu beteiligen, die nach dem Abzug Israels aus der ägyptischen Sinaihalbinsel am 25.4. 1981 dort stationiert werden soll.

Für diese Politik erntete Frankreich das Lob der USA. Außenminister Haig bezeichnete sie mit einem Seitenhieb auf Carrington als „viel ausgewogener als die britische Außenpolitik“. Diese Politik scheint aber auch in der Tendenz die Mehrheitsströmung in den Reihen der arabischen Staaten zu befriedigen. Die Reaktion auf den Mitterrand-Besuch seitens der Golf-Staaten und vor allem Saudiarabiens ist verhalten. (Immerhin bezieht Frankreich 75% seines Öls aus den Golf-Staaten!) Die Erklärung des Generalsekretärs der arabischen Liga, Klibi, bemüht sich, die positiven Seiten des Besuchs hervorzuheben. Die Optionen, die der PLO in diesem Rahmen verbleiben, sind gering: Sie hätte von einer gemeinsamen EG-Initiative am meisten zu gewinnen gehabt – mehr Spielraum sowohl gegenüber den beiden Supermächten, vor allem der Sowjetunion, als auch gegenüber den arabischen Staaten, ob man sie nun als „reaktionär“ oder als „fortschrittlich“ tituliert – sprich Saudiarabien auf der einen und Syrien auf der anderen Seite. Wenn Israel zum längst geplanten Angriff gegen den Libanon ausholt, wird es die PLO schwer haben, ein einheitliches arabisches Vorgehen zu erreichen; ein einheitliches europäisches Vorgehen zur Rettung des Friedens im Nahen Osten scheint nach diesem Alleingang Mitterrands kaum noch vorstell-

meinsamen EG-Initiative am meisten zu gewinnen gehabt – mehr Spielraum sowohl gegenüber den beiden Supermächten, vor allem der Sowjetunion, als auch gegenüber den arabischen Staaten, ob man sie nun als „reaktionär“ oder als „fortschrittlich“ tituliert – sprich Saudiarabien auf der einen und Syrien auf der anderen Seite. Wenn Israel zum längst geplanten Angriff gegen den Libanon ausholt, wird es die PLO schwer haben, ein einheitliches arabisches Vorgehen zu erreichen; ein einheitliches europäisches Vorgehen zur Rettung des Friedens im Nahen Osten scheint nach diesem Alleingang Mitterrands kaum noch vorstell-

bar.

100000 Malaria-Tabletten für Kambodscha

Erste Bilanz der „Malaria-Hilfe“

Im Verlauf von knapp zwei Jahren nach der vietnamesischen Invasion ist es der Nationalen Armee des Demokratischen Kampuchea gelungen, den von den Invasionstruppen kontrollierten Teil des Landes auf das Gebiet zwischen der vietnamesischen Grenze und Phnom Penh, der größeren Orte und den Hauptverbindungslinien einzuschränken. In beträchtlichen Teilen des Landes ist die Kontrolle der Regierung des Demokratischen Kampuchea wiederhergestellt worden. Nach wie vor richten die vietnamesischen Überfälle große Verluste unter der Zivilbevölkerung an, nach wie vor herrscht eine Hungersnot, Elend und Krankheiten. Die Einschränkung der Hilfe der internationalen Organisationen einschließlich der des Roten Kreuzes hat die Lage der über eine Million Menschen, die in den befreiten Teilen Kampucheas leben, noch verschlechtert. Eine akute Gefahr stellt die Malaria vor allem in der Regenzeit dar.

In seinem Reisebericht über die befreiten Gebiete schreibt Jürgen Horlemann:

„Jedes Dorf besitzt ein Krankenhaus. Überraschend ist die hohe Zahl von Pflegern und Krankenschwestern, die hier Dienst tun. Sie versuchen verzweifelt, durch intensiven Umgang mit den Patienten den absoluten Mangel an Medikamenten und medizinischen Geräten auszugleichen. Immer wieder begegnen mir im Dschungel die Träger mit den Malaria-Kranken, die in Hängematten transportiert werden. ‚Wir haben zu wenig Malariamittel, um eine Prophylaxe durchführen zu können‘, erklärte der Chefarzt in deutscher Sprache, ‚deshalb können wir nur Patienten behandeln, die schon von der Krankheit befallen sind‘. Er beklagt, daß das Internationale Rote Kreuz seine Hilfslieferungen praktisch eingestellt hat und sie deshalb gezwungen sind, die Malariamittel entweder auf dem Schwarzmarkt oder in den thailändischen Apotheken einzukaufen. ‚Auch mit Narkosemitteln sind wir knapp. Stellen Sie sich vor, ich kann Amputationen nur bei örtlicher Betäubung durchführen.‘ Er zeigt mir seinen Operationsbau. Er ist luxuriös eingerichtet: Im Gegensatz zu den Krankengebäuden sind rundum Moskitonetze angebracht, sind Boden und Wände mit Brettern verschalt und mit Plastikplanen bespannt. Der Operationstisch besteht aus stabilen Brettern, statt aus dem üblichen Bambusgeflecht. Der Arzt kann nur tagsüber operieren, weil kein elektrisches Licht vorhanden ist. ‚Ich bin schon froh, daß ich meine Instrumente sterilisieren kann und die Moskitos draußen bleiben. Aber mit verantwortungsvoller ärztlicher Tätigkeit hat das hier nicht viel zu tun.‘ “

(aus: Kampuchea-Informationen Nr. 12, Dezember '81, S. 9 ff.)

Wir haben in der KVZ 51/81 den Aufruf der „Malaria-Hilfe“ veröffentlicht und zu Spenden aufgerufen. Wir veröffentlichen hier die erste Zwischenbilanz, die die „Malaria-Hilfe“ uns zugeschickt hat.

•

In den nicht von den vietnamesischen Truppen beherrschten freien Gebieten grassiert die Malaria, bis zu 50% der Bevölkerung leiden darunter. Malaria äußert sich in Fieberanfällen, führt zur Schwächung des Körpers, erzeugt Arbeitsunfähigkeit. Damit sinkt die Kraft, für das eigene Überleben zu sorgen. Viele Malariakranke sterben.

Ca. 1 Mio. Einwohner Kambodschas sind vor den vietnamesischen Soldaten in die Gebiete geflohen, in denen Malaria besonders in der sechsmonatigen Regenzeit stark verbreitet ist. Unter diesen widrigen Umständen organisiert das kambodschanische Volk sein Überleben und kämpft für die Befreiung von den vietnamesischen Besatzungstruppen. Die Anzahl der freien Gebiete hat im Jahr 1981 deutlich zugenommen. Es sind viele neue Dörfer aufgebaut worden. Voraussetzung für eine weitere Entwicklung ist allerdings die Überwindung der in der Regenzeit epidemisch auftretenden Malariakrankheit.

Es ist dringend notwendig, Malariatabletten zu beschaffen. Wir tun das ohne jeden Verwaltungsaufwand, der zur Verminderung des Spendenaufkommens führen würde. Der Spendenstand am 31.1.1982 war: 11389,15 DM.

Mit diesem Geld kauften wir am 26.1.1982 die ersten Medikamente. Es handelt sich dabei um 87500 Chinin-Tabletten (300 mg) und um 9000 Ampullen je 2 ml Chinin (300 mg), die jeweils ca. 6000 DM kosten. Diese Chinin-Präparate werden von den Kampucheanern bevorzugt, weil sich inzwischen bei der gefährlichen Form der Malaria weitere Resistenzen gegen bisher gebrauchte Mittel eingestellt haben. Es ist deshalb nötig, mit Medikamentenkombinationen zu arbeiten. Diese Medikamente bezogen wir von der Wirtschaftsstelle Evangelischer Missionsgesellschaften (WEM). Das ist mit Abstand die günstigste Einkaufsmöglichkeit, die wir ausfindig machen konnten. (Als Beispiel: Fansidar kostet pro Tablette in der Apotheke 1,69 DM, beim Hersteller Hoffmann-La Roche zum „Sonderpreis“ 0,29 DM und bei WEM 0,05 DM). Im Preis inbegriffen sind normale Frachtkosten und Versicherung, den Luftzuschlag müssen wir zusätzlich zahlen. WEM schickt die Medikamente in der ersten Februarwoche direkt nach Thailand.

Alles, was wir an Medikamenten zur Verfügung stellen können, wird zur Heilung verwendet, an Vorbeugung ist noch nicht zu denken. Deshalb muß unsere Malaria-Aktion intensiv weitergeführt werden.

„Malaria-Hilfe“
PSchA Köln, Kto 179151-502
Rudolf Heinrichs
Hubertusstraße 15
5040 Brühl
Tel.: 02232/44426

„Malaria-Hilfe“
PSchA Stuttgart, Kto 203219-701
Maria Ritgen
Senefelderstr. 16
7000 Stuttgart 1
Tel.: 0711/612452

Kontaktadresse: Peter Kreß, Bindingstr. 9, 6000Frankfurt, Tel.: 0611/625845

Reformen von oben in der Sowjetunion?

Die Sowjetunion steht unter vielfältigem inneren und äußerem Druck. Und offenbar ist mit dem Tod Michael Suslows die innenpolitische Szenerie schlagartig in Bewegung gekommen. Der Sturz des Gewerkschaftsbosses Schibajew war sicher nur ein Vorspiel – aber auf was?

Von Gerd Koenen



Breschnew, Tichonow und Tschernenko (rechts) am Sarge Suslows

Mit dem Sturz des Vorsitzenden der sowjetischen Staatsgewerkschaften, Schibajew, keine zwei Wochen vor dem Gewerkschaftskongreß, ist die innenpolitische Bewegung in der Sowjetunion an die Oberfläche getreten. Die Anzeichen haben die westlichen ,,Kreml-Astrologen" seit einiger Zeit beschäftigt – und bei der Informationspolitik der Kreml-Herren ist man auf die Beobachtung von Vogelflug oder Konstellation der Gestirne nun mal angewiesen. Der ,,Spiegel" hat zweifellos die amüsantesten Versionen geliefert: ,,Hofintrigen im Stil der Bojarenzeit mischen sich mit kaukasischen Bestechungsbräuchen, von Gift und Pistolen ist die Rede, und als Nebenakteure treten Prominentensprößlinge, Zirkusdirektor und Zigeunerbariton auf, mit verderblichem Hang zu Brillianten."

Wer sich für die Details interessiert, lese die Story nach, sie erscheint gut recherchiert. Es geht um Korruptionsskandale bis in die unmittelbare Umgebung Breschnews, in die andererseits der KGB-Vize Zwigun verwickelt gewesen sein soll – der daraufhin anscheinend zum Selbstmord gezwungen wurde.

Ganz zur rechten Zeit dürfte der Tod Michael Suslows gekommen sein, der düsteren ,,grauen Eminenz" aller Politbüros seit der Stalin-Ära. Seither ist Bewegung, und sie äußert sich einstweilen in literarischen und theoretischen Fehden, die jedoch allesamt ungewöhnlich sind.

● Nur drei Tage nach Suslows Tod veröffentlicht die Prawda eine vehemente Polemik eines wenig bedeutenden Professors für russische Literatur, Kuleschow (der nur mit höchster Protektion so etwas zu schreiben wagt), gegen die ,,Russiten", jene extrem chauvinistischen, mit neo-panslawistischen Ideen hausierenden Vertreter des Großrussentums, die in der Stalin-Ära wie Pilze aufgeschossen sind. Attackiert wird das prominente Parteimitglied Wadim Koshinow, der als Kopf dieser Richtung gilt – deren eigentlicher Förderer jedoch, wie jedermann in der Sowjetunion weiß, Michael Suslow war. Polemisiert wird gegen ein Zitat Dostojewskis, das Koshinow mit hervorgehobener Bedeutung zitiert hatte: ,,Die Genies des russischen Volkes sind vielleicht fähiger als die Genies anderer Völker, in sich die Vorstellung von der *Einswerdung der Menschheit* zu tragen." Dies war die vom Zarentum gepäppelte Ideologie von Moskau als dem ,,dritten Rom" der Menschheitsgeschichte, gegen die sich, wie Kuleschow in Erinnerung ruft, die ,,Westler" und später die russischen Sozialdemokraten stets mit Ingrimm gewandt hatten.

● Kaum zu glauben, aber amtlich ist der Fakt, daß in einer Sondernummer der Leningrader Satire-Zeitschrift ,,Aurora" zu Breschnews 75. Geburtstag eine Satire erschienen ist über einen ,,Unbekannten", die ein klarer Fall von Majestätsbeleidigung des auf seine literarischen Ergüsse eitlen Breschnew ist. Kostprobe: ,,Jeder andere Mensch, der so viele Bücher geschrieben hätte, läge längst schon im Grab. Aber dieser hier – wahrlich ein Übermensch! Er lebt und denkt nicht daran zu sterben, zur allgemeinen Verwunderung ..."

● Breschnew hat das Politikum, das in seiner offenkundigen Hinfälligkeit liegt und sich mit der vollständigen, greisenhaften Überalterung des Politbüros kombiniert, seinerseits literarisch aufgegriffen: er hat sich mit vollem Hofstaat ins Theater begeben, wo das mehrfach umgearbeitete, von Suslow abgelehnte Stück ,,Also werden wir triumphieren" uraufgeführt wurde. Es handelt von den letzten Tagen Lenins, der seine Nachfolge zu regeln sucht und von Stalin überspielt wird. Das Stück hat anti-stalinistische Tendenz und mündet in den flammenden Appell, die Partei möge sich nie von den Massen zu sehr entfernen.

Das ist das seit Monaten in Reden und Aufsätzen mit Ausdauer gepflegte Thema von Konstantin Tschernenko, der als wahrscheinlichster Nachfolger Breschnews gilt. Tschernenko war es, der die von Breschnew in sehr verschlüsselter Form auf dem XXVI. Parteitag im letzten Frühjahr vorgetragene Kritik an den sowjetischen Gewerkschaften im Oktober erheblich schärfer faßte und die Arbeiter zum Kampf gegen ,,vier Übel" aufrief: Bürokratismus, menschenfeindlicher Pragmatismus, Unfähigkeit und Formalismus. Tschernenko war auch auf der Sitzung des obersten Gewerkschaftsrats zugegen, auf dem Schibajew ohne Begründung abgesetzt und durch einen jüngeren Technokraten, den Minister für Holz- und Papierverarbeitung, Schalajew, ersetzt wurde.

Offenkundig handelt es sich darum, rechtzeitig einen Kurs der Reformen von oben einzuleiten. Abgesehen von der nur erst ganz untergründig vorhandenen Unzufriedenheit unter den Massen über die elende Versorgungslage, die die schlimmste seit dem Krieg sein soll, sind auch für die Inhaber der Macht selbst Wirtschaftsreformen (d.h. aber zugleich: Gesellschaftsreformen) unabweisbar geworden.

Es scheint, daß über alle nominellen Wachstumsziffern hinaus – die selbst nur noch die Unfähigkeit ausdrückten, den nun schon im dritten Fünfjahrplan geforderten Übergang vom extensiven zum intensiven Wachstum zu bewerkstelligen – die sowjetische Wirtschaft jetzt absolut ins Minus rutscht. Jedenfalls zeigten die Zahlen für Januar erstmals einen *absoluten Rückgang der Produktion* in 36 Branchen, und damit des Sozialprodukts insgesamt. Zum ersten Mal erschienen die Vergleichszahlen zum Vorjahr nicht, d.h. der Rückgang wurde verheimlicht – genauso wie das schließliche Ergebnis der Getreideernte, die kaum mehr als 165 Mio. t (statt der erforderlichen 235 Mio. t) betragen haben dürfte. Nur mit massiven Goldverkäufen und hohen Importen hält die Sowjetwirtschaft Balance. Dazu kommen die Stützungsaktionen für die polnischen Kreditschulden im Westen, für die die Sowjetunion einspringen muß, um selbst kreditfähig zu bleiben. (Als Faustpfand sichern sich jetzt sowjetische Expertendelegationen die Verfügung über ganze Fabrikkomplexe in Polen.)

Dazu kommt, daß die Rote Armee, nach einem Eingeständnis der ,,Krasnaja Swesda", in Afghanistan in ,,einer sehr, sehr schwierigen Situation" ist. Die Last der Rüstungen ist enorm. Allerdings arbeitet, nach westlichen Erkenntnissen, der Rüstungssektor hoch effektiv und in einem System harter Konkurrenz. Von hier aus könnte sich die Gegenposition zu der Tschernenkos entwickeln: die einer Verbindung von Militarisierung und Effektivierung. Auf einer Sitzung des Generalstabs im Frühjahr 1981 hat der Stabschef, Marschall Orgakow, ,,die aktivere Einführung fortschrittlicher Methoden und moderner Erfahrungen des Managementsystems" empfohlen, verbunden mit Forderungen einer moralischen Aufrüstung unter der Jugend, in der sich defaitistische Auffassungen breitmachten, wie ,,Jeder Friede ist gut, jeder Krieg ist schlecht."

Möglicherweise können sich in der Zeit ,,nach Breschnew" diese technokratischen und militaristischen Tendenzen auch miteinander kombinieren, wie in Polen gegenwärtig. Offenbar wird eine Aktivierung der Gewerkschaften von oben verbunden werden mit energischeren Maßnahmen zur Durchsetzung der 1979 beschlossenen ,,kleinen Wirtschaftsreform", beides verbunden mit verschärfter Fortsetzung der Anti-Korruptions-Kampagne, die auch höchste Kreise nicht verschont, wenn die eisernen Regeln der ,,Nomenklatura" verletzt und privat angeeignet wird, statt über staatliche Zuweisung. Jedenfalls: an der ,,Stimulierung" der Arbeiter laborieren die sowjetischen Reformen seit je herum, ohne freilich an das System unfreier Arbeit rühren zu können, das die Basis des Staatsmonopolismus ist. Das ginge tatsächlich nur mit ,,polnischen", mit revolutionären Maßregeln. Die Reformen von oben sollen dem gerade zuvorkommen. Es wäre aber nicht das erste Mal in der Geschichte Rußlands, daß Reformen von oben zum Auslöser großer gesellschaftlicher Bewegungen von unten würden.

Sowjetische Arbeiter und Intellektuelle solidarisch mit ,,Solidarność"

Von Gerd Koenen

fes vom Grad der Solidarität abhängt." (Zit. aus Smoloskyp, Nr.

haften würden ..., war mein erster Gedanke: ‚Sie bereiten eine Intervention in Polen vor und versuchen, eventuellen Protesten zuvorzukommen' ... Aber nachher habe ich gedacht, daß die Behörden nicht so sehr eventuelle Proteste fürchten als vielmehr das polnische Beispiel, das bei uns befolgt werden könnte. Vielleicht sahen sie in meinem Mann einen potentiellen

Appell des Solidarność-Kongresses an die ,,Arbeiter und Völker Osteuropas und der Sowjetunion":

,,Freunde! Schon der Name Eurer Gewerkschaft zeigt das so einfache wie starke Bestreben der Arbeiter nach einem einigenden, dauernden ‚Wir'. – Wir, Arbeiter der Sowjetunion, die mit Euch solidarisch sind, grüßen Euch

Von der Weltöffentlichkeit kaum be- und Pistolen ist die Rede, und als Nebenakteure treten Prominentensprößlinge, Zirkusdirektor und Zigeunerbariton auf, mit verderblichem Hang zu Brillianten."

Wer sich für die Details interessiert, lese die Story nach, sie erscheint gut recherchiert. Es geht um Korruptionsskandale bis in die unmittelbare Umgebung Breschnews, in die andererseits der KGB-Vize Zwigun verwickelt gewesen sein soll – der daraufhin anscheinend zum Selbstmord gezwungen wurde.

Ganz zur rechten Zeit dürfte der Tod Michael Suslows gekommen sein, der düsteren ,,grauen Eminenz" aller Politbüros seit der Stalin-Ära. Seither ist Bewegung, und sie äußert sich einstweilen in literarischen und theoretischen Fehden, die jedoch allesamt ungewöhnlich sind.

gen ein Zitat Dostojewskis, das Koshinow mit hervorgehobener Bedeutung zitiert hatte: ,,Die Genies des russischen Volkes sind vielleicht fähiger als die Genies anderer Völker, in sich die Vorstellung von der *Einswerdung der Menschheit* zu tragen." Dies war die vom Zarentum gepäppelte Ideologie von Moskau als dem ,,dritten Rom" der Menschheitsgeschichte, gegen die sich, wie Kuleschow in Erinnerung ruft, die ,,Westler" und später die russischen Sozialdemokraten stets mit Ingrimm gewandt hatten.

● Kaum zu glauben, aber amtlich ist der Fakt, daß in einer Sondernummer der Leningrader Satire-Zeitschrift ,,Aurora" zu Breschnews 75. Geburtstag eine Satire erschienen ist über einen ,,Unbekannten", die ein klarer Fall von Majestätsbeleidigung des auf seine literarischen Ergüsse eitlen Breschnew

● Breschnew hat das Politikum, das in seiner offenkundigen Hinfälligkeit liegt und sich mit der vollständigen, greisenhaften Überalterung des Politbüros kombiniert, seinerseits literarisch aufgegriffen: er hat sich mit vollem Hofstaat ins Theater begeben, wo das mehrfach umgearbeitete, von Suslow abgelehnte Stück ,,Also werden wir triumphieren" uraufgeführt wurde. Es handelt von den letzten Tagen Lenins, der seine Nachfolge zu regeln sucht und von Stalin überspielt wird. Das Stück hat anti-stalinistische Tendenz und mündet in den flammenden Appell, die Partei möge sich nie von den Massen zu sehr entfernen.

Das ist das seit Monaten in Reden und Aufsätzen mit Ausdauer gepflegte Thema von Konstantin Tschernenko,

schaften im Oktober erheblich schärfer faßte und die Arbeiter zum Kampf gegen ,,vier Übel" aufrief: Bürokratismus, menschenfeindlicher Pragmatismus, Unfähigkeit und Formalismus. Tschernenko war auch auf der Sitzung des obersten Gewerkschaftsrats zugegen, auf dem Schibajew ohne Begründung abgesetzt und durch einen jüngeren Technokraten, den Minister für Holz- und Papierverarbeitung, Schalajew, ersetzt wurde.

Offenkundig handelt es sich darum, rechtzeitig einen Kurs der Reformen von oben einzuleiten. Abgesehen von der nur erst ganz untergründig vorhandenen Unzufriedenheit unter den Massen über die elende Versorgungslage, die die schlimmste seit dem Krieg sein soll, sind auch für die Inhaber der Macht selbst Wirtschaftsreformen

geforderten Übergang vom extensiven zum intensiven Wachstum zu bewerkstelligen – die sowjetische Wirtschaft jetzt absolut ins Minus rutscht. Jedenfalls zeigten die Zahlen für Januar erstmals einen *absoluten Rückgang der Produktion* in 36 Branchen, und damit des Sozialprodukts insgesamt. Zum ersten Mal erschienen die Vergleichszahlen zum Vorjahr nicht, d.h. der Rückgang wurde verheimlicht – genauso wie das schließliche Ergebnis der Getreideernte, die kaum mehr als 165 Mio. t (statt der erforderlichen 235 Mio. t) betragen haben dürfte. Nur mit massiven Goldverkäufen und hohen Importen hält die Sowjetwirtschaft Balance. Dazu kommen die Stützungsaktionen für die polnischen Kreditschulden im Westen, für die die Sowjetunion einspringen muß, um selbst kreditfähig zu bleiben. (Als Faustpfand sichern sich jetzt sowjetische Expertendelegationen die Verfügung über ganze Fabrikkomplexe in Polen.)

Sowjetische Arbeiter und Intellektuelle solidarisch mit ,,Solidarność"

Von Gerd Koenen

Von der Weltöffentlichkeit kaum bemerkt, ist in der Sowjetunion – parallel zur Entwicklung in Polen – seit Sommer 1980 die Unterdrückung aller Opponenten des Regimes systematisch verschärft worden. Nervös gemacht wurden die Behörden durch die mutigen Sympathiebekundungen, die ,,Solidarność" in der sowjetischen Dissidentenbewegung gefunden hat.

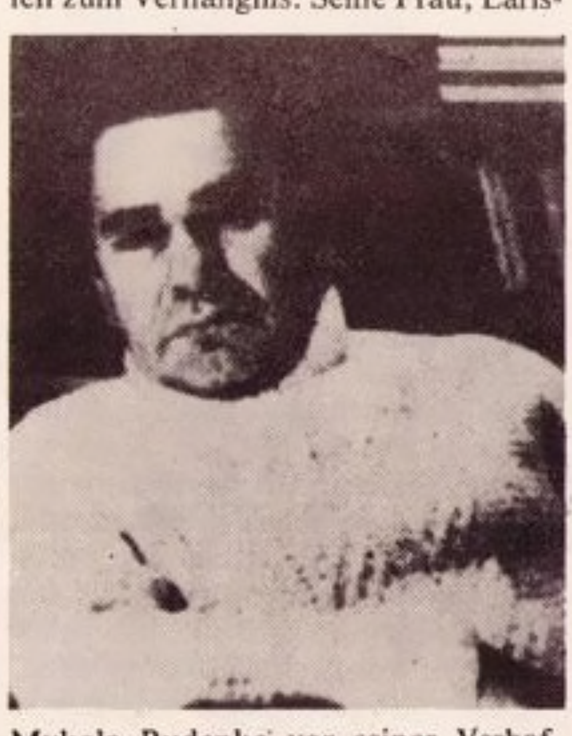
Systematisch vernichtet worden sind die Helsiniki-Gruppen; mit der Inhaftierung von Serge Kowalew im August 1981 ist die Moskauer Gruppe so gut wie aufgerieben. Die Strafen lagen durchweg um die 5 Jahre Zwangsarbeit mit anschließender Verbannung.

In der Ukraine wurde Raisa Rudenko, Frau des Poeten und Kämpfers für die Menschenrechte Mykola Rudenko (der schon 1977 zu 7 Jahren Lager und 5 Jahren Verbannung verurteilt wurde) verhaftet. Das war im April 1981. Im Juli folgte Iwan Kandyba: 10 Jahre Lager, 5 Jahre Verbannung. Kandyba war schon in den 60er Jahren unter den Gründern der ,,Ukrainischen Arbeiter- und Bauern-Union" gewesen.

Die Ukrainische Helsinki-Gruppe hatte u.a. den Offenen Brief verbreitet, den Mykola Pohyba, ein Arbeiter, der seit Jahren in Arbeitslagern gehalten wird, im November 1980 herausgeschmuggelt hatte. Pohyba klagt in seinem Brief die Sowjetunion als eine Klassengesellschaft an, in der die Arbeiter aller Rechte beraubt sind, und nimmt dann ausdrücklich zu Polen Stellung:

,,Die letzten Ereignisse in Polen haben klar gezeigt, daß die Arbeiterklasse in der Lage ist, den Kampf für ihre Rechte und Freiheiten zu führen, für eine wirkliche Verbesserung ihrer Lage, und daß die Wirksamkeit dieses Kampfes vom Grad der Solidarität abhängt." (Zit. aus Smoloskyp, Nr. 12, Sommer 1980 – Eine vollständige deutsche Übersetzung in Osteuropa-Info 3/1981).

Ebenfalls im Sommer 1981 ist Anatoli Martschenko, auch er ein Arbeiter und einer der ältesten Widersacher des Regimes, zum dritten Mal zu einer hohen Strafe verurteilt worden, nach 15 Jahren, die er schon in Lagern verbracht hat. Im August 1981 erhielt er noch einmal 10 Jahre Lager und 5 Jahre Verbannung – sein Todesurteil, wenn er nicht vorher freikommt. Martschenko hatte schon 1968 zur Unterstützung der tschechoslowakischen Reformbewegung demonstriert; jetzt wurden ihm seine Sympathien für Polen zum Verhängnis. Seine Frau, Larissa Bogaraz, sagte nach seiner Verhaftung in einem Interview:



Mykola Rudenko vor seiner Verhaftung, 1977

,,Als ich beim Lesen des Durchsuchungsbefehls am 17. März (1981) begriff, daß sie meinen Mann wieder verhaften würden ..., war mein erster Gedanke: ‚Sie bereiten eine Intervention in Polen vor und versuchen, eventuellen Protesten zuvorzukommen' ... Aber nachher habe ich gedacht, daß die Behörden nicht so sehr eventuelle Proteste fürchten als vielmehr das polnische Beispiel, das bei uns befolgt werden könnte. Vielleicht sahen sie in meinem Mann einen potentiellen Lech Walesa: er ist Arbeiter, jemand, der nie in der offiziellen Gewerkschaft war, ein Publizist, der in engem Kontakt mit Intellektuellen steht, ein Verteidiger der Menschenrechte, der selbst an der moralischen Widerstandsbewegung teilgenommen hat und im Westen bekannt ist ..." (Übersetzt aus ,,L'Alternative" Nr. 13, Nov.-Dez. 1981)

Im August 1981 schrieb ein ,,Gründungskomitee für Freie Gewerkschaften in der UdSSR" an die ,,Solidarität", aus Anlaß ihres ersten Kongresses:

,,Wir wenden uns an Euch aus einem Land, in dem es praktisch nie unabhängige Gewerkschaften gegeben hat, die mit Festigkeit und Entschlossenheit die Interessen der arbeitenden Massen verteidigen. Wir können nur träumen von dem, was das polnische Proletariat erreicht hat. Unsere Arbeiterbewegung hat gerade erst begonnen ... Polen wird sich nicht befreien können, solange Rußland nicht frei ist. Nur demokratische Änderungen auf dieser Seite des Bug (der Grenzfluß, G.K.) werden es euch ermöglichen, ohne äußeren Druck ein freies und blühendes Land aufzubauen. Wir möchten, daß ihr wißt, wie gerne unter den Gästen auf Eurem Kongreß Vertreter der freien Arbeiterbewegung der UdSSR wären. Wir möchten, daß ihr wißt, wie gerne wir euch unsere bedingungslose Unterstützung übermitteln würden ... Das ist im Moment nur ein Traum, aber wir glauben fest, daß der Tag kommen wird, wo die polnischen und russischen Arbeiter Hand in Hand für Demokratie und Fortschritt eintreten werden."

Im September antwortete ein sowjetischer Arbeiter aus Moskau auf den Appell des Solidarność-Kongresses an die ,,Arbeiter und Völker Osteuropas und der Sowjetunion":

,,Freunde! Schon der Name Eurer Gewerkschaft zeigt das so einfache wie starke Bestreben der Arbeiter nach einem einigenden, dauernden ‚Wir'. – Wir, Arbeiter der Sowjetunion, die mit Euch solidarisch sind, grüßen Euch und bewundern Euren Mut. – Hier, in der Sowjetunion, wohnen wir einer hysterischen Verleumdungskampagne gegen Euch und Eure Bestrebungen bei ... Die Millionen, die gegen euch stimmen (bei ,,Protestverstammlungen" in den sowjetischen Fabriken, G.K.), sind Millionen, atomisiert durch Feigheit und Furcht. Gott gebe, daß sie den Mut bei sich finden! Gott gebe, daß Eure Solidarität auch die unsere werde! Gott gebe, daß Polen dem Schicksal Ungarns 1956 und der Tschechoslowakei 1968 entgeht!" (Übersetzt aus ,,L'Alternative", 13/1981)



Jewgenij Ginsburg, einer der Mitbegründer der Helsinki-Gruppen, vor seiner Verhaftung 1977

Guatemala: Zusammenschluß der revolutionären und nationalen Kräfte

„Die Christdemokraten und die Sozialdemokraten nehmen an der Wahl nicht teil, ihre Kandidaten sind ermordet worden" – eine in ihrer Dürre sehr treffende Lagebeschreibung der FAZ. Dort wird auch über den Zusammenschluß zweier Dachorganisationen der politischen Opposition berichtet, der FP-31 (Volksfront 31. Januar, nach dem für 39 Indios tödlichen Brandanschlag auf die spanische Botschaft 1980) und der FDCR (Demokratische Front gegen die Repression), zum „Guatemaltekischen Komitee der patriotischen Einheit" CGUP. Dieser Vereinigung ging ein bedeutender Schritt in der Zusammenarbeit der vier seit einigen Jahren im Land operierenden Guerillaorganisationen voraus. Das Gründungsdokument der „Revolutionären und nationalen Union Guatemalas" (URNG), das am 8. Februar über 3 zeitweilig besetzte Radiosender verbreitet wurde, ruft zum breitest möglichen Bündnis des ganzen Volkes auf mit dem Ziel, eine „revolutionäre, patriotische, demokratische Volksregierung" zu bilden.



Soldaten bewachen Arbeiter, die nahe der Panamericana eine durch Gräben schwer passierbar gemachte Brücke reparieren müssen.

Das 5-Punkte-Programm der URNG

1. Die Revolution wird ein für allemal die Unterdrückung gegen unser Volk beenden und allen Bürgern die übergeordneten Rechte auf Leben und Frieden garantieren.

2. Die Revolution wird die Voraussetzungen schaffen, um die grundlegenden Bedürfnisse der großen Mehrheit unseres Volkes zu befriedigen, indem sie die politische Herrschaft der uns unterdrückenden Reichen – der einheimischen wie der fremden –, die Guatemala regieren, beseitigt. Die Besitztümer der sehr Reichen werden nationalisiert, und es wird eine wirkliche Agrarreform stattfinden. Alle, die als einzelne, im Kollektiv oder in einer Kooperative arbeiten, werden Land erhalten.

Aufgeteilt werden sollen vor allem die Ländereien der Militärhierarchie und der korrupten, gierigen und unterdrückerischen Beamten und Geschäftsleute. Der kleine und mittelgroße Landbesitz und der Handel sollen respektiert, die nationale Industrie entwickelt, Arbeitsplätze geschaffen und Preiskontrollen errichtet werden, und alle Arbeiter auf dem Land und in der Stadt sollen einen anständigen Lohn erhalten. Wenn das Volk einmal die Macht hat, werden wir eine Grundlage haben, um die großen Probleme der Gesundheit, der Wohnungsnot und der Bildung zu lösen, von denen die ganz große Mehrheit der Bevölkerung betroffen ist.

3. Die Revolution wird die Gleichheit zwischen Indios und Ladinos (Leute mit gemischter indianisch-spanischer Abstammung, an der Kolonialkultur orientiert) sicherstellen und der kulturellen Unterdrückung und Diskriminierung ein Ende setzen. Der erste Schritt zur Aufhebung der kulturellen Unterdrückung ist die Beteiligung der indianischen Bevölkerung an der politischen Macht, so daß ihre Bedürfnisse nach Land, Arbeit, Einkommen, Gesundheitsfürsorge, Wohnungen und allgemeinem Wohlstand befriedigt werden können. Die zweite Bedingung, um diese Gleichstellung zu sichern, ist die Anerkennung ihrer Kultur und des Rechts, ihre eigene Identität zu bewahren. Die Entwicklung einer Kultur, die die historischen Wurzeln unseres Volkes zusammenführt und integriert, ist eines der wichtigsten Ziele der Revolution. Haben Indios und Ladinos die Macht, werden sie frei über die zukünftige Gestaltung Guatemalas entscheiden.

4. Wir wollen eine neue Gesellschaft aufbauen, in der alle patriotischen Kräfte, alle Volksgruppen und alle demokratischen Zusammenschlüsse in der Regierung repräsentiert sind.

Die demokratischen und sozialen Rechte schließen ein: das Recht des Volkes, örtliche, kommunale und nationale Vertretungen zu wählen; volle Rechte für Unternehmer, die gewillt sind, die Revolution zu unterstützen; Achtung vor den Interessen der arbeitenden Massen; Freiheit der Meinung und des religiösen Glaubens; Beendigung des gewaltsam erzwungenen Militärdienstes; gleiche Rechte für Frauen, und Schutz der Kinder und der Alten.

5. Ausgehend von dem Prinzip der Selbstbestimmung wird die Revolution eine Politik der Blockfreiheit und der internationalen Zusammenarbeit verfolgen, wie es dem Interesse armer Länder, die sich in einer modernen Welt entwickeln wollen, entspricht.

(Quelle: The Guardian, USA, 24.2.82)

Die vier politisch-militärischen Organisationen in Stichworten

EGP (Guerillaheer der Armen): 1972 von Überlebenden der alten „Guerillafront Edgar Ibarra" und einigen revolutionären Christen gegründet. Von selbständigen Untersuchungen der Gesellschaftstruktur Guatemalas ausgehend, erkannte diese Gruppe in den armen Kleinbauern (Campesinos) die potentielle revolutionäre Kraft. Im Norden des zu 90% von Indios bewohnten Departements Quiché (Kerngebiet der EGP) sammelten sich vertriebene Bauern. Sie siedelten sich in der heute als „Franja Transversal des Norte" bekannten Zone an, bauten Kooperativen auf und wurden später von US-Erdölkonzernen und Großgrundbesitzern aus der Armeeführung erneut bedroht.

Erste Aktionen 1975 stärkten die Verbindungen des EGP mit der ländlichen und städtischen Bevölkerung. Sie umfaßt heute vor allem indianische Bauern, daneben Arbeiter, Bewohner der Elendsviertel, Studenten und revolutionäre Christen. Der Volkskrieg wird als Einheit von Klassenkampf und Kampf gegen die kulturelle Unterdrückung der Indios verstanden. Inzwischen ist das EGP die größte und mit sechs Fronten die am weitesten verbreitete Guerillaorganisation. Von Aufklärungsarbeit über den Aufbau von Selbstschutzverbänden bis hin zu groß angelegten Angriffen auf militärische Anlagen reichen die Aktionen.

ORPA (Organisation des Volkes in Waffen): Ursprünge in einer 1971 vom bewaffneten Arm der revisionistischen Guatemaltekischen Arbeiterpartei (PGT) abgespaltenen Gruppe, arbeitet in den vorherrschend indianischen Gebieten des Vulkanhochlands und im Kaffeeanbaugebiet. ORPA geht ebenfalls davon aus, daß die Indios die bestimmende soziale Kraft sind. Sie müßten auch die führende Rolle im Befreiungskampf übernehmen, der als langfristiger Lernprozeß über verschiedene Etappen des revolutionären Volkskrieges hin zu einer gerechten Gesellschaft verstanden wird, ohne Ausbeutung und Rassismus. „Das Land dem, der's bebaut."

1979 zum ersten Mal öffentlich in Erscheinung getreten, organisiert ORPA häufig „Besetzungen" von Dörfern und Fincas, entwaffnet den Polizeiposten, kappt die Telefonverbindungen und informiert auf einem politischen *Meeting* die indianische Bevölkerung in ihrer jeweiligen Sprache über Lage und Ziele des Widerstands.

FAR (Bewaffnete Rebellenkräfte): 1962 als Einheitsfront dreier ziemlich uneiniger Gruppen gegründet, Ende der 60er Jahre aufgrund innerer Zwistigkeiten zerschlagen. Restverbände in der Hauptstadt oder in den Bergen des Nordens. Dort isoliert und schlecht organisiert, kehrte man in die Stadt zurück. Einerseits terroristische Aktionen, aber gleichzeitig Arbeit in den bis dahin stark christdemokratisch kontrollierten Gewerkschaften. Seit 1974 Schwerpunkt auf dem Aufbau von Massenorganisationen mit dem Ziel einer „proletarischen Partei". Durch Arbeit im gewerkschaftlichen Sektor (und Zustrom radikalisierter Christdemokraten) gute Verbindungen mit den Arbeitern der Industriezonen und den Landarbeitern auf den Plantagen der Südküste (Indios hier als Saisonarbeiter) und Einfluß in einigen Gebieten des ladinischen Ostens (traditionell „antikommunistisch").

1978/79, nachdem Streiks, Demonstrationen und andere Formen des Protestes zunehmend illegalisiert und die offiziell nicht verbotenen Gewerkschaften nicht mehr öffentlich agieren konnten, Beschluß zur Entwicklung einer eigenen Guerillabasis. Rückkehr eines Teils der Kräfte „in die Berge". Die FAR propagieren heute den revolutionären Volkskrieg auf der Grundlage des Arbeiter-Bauern-Bündnisses mit den Arbeitern als Avantgarde und den Campesinos als Hauptkraft. Aufklärungsarbeit und Sabotageakte gegen Infrastruktur und Polizeidienststellen in den genannten Operationsgebieten.

Partido Guatemalteco del Trabajo (nucleo consequente) – (Guatemaltekische Partei der Arbeit – konsequenter Kern): spätere Abspaltung von der moskauorientierten PGT (1978), weil deren Führung trotz gegenteiligem Beschluß den bewaffneten Kampf nicht unterstützte und am bürgerlich-demokratischen Weg festhielt (seit etwa einem Jahr scheint die PGT dies anders zu sehen, tut sich aber schwer in der Verbindung mit den kämpfenden revolutionären Kräften). Obwohl die kleinste der vier Gruppen, hat die PGT (Kern) eine Basis unter den Landarbeitern an der Südküste und bei den Arbeitern der Hauptstadt. Sie propagiert den revolutionären Volkskrieg, beschränkt sich aber im wesentlichen auf Bombenanschläge und Attentate im Bereich der Hauptstadt.

(nach: Lateinamerika-Nachrichten 101, März 1982)

unseres Volkes zu befriedigen, indem sie die politische Herrschaft der uns unterdrückenden Reichen – der einheimischen wie der fremden –, die Guatemala regieren, beseitigt. Die Besitztümer der sehr Reichen werden nationalisiert, und es wird eine wirkliche Agrarreform stattfinden. Alle, die als einzelne, im Kollektiv oder in einer Kooperative arbeiten, werden Land erhalten.

Aufgeteilt werden sollen vor allem die Ländereien der Militärhierarchie und der korrupten, gierigen und unterdrückerischen Beamten und Geschäftsleute. Der kleine und mittelgroße Landbesitz und der Handel sollen respektiert, die nationale Industrie entwickelt, Arbeitsplätze geschaffen und Preiskontrollen errichtet werden, und alle Arbeiter auf dem Land und in der Stadt sollen einen anständigen Lohn erhalten. Wenn das Volk einmal die Macht hat, werden wir eine Grundlage haben, um die großen Probleme der Gesundheit, der Wohnungsnot und der Bildung zu lösen, von denen die ganz große Mehrheit der Bevölkerung betroffen ist.

3. Die Revolution wird die Gleichheit zwischen Indios und Ladinos (Leute mit gemischter indianisch-spanischer Abstammung, an der Kolonialkultur orientiert) sicherstellen und der kultu-

lutionären Christen gegründet. Von selbständigen Untersuchungen der Gesellschaftstruktur Guatemalas ausgehend, erkannte diese Gruppe in den armen Kleinbauern (Campesinos) die potentielle revolutionäre Kraft. Im Norden des zu 90% von Indios bewohnten Departements Quiché (Kerngebiet der EGP) sammelten sich vertriebene Bauern. Sie siedelten sich in der heute als „Franja Transversal des Norte" bekannten Zone an, bauten Kooperativen auf und wurden später von US-Erdölkonzernen und Großgrundbesitzern aus der Armeeführung erneut bedroht.

Erste Aktionen 1975 stärkten die Verbindungen des EGP mit der ländlichen und städtischen Bevölkerung. Sie umfaßt heute vor allem indianische Bauern, daneben Arbeiter, Bewohner der Elendsviertel, Studenten und revolutionäre Christen. Der Volkskrieg wird als Einheit von Klassenkampf und Kampf gegen die kulturelle Unterdrückung der Indios verstanden. Inzwischen ist das EGP die größte und mit sechs Fronten die am weitesten verbreitete Guerillaorganisation. Von Aufklärungsarbeit über den Aufbau von Selbstschutzverbänden bis hin zu groß angelegten Angriffen auf militärische Anlagen reichen die Aktionen.

Protestes zunehmend illegalisiert und die offiziell nicht verbotenen Gewerkschaften nicht mehr öffentlich agieren konnten, Beschluß zur Entwicklung einer eigenen Guerillabasis. Rückkehr eines Teils der Kräfte „in die Berge".

(nucleo consequente) – (Guatemaltekische Partei der Arbeit – konsequenter Kern): spätere Abspaltung von der moskauorientierten PGT (1978), weil deren Führung trotz gegenteiligem Beschluß den bewaffneten Kampf nicht

schränkt sich aber im wesentlichen auf Bombenanschläge und Attentate im Bereich der Hauptstadt.

(nach: Lateinamerika-Nachrichten 101, März 1982)

EPLF stellt sich der 6. Offensive erfolgreich entgegen

Teile der französischen Diplomaten ausgewiesen – Mengistu verletzt? / Von Ralf Knocke

Stand der Aggressionskrieg der äthiopischen Junta (DERG) gegen Eritrea bisher im Hintergrund der Weltöffentlichkeit, so kann die bürgerliche Presse in der letzten Zeit die heftigen militärischen Kämpfe und die Erfolge der EPLF nicht einfach leugnen.

Mit seiner Parole „Vernichtet die EPLF, um die eritreische Revolution zu vernichten" hat der faschistische DERG am 25.1.82 die Marschroute für seine 6. Offensive festgelegt. Doch ist diese ihrem Wesen nach nur eine Verlängerung der 5. Offensive, die von der EPLF 1979 erfolgreich zurückgeschlagen wurde. Auch wenn die äthiopische Junta alle propagandistischen Mittel einsetzt, um unter dem eritreischen Volk eine geistige Einschüchterung u.a. durch Lügen zu erreichen, so ist festzustellen, daß diese mit der Zeit für das eritreische Volk alte Musik ist.

Seit der Machtübernahme der Militärjunta 1974 versucht diese sich nach außen als fortschrittlich darzustellen, um die eritreische Revolution in der Welt zu isolieren. Doch zeigt die Haltung des DERG gegenüber dem 7-Punkteplan, den die EPLF, als eine gerechte und friedliche Lösung des „eritreischen Problems" im November 1980 verbreitet, recht deutlich, daß die Mengistu-Clique bis heute eine friedliche Lösung des „Eritrea-Problems" ablehnt, was mit der Durchführung der 5. und jetzt der 6. Offensive offen zu Tage tritt. So geht sie mit immer niederträchtigeren Mitteln gegen das eritreische Volk vor.

Mit Hilfe der Sozialimperialisten, kubanischen und südjemenitischen Soldaten begann die äthiopische Militärjunta am 15.2. an vier Fronten die 6. Offensive. Mit ihrem Beginn hat die faschistische Junta neben Nervengas, was Tag und Nacht zum Einsatz kommt, den Einsatz von Napalm und Splitterbomben, wie bei der 5. Offensive, durchgeführt. Der Einsatz chemischer Kampfstoffe ist als letzter verzweifelter Akt des DERG anzusehen, da er mit dem Traum, die EPLF zu vernichten, gescheitert ist.

Die Volksbefreiungsfront, die in den verschiedenen Gebieten Eritreas in die Offensive gegangen ist, fügt der äthiopischen Armee fast täglich schwere Verluste zu; so schon vor dem Beginn der 6. Offensive: u.a. am 8.2. in der Provinz Serae, wo sie eine äthiopische Einheit angriff und aufrieb. So auch am 12./13.2.82, wo die EPLA eine Gegenoffensive entlang der gesamten Front im Nordosten der Sahelprovinz unternahm und Teile der äthiopischen Armee von allen entscheidenden strategischen Positionen zurückdrängte. (Auszüge des Militärkommuniques vom 14./15.2., Nr. 1 und 2, EPLF-Büro/Khartoum)

Am 19. und 20. Februar griffen Verbände der EPLF zum zweiten Mal innerhalb eines Monats den Flughafen von Asmara an, zerstörten die Rollbahn sowie 7 Migs, 2 Antonov Transportflugzeuge und 3 Hubschrauber.

Laut Pressemitteilung vom 17. Februar drangen äthiopische Einheiten auf sudanesisches Territorium ein mit der Absicht, Verbände der EPLF einzukreisen, doch wurde auch dieser Versuch von Mitgliedern der EPLA vereitelt. Neben den militärischen Erfolgen der EPLF hat sich auch die politische Haltung einiger Staaten gegenüber der EPLF geändert. Weilte Ende letzten Jahres noch der französische Außenminister Claude Cheysson in Asmara und führte dort Gespräche mit Juntachef Mengistu (Vgl. KVZ Nr. 7), wo er u.a. die wirtschaftliche und militärische Unterstützung der äthiopischen Regierung durch die französische unterbreitete, änderte nun die französische Regierung ihre Haltung zum „eritreischen Konflikt". Sie stellt sich in einer Erklärung vom 25.2.82 auf die Seite der EPLF, was einen scharfen Protest der äthiopischen Junta und die Ausweisung einiger französischer Diplomaten zur Folge hatte.

Unruhe verbreitete die Meldung, daß letzte Woche Oberst Mengistu verletzt sowie 2 Generäle und mehrere Berater den Tod gefunden haben sollen. Der DERG dementierte diese Meldung. Ob diese Meldung nun zutrifft oder nicht, entscheidend ist, daß die 6. Offensive vereitelt und zurückgeschlagen wird. Die EPLF appelliert aus diesem Grund an alle demokratischen und friedlichen Staaten, Organisationen und Individuen, an die UNO, die Organisation für afrikanische Einheit, die arabische Liga und die Weltgemeinschaft im allgemeinen, die kriminellen, barbarischen und inhumanen Vergehen am eritreischen Volk aufs Schärfste zu verurteilen.

Unsere Haltung gegenüber dem revolutionären Kampf der Völker der Dritten Welt sollte viel entschlossener und aufrichtiger sein. Wie schrieb Genosse Lenin: „Es gibt nur einen wirklichen Internationalismus: die hingebungsvolle Arbeit an der Entwicklung der revolutionären Bewegung und des revolutionären Kampfes im eigenen Lande. Die Unterstützung – durch Propaganda, durch moralische und materielle Hilfe – eben eines solchen Kampfes, eben einer solchen Linie und nur einer solchen allein in ausnahmslos allen Ländern."



EPLF-Kämpfer erbeuteten Panzer sowjetischer Bauart

EPLF stellt sich der 6. Offensive erfolgreich entgegen

Teile der französischen Diplomaten ausgewiesen – Mengistu verletzt? / Von Ralf Knocke

Stand der Aggressionskrieg der äthiopischen Junta (DERG) gegen Eritrea bisher im Hintergrund der Weltöffentlichkeit, so kann die bürgerliche Presse in der letzten Zeit die heftigen militärischen Kämpfe und die Erfolge der EPLF nicht einfach leugnen.

Mit seiner Parole „Vernichtet die EPLF, um die eritreische Revolution zu vernichten" hat der faschistische DERG am 25.1.82 die Marschroute für seine 6. Offensive festgelegt. Doch ist diese ihrem Wesen nach nur eine Verlängerung der 5. Offensive, die von der EPLF 1979 erfolgreich zurückgeschlagen wurde. Auch wenn die äthiopische Junta alle propagandistischen Mittel

Einheit angriff und aufrieb. So auch am 12./13.2.82, wo die EPLA eine Gegenoffensive entlang der gesamten Front im Nordosten der Sahelprovinz unternahm und Teile der äthiopischen Armee von allen entscheidenden strategischen Positionen zurückdrängte. (Auszüge des Militärkommuniques vom 14./15.2., Nr. 1 und 2, EPLF-Büro/Khartoum)

Am 19. und 20. Februar griffen Verbände der EPLF zum zweiten Mal innerhalb eines Monats den Flughafen von Asmara an, zerstörten die Rollbahn sowie 7 Migs, 2 Antonov Transportflugzeuge und 3 Hubschrauber.

Laut Pressemitteilung vom 17. Fe-

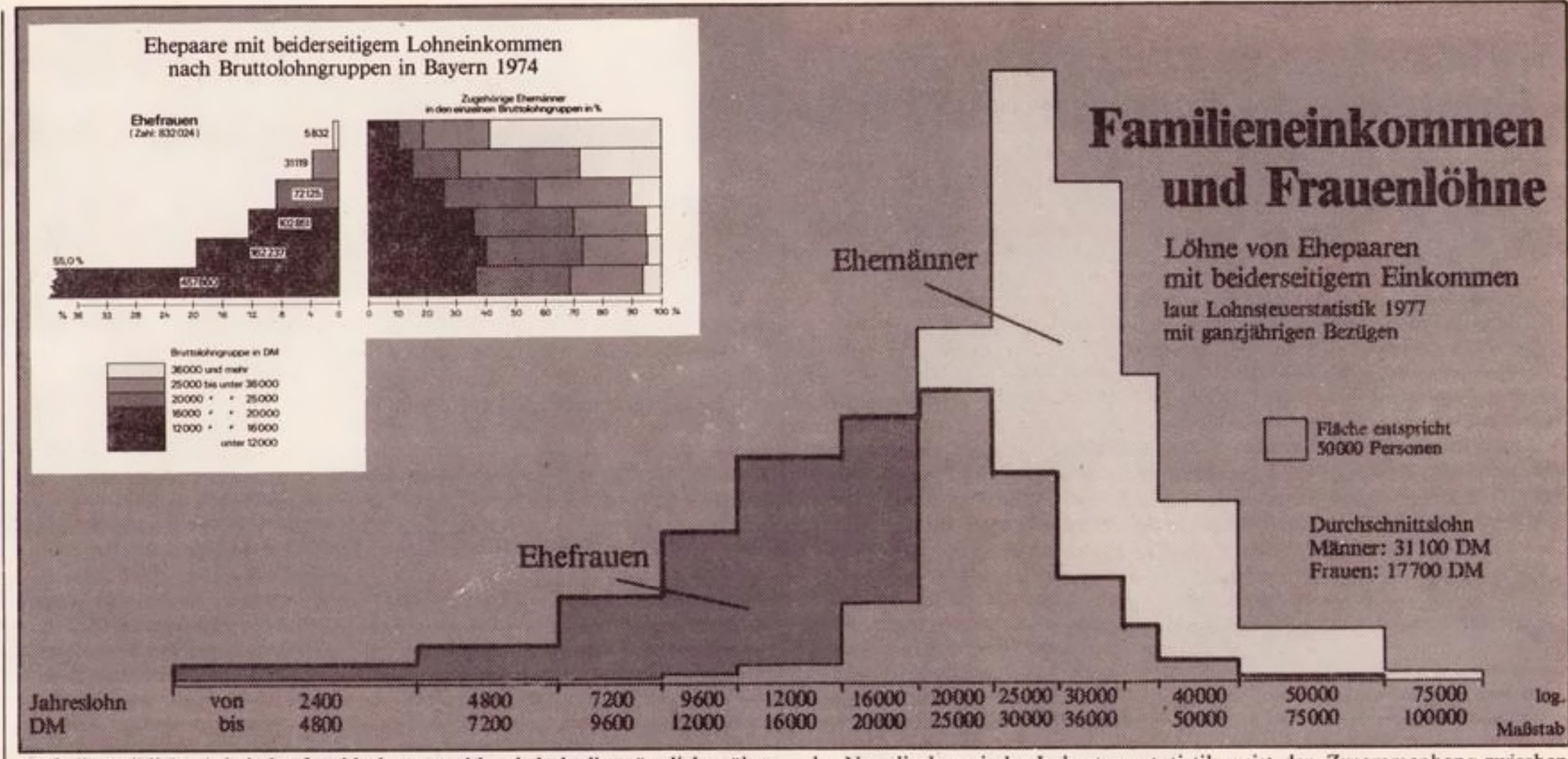
auf die Seite der EPLF, was einen scharfen Protest der äthiopischen Junta und die Ausweisung einiger französischer Diplomaten zur Folge hatte.

Unruhe verbreitete die Meldung, daß letzte Woche Oberst Mengistu verletzt sowie 2 Generäle und mehrere Berater den Tod gefunden haben sollen. Der DERG dementierte diese Meldung. Ob diese Meldung nun zutrifft oder nicht, entscheidend ist, daß die 6. Offensive vereitelt und zurückgeschlagen wird. Die EPLF appelliert aus diesem Grund an alle demokratischen und friedlichen Staaten, Organisationen und Individuen, an die UNO, die Organisation für afrikanische Einheit, die

Sanktionen nur als „Signal“

frb. Je weiter die Importrestriktionen der EG gegenüber der Sowjetunion ihrer Beschlußfassung entgegengehen, umso dünner werden sie offenbar. Hatte Regierungssprecher Becker letzte Woche noch angekündigt, die Sanktionsliste würde mehr als nur Wodka und Kaviar umfassen, so laufen die neuesten Informationen aus Brüssel doch darauf hinaus, daß bestenfalls 2% des Gesamtimports der EG von den Sanktionen betroffen sein werden. Ursprünglich sollten die Importe im Rahmen der nicht liberalisierten Zollpositionen auf die Hälfte reduziert werden, nun aber sollen sie nur auf 75% des Handels von 1980 beschränkt werden. Die betreffenden Zollpositionen umfassen insgesamt 8% der Einfuhren aus der UdSSR.

Auch die USA wollen vorerst keine weiteren Sanktionen gegen die UdSSR verhängen. Die amerikanische Regierung will erst die Rückkehr einer Delegation abwarten, die sie dieser Tage nach Westeuropa schickt. Vor einem Unterausschuß des US-Senats haben sich indessen Vertreter der amerikanischen Industrie am 3. März gegen eine Blockierung des Einsatzes amerikanischer Technologie beim Bau der sowjetischen Erdgaspipeline nach Westeuropa ausgesprochen. Der Vizepräsident von Caterpillar beschwerte sich über den Verlust, den sein Konzern wegen des Verbots der Lieferung von Rohrverlegern erlitten habe. Japanische Firmen haben diesen Auftrag umgehend übernommen. Einige Senatoren gaben ihrer tiefen Sorge Ausdruck, „daß die USA in aller Welt Absatzmärkte einbüßen“, wenn sie die Sanktionen durchziehen. Ohnehin sind Getreidelieferungen, die 70% der US-Exporte in die UdSSR ausmachen, von den Sanktionen ausgenommen. Und auch International Harvester darf seine Großfabrik für Landmaschinen in der UdSSR bauen. Ebenso ihrer Fertigstellung entgegen geht die modernste Fabrik der sowjetischen Erdölindustrie. In US-Lizenz werden hier später Ölbohrköpfe gefertigt.



Daß die weibliche Arbeitskraft schlechter gezahlt wird als die männliche, überträgt sich auch auf die Beiträge zum Einkommen der Familie. Das Einkommen der Frau ist, auch wenn sie ihre Arbeitskraft verkauft, praktisch bloß ein Zusatzeinkommen zu dem des Ehemannes. Teilzeitarbeit spielt da eine *zusätzliche* Rolle. Nur die bayerische Lohnsteuerstatistik weist den Zusammenhang zwischen den Löhnen von Eheleuten aus. Daraus ergibt sich, daß die Frauen auch dann wenig verdienen, wenn der Ehemann mittelmäßig verdient. Andererseits verdient der Mann in der Tendenz um so mehr, je höher der Lohn der Ehefrau.

Die 13 OPEC-Länder werden sich am 19. März zu einer Sondersitzung in Wien treffen. Seit Wochen geben die Preise am Ölmarkt immer mehr nach; Nigeria, Venezuela, Mexiko (kein Opec-Mitglied) und Iran mußten ihre Preise senken. Grund hierfür ist der Rückgang des Verbrauchs in den Industrieländern. Der irakische Ölminister hat den Ölkonzernen vorgeworfen, sie hätten außerdem 4 Mio. Faß/Tag aus ihren Vorräten auf den Markt gebracht, um die Opec zu einer Preissenkung zu zwingen. Mit einer koordinierten Drosselung der Produktion wollen die Öländer nun den erst im letzten Oktober festgesetzten Preis von 3 $ pro Faß verteidigen. Saudi-Arabien, das vor wenigen Monaten täglich noch 10 Mio. Faß förderte, will seine Produktion auf 7,5 Mio. Faß reduzieren.

In New York hat eine weitere Runde der Seerechtskonferenz begonnen. Ziel der seit Jahren andauernden Verhandlungen ist die Neuregelung von Hoheits- und Wirtschaftszonen auf dem Meer, die Festlegung von Schiffahrts- und Fischereirechten, sowie die rechtliche Regelung des Meeresbergbaus. Die jetzige neue Sitzungsrunde ist notwen-

Die Woche im Rückblick

dig geworden, weil die USA im letzten Jahr kurz vor Abschluß der Verhandlungen ihre frühere Zustimmung zu den den Meeresbergbau betreffenden Teilen wieder zurückgezogen hatten. Sie verlangen freies Vorgehen für ihre Unternehmen und die garantierte Stimmenmehrheit der Industrieländer in der zu bildenden Meeresbehörde.

Trotz der unterdurchschnittlichen Entwicklung der kommunalen Steuereinnahmen versuchen Bund und Länder, ihre eigenen Finanzprobleme weitgehend zu Lasten der Kommunen zu lösen. So stellt der Anfang des Monats veröffentlichte Gemeindefinanzbericht fest. Die Länder kürzen die Finanzzuweisungen an die Gemeinden, der Bund hat den Gemeinden mit der „Operation 82“ zusätzliche Lasten aufgeladen. „Das Spektrum der Sparmaßnahmen reicht bis zur Schließung von Einrichtungen wie Bädern, Bibliotheken, Kindergärten“, heißt es.

Nur der Außenhandel hat der westdeutschen Industrie im letzten Jahr den Umsatz gerettet. Knapp 13% wurde der Auslandsumsatz gesteigert. Unter Berücksichtigung einer Teuerungsrate von 6% wurden damit real noch etwa 6% mehr Waren im Ausland abgesetzt als 1980. Im Inland nahmen die Umsätze dagegen nur um 2% zu, real war der Inlandsumsatz um 4% niedriger als 1980. Die Exportquote des verarbeitenden Gewerbes stieg damit weiter auf 26%. Ein Jahrzehnt zuvor, 1970, waren erst 18% der Produkte exportiert worden. Dies muß beachtet werden, wenn andererseits von gestiegener Importkonkurrenz die Rede ist.

Eine Reihe von Vergünstigungen für die Kapitalisten sieht der neue britische Haushalt vor. Den größten Batzen bringt eine Senkung des Unternehmerzuschlags zur Sozialversicherung von 3,5 auf 2,5%. Dagegen werden die Verbrauchssteuern für Alkohol, Tabak und Benzin schon wieder erhöht.

Fahrpreiserhöhung in Köln – Kein Zündstoff?

osh.Köln. Der Aufsichtsrat der Kölner Verkehrsbetriebe (KVB) hat zum 1.5.82 beschlossen, die Fahrpreise um ca. 10% zu erhöhen. Die Dreier-Sammelkarte z.B. soll dann statt 4 DM 4,50 DM kosten. Der Kölner Stadtrat hält sich aus der Beschlußfassung heraus. Im KVB-Aufsichtsrat allerdings sind die Stadtratsvertreter – die die
des Verbots der Lieferung von Rohrverlegern erlitten habe. Japanische Firmen haben diesen Auftrag umgehend übernommen. Einige Senatoren gaben ihrer tiefen Sorge Ausdruck, „daß die USA in aller Welt Absatzmärkte einbüßen“, wenn sie die Sanktionen durchziehen. Ohnehin sind Getreidelieferungen, die 70% der US-Exporte in die UdSSR ausmachen, von den Sanktionen ausgenommen. Und auch International Harvester darf seine Großfabrik für Landmaschinen in der UdSSR bauen. Ebenso ihrer Fertigstellung entgegen geht die modernste Fabrik der sowjetischen Erdölindustrie. In US-Lizenz werden hier später Ölbohrköpfe gefertigt.

fortschrittlich waren als die vielgeschmähten Jusos, Falken usw. Während letztere wenigstens in Ansätzen Forderungen wie „Nahverkehrsabgabe der Kölner Großkonzerne“ und nach schnellerem und besserem Transport aufstellten (was durchaus die Schwäche haben mag, vom Stadtrat als Gegner abzulenken, zumindest haben es ei-
Preise am Ölmarkt immer mehr nach; Nigeria, Venezuela, Mexiko (kein Opec-Mitglied) und Iran mußten ihre Preise senken. Grund hierfür ist der Rückgang des Verbrauchs in den Industrieländern. Der irakische Ölminister hat den Ölkonzernen vorgeworfen, sie hätten außerdem 4 Mio. Faß/Tag aus ihren Vorräten auf den Markt gebracht, um die Opec zu einer Preissenkung zu zwingen. Mit einer koordinierten Drosselung der Produktion wollen die Öländer nun den erst im letzten Oktober festgesetzten Preis von 3 $ pro Faß verteidigen. Saudi-Arabien, das vor wenigen Monaten täglich noch 10 Mio. Faß förderte, will seine Produktion auf 7,5 Mio. Faß reduzieren.

den werden also allein schon wegen der Qualität der KVB die Fahrpreise von vielen als zu hoch betrachtet.“

Der KVB-Vorstand wäscht wegen der Misere seine Hände in Unschuld. Gefangen in eng betriebswirtschaftlichem, gewinnorientiertem Denken bekennt er, alles in seiner Macht stehende getan zu haben. Hat er auch – zumindest bei den Rationalisierungen. Als Lösung erscheint ihm nur die kontinuierliche Fahrpreiserhöhung: „Eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der KVB AG (Defizit 101 Mio. DM, d. Verf.) kann unter Beibehaltung bis-
lungen ist die Neuregelung von Hoheits- und Wirtschaftszonen auf dem Meer, die Festlegung von Schiffahrts- und Fischereirechten, sowie die rechtliche Regelung des Meeresbergbaus. Die jetzige neue Sitzungsrunde ist notwen-

Die Woche im Rückblick

dig geworden, weil die USA im letzten Jahr kurz vor Abschluß der Verhandlungen ihre frühere Zustimmung zu den den Meeresbergbau betreffenden Teilen wieder zurückgezogen hatten. Sie verlangen freies Vorgehen für ihre Unternehmen und die garantierte

Eigendeckung der Kosten (Geschäftsbericht 1980) relativ wenig bezuschußt sind (Paris 44%, New York 28% Eigendeckung, taz, 2.3.82).

Die herrschenden Verkehrs- und Finanzgesetze ermöglichen es z.Z. nicht, daß Bund oder Land außer den Kosten für den Bau gigantischer Großprojekte wie U- oder S-Bahn auch den *täglichen Betrieb* der Verkehrsbetriebe subventionieren. Das ÖTV-Vorstandsmitglied Merten macht seit Jahren auf diesen Mißstand aufmerksam.

Die DGB-Gewerkschaften haben sowohl zur Finanzierung als auch zur
wicklung der kommunalen Steuereinnahmen versuchen Bund und Länder, ihre eigenen Finanzprobleme weitgehend zu Lasten der Kommunen zu lösen. So stellt der Anfang des Monats veröffentlichte Gemeindefinanzbericht fest. Die Länder kürzen die Finanzzuweisungen an die Gemeinden, der Bund hat den Gemeinden mit der „Operation 82“ zusätzliche Lasten aufgeladen. „Das Spektrum der Sparmaßnahmen reicht bis zur Schließung von Einrichtungen wie Bädern, Bibliotheken, Kindergärten“, heißt es.
Nur der Außenhandel hat der westdeutschen Industrie im letzten Jahr den Umsatz gerettet. Knapp 13% wurde der Auslandsumsatz gesteigert. Un-

schön und gut. Aber uns sind die Hände gebunden durch die knappen Landes- und Bundesmittel. Und was wir im Haushalt zu verteilen haben, ist schon alles verplant für 1982. Daß überhaupt keine Reserven mehr da sind, ist unwahr. Ein oder zweimal könnte das KVB-Defizit durchaus aus den extra gebildeten „offenen Rücklagen“ der Kölner Stadtwerke (ein Zusammenschluß von im wesentlichen KVB und Gas-/Wasserwerken) gedeckt werden. Die betragen nämlich Ende 1980 schon 212 Mio. DM. Gleichzeitig müßte der Stadtrat natürlich eine Ausgabenpoli-
gesetzt als 1980. Im Inland nahmen die Umsätze dagegen nur um 2% zu, real war der Inlandsumsatz um 4% niedriger als 1980. Die Exportquote des verarbeitenden Gewerbes stieg damit weiter auf 26%. Ein Jahrzehnt zuvor, 1970, waren erst 18% der Produkte exportiert worden. Dies muß beachtet werden, wenn andererseits von gestiegener Importkonkurrenz die Rede ist.
Eine Reihe von Vergünstigungen für die Kapitalisten sieht der neue britische Haushalt vor. Den größten Batzen bringt eine Senkung des Unternehmerzuschlags zur Sozialversicherung von 3,5 auf 2,5%. Dagegen werden die Verbrauchssteuern für Alkohol, Tabak und Benzin schon wieder erhöht.

Fahrpreiserhöhung in Köln – Kein Zündstoff?

osh.Köln. Der Aufsichtsrat der Kölner Verkehrsbetriebe (KVB) hat zum 1.5.82 beschlossen, die Fahrpreise um ca. 10% zu erhöhen. Die Dreier-Sammelkarte z.B. soll dann statt 4 DM 4,50 DM kosten. Der Kölner Stadtrat hält sich aus der Beschlußfassung heraus. Im KVB-Aufsichtsrat allerdings sind die Stadtratsvertreter – die die Hälfte der Mitglieder stellen – an meist geheime Absprachen innerhalb und zwischen den Fraktionen gebunden.

Der zuständige Lokalkommentator meldet zum Aufsichtsratsbeschluß: „Die KVB-Fahrpreise werden erhöht – das war in früheren Jahren Zündstoff. Heute erkennt die Bevölkerung eher nüchtern an, daß Erhöhungen sicher gerechtfertigt sind.“ (Kölner Stadtanzeiger, 6.2.82) Das Problem der diesjährigen Kämpfe ist, daß er zunächst recht hat. Tatsächlich gibt es noch keinen Aufbau einer öffentlichen Front gegen die Erhöhung.

Ältere Teile der Bewegung gegen die Kölner Stadtratspolitik erinnern sich teils mit Wehmut, teils mit Stolz an die großen Fahrpreisdemonstrationen von 1975. Damals war die Bewegung gespalten; auf der einen Seite machten Jusos, Falken, DKP u.a. eine Demonstration mit „friedlichem Charakter“ (ca. 1200 Teilnehmer). Andererseits gab es vom KBW und Teilen der spontanen Bewegung am folgenden Tag eine Demonstration von 1500, in deren Verlauf die Schienen besetzt wurden, der Verkehr teilweise lahmgelegt war und es zu massenhaften Prügelszenen mit der Polizei kam. Ein für Köln durchaus seltenes Ereignis. Deshalb, aber auch weil danach einige Jahre Ruhe an der Fahrpreisfront war, wurde die Sache stets als Fortschritt im Kampf gegen den Stadtrat hochgehalten.

Wenn man sich die damalige politische Auseinandersetzung ansieht – innerhalb der Bewegung – scheint mir heute, daß der KBW und Teile der Spontanen damals allerdings weniger fortschrittlich waren als die vielgeschmähten Jusos, Falken usw. Während letztere wenigstens in Ansätzen Forderungen wie „Nahverkehrsabgabe der Kölner Großkonzerne“ und nach schnellerem und besserem Transport aufstellten (was durchaus die Schwäche haben mag, vom Stadtrat als Gegner abzulenken, zumindest haben es einige Jusos so gewollt), hat der KBW dagegen folgendes eingewandt: „Wer oder was sollte den Stadtrat denn jetzt plötzlich dazu bewegung, sein Mehr an Einnahmen für die KVB auszugeben? Der Charakter des bürgerlichen Staates wird sich keineswegs dadurch ändern, daß er eine Nahverkehrsabgabe erhebt. Sein Mehr an Einnahmen wird er genauso weiter im Interesse der Kapitalitsten verwenden.“ Das Kennzeichen dieser Linie war vordergründige Radikalität, weshalb sich die mobilsten Teile der Bewegung – aber auch nur die – in großer Zahl in der KBW-Demonstration sammelten.

Aus berechtigter Kritik an Mauschel- und Machtpolitik wurde falsch – und beileibe nicht nur von den Kommunisten – die Heraushaltung aus der „Kölner Haushaltspolitik“ betrieben. Noch heute zeigt sich z.B. in der Bunten Liste/Grüne (die 3 Sitze in den Stadtbezirken haben) ein großer Mangel in der Untersuchung der Reproduktion auf kommunaler Ebene (Schulen, Kindergärten, Verkehr usw.). Insgesamt hat keine politische Organisation die Untersuchung solcher Fragen des Lebens in der Großstadt Köln öffentlich gemacht.

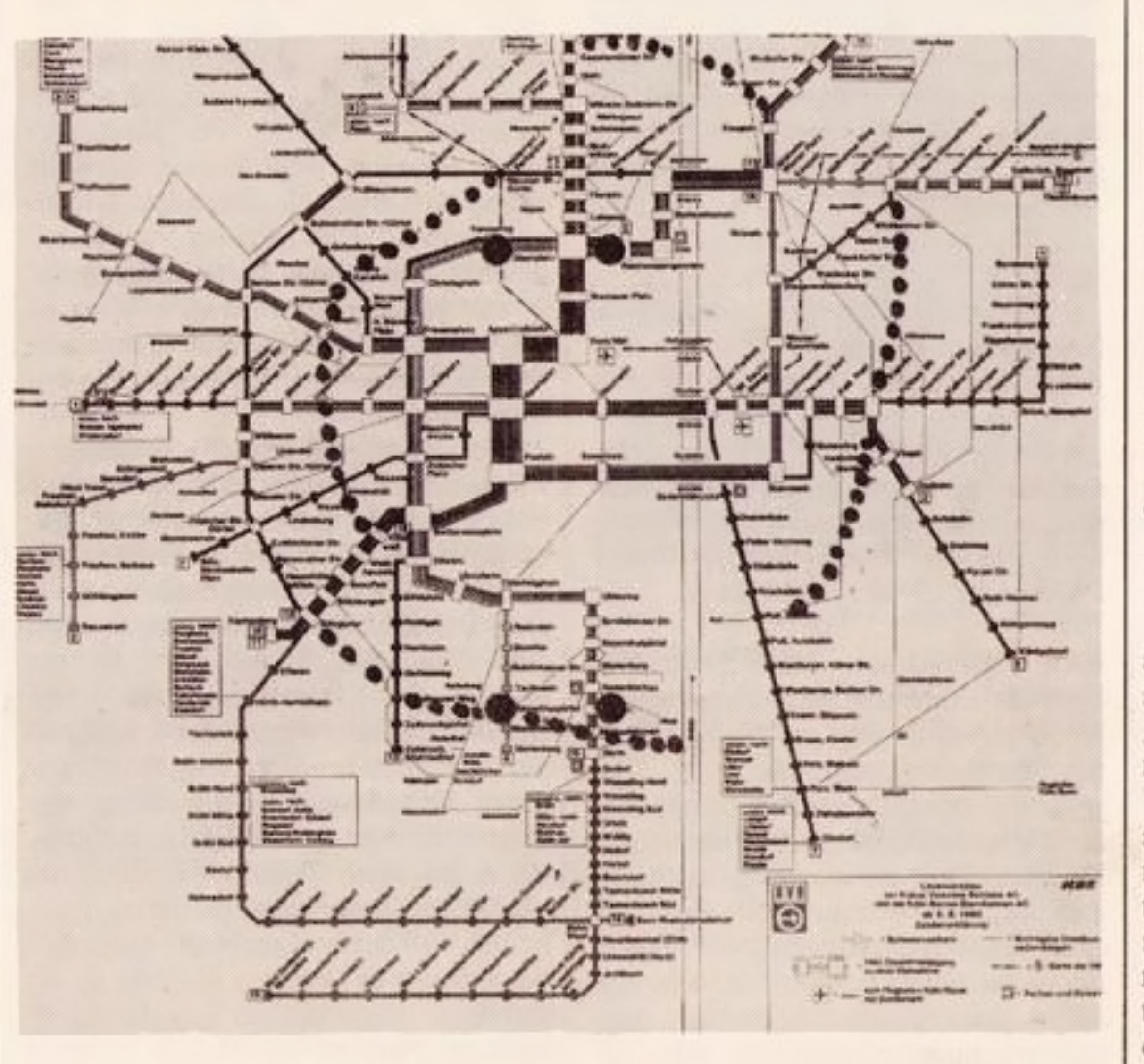
Dagegen heißt es in den Thesen der Kölner KVB-Initiative zu den diesjährigen Fahrpreiskämpfen: „Trotz Aussagen der KVB, daß sich ‚ihre Angebotsqualität verbessert habe‘ (Geschäftsbericht 80), reißen die Klagen über den schlechten Service der KVB nicht ab (vgl. zahlreiche Leserbriefe in der Lokalpresse). Streckennetz, Linienfolge, Umsteigemöglichkeiten usw. sind nach wie vor ständiges Ärgernis. Unabhängig von anderen Gründen werden also allein schon wegen der Qualität der KVB die Fahrpreise von vielen als zu hoch betrachtet.“

Der KVB-Vorstand wäscht wegen der Misere seine Hände in Unschuld. Gefangen in eng betriebswirtschaftlichem, gewinnorientiertem Denken bekennt er, alles in seiner Macht stehende getan zu haben. Hat er auch – zumindest bei den Rationalisierungen. Als Lösung erscheint ihm nur die kontinuierliche Fahrpreiserhöhung: „Eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der KVB AG (Defizit 101 Mio. DM, d. Verf.) kann unter Beibehaltung bisheriger Betriebs- und Verkehrsleistungen nur durch eine kontinuierliche Erhöhung der Verkehrstarife erreicht werden, weil die Rationalisierungsmöglichkeiten des Unternehmens ausgeschöpft sind“ (in der Tat: von 1960: 5451 auf 1980: 3712 Beschäftigte). Nun fällt zunächst mal auf, daß die Kölner Verkehrsbetriebe mit ca. 70% Eigendeckung der Kosten (Geschäftsbericht 1980) relativ wenig bezuschußt sind (Paris 44%, New York 28% Eigendeckung, taz, 2.3.82).

Die herrschenden Verkehrs- und Finanzgesetze ermöglichen es z.Z. nicht, daß Bund oder Land außer den Kosten für den Bau gigantischer Großprojekte wie U- oder S-Bahn auch den *täglichen Betrieb* der Verkehrsbetriebe subventionieren. Das ÖTV-Vorstandsmitglied Merten macht seit Jahren auf diesen Mißstand aufmerksam.

Die DGB-Gewerkschaften haben sowohl zur Finanzierung als auch zur Ausgestaltung des Nahverkehrs eindeutige Forderungen. So heißt es im DGB-Beschäftigungsprogramm vom März 1981: „Verstärkung der Mittel zugunsten der Bundesbahn und zum Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs! Ausbau des Radwegnetzes!“

Linke Kräfte im Kölner Stadtrat sagen aktuell zu solchen Vorschlägen: schön und gut. Aber uns sind die Hände gebunden durch die knappen Landes- und Bundesmittel. Und was wir im Haushalt zu verteilen haben, ist schon alles verplant für 1982. Daß überhaupt keine Reserven mehr da sind, ist unwahr. Ein oder zweimal könnte das KVB-Defizit durchaus aus den extra gebildeten „offenen Rücklagen“ der Kölner Stadtwerke (ein Zusammenschluß von im wesentlichen KVB und Gas-/Wasserwerken) gedeckt werden. Die betragen nämlich Ende 1980 schon 212 Mio. DM. Gleichzeitig müßte der Stadtrat natürlich eine Ausgabenpolitik für 3–5 Jahr machen, um diese Rücklagen wieder aufzufüllen. Eine Projektgruppe über alternative Haushaltspolitik hat z.B. in diesem Zusammenhang vorgeschlagen: Ausschöpfen staatlicher Einnahmequellen durch z.B. Erhöhung der Gewerbesteuersätze auf 400%. Höherer Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer.



Jahrelange Fehlplanung: Die dick gepunkteten Linien kennzeichnen fehlende Querverbindungen zwischen den größten Kölner Stadtteilen.

Für den Nahverkehr kann weiterhin durchaus eine Finanzierung entsprechend den ÖTV-Vorstellungen nach Erhöhung der Anteile aus der Mineralölsteuer und deren Verwendung für den Betrieb des Nahverkehrs ins Auge gefaßt werden, so daß die kommunalen Steuerzuschüsse dann sinken. Solche Finanzierungen, verbunden mit besserem Einsatz vorhandener Geldmittel (statt U-Bahn reicht oft auch eine Straßenbahn, was einige hundert Millionen einspart) könnte auch eine Grundlage für Preissenkungen im Nahverkehr sein. Prinzipiell ist so auch ein Nulltarif vorstellbar – wenn vorher über längere Zeit die Finanzierungsgrundlagen geändert sind.

Ich habe versucht zu verdeutlichen, auf welcher konkreten, gleichzeitig sachlich schwierigen Ebene eine Bewegung gegen die Fahrpreise ansetzen muß. Deshalb entwickelt sich auch der Widerstand nicht breit, plötzlich und spektakulär. Um verbunden mit theoretischer Klärung den Widerstand politisch in die Initiative zu bringen, soll mit Hilfe eines in der Gemeindeordnung von NRW verankerten Bürgerantrags (§6c) (entfernte Ähnlichkeit mit einem Volksbegehren) versucht werden, eine Front gegen die Fahrpreiserhöhung und gegen die herrschende Nahverkehrspolitik aufzubauen.



Streik gegen Krankengeld-Kürzungen in den Niederlanden

rof.Kleve. Der niederländische Gewerkschaftsbund FNV hat einen heißen Monat März angekündigt. Grund ist die erklärte Absicht der Kapitalisten, die Zahlung des Krankengeldes um 10% zu kürzen. Bislang sind 80% des Nettolohnes durch die Sozialversicherung gedeckt, in den Lohnverhandlungen wurden die Arbeitgeber jeweils verpflichtet, auf 100% aufzustocken. Ermuntert wurde das Kapital durch PvdA-Arbeits- und Sozialminister den Uyl, der einen Gesetzesentwurf vorbereitet, der nur noch ca. 90% des Nettolohnes garantiert. Der FNV hat den 12. März als landesweiten Aktionstag ausgerufen. Die Streikaktionen sind in dieser Woche angelaufen. Trotz gerichtlichen Verbots sind in der Metallindustrie Streiks durchgeführt worden. Am Dienstag begann der Streik der Müllabfuhr in Amsterdam, Rotterdam und Leiden. Am Donnerstag folgen weitere große Städte. Streiks haben begonnen im graphischen Gewerbe. Aktionen begannen bei Banken und Versicherungen, Baugewerbe, Häfen, Post sowie großen Kaufhauskonzernen. Streikaktionen werden auch hier in dieser Woche folgen. In der Molkereibranche wurden zwar 100% zugesagt, jedoch sonst keinerlei Zugeständnisse gemacht, so daß der FNV das Übereinkommen abgelehnt hat. Das Kabinett van Agt hat eine Lohnmaßregel vorbereitet, die in Kraft treten soll, wenn die Gewerkschaften über 6,5% Preissteigerungsausgleich insgesamt erkämpfen.

Streik gegen das Verbot von Fahrpreissenkungen

des Nettolohnes durch die Sozialversicherung gedeckt, in den Lohnverhandlungen wurden die Arbeitgeber jeweils verpflichtet, auf 100% aufzustocken. Ermuntert wurde das Kapital durch PvdA-Arbeits- und Sozialminister den Uyl, der einen Gesetzesentwurf vorbereitet, der nur noch ca. 90% des Nettolohnes garantiert. Der FNV hat den 12. März als landesweiten Aktionstag ausgerufen. Die Streikaktionen sind in dieser Woche angelaufen. Trotz gerichtlichen Verbots sind in der Metallindustrie Streiks durchgeführt worden. Am Dienstag begann der Streik der Müllabfuhr in Amsterdam, Rotterdam und Leiden. Am Donnerstag folgen weitere große Städte. Streiks haben begonnen im graphischen Gewerbe. Aktionen begannen bei Banken und Versicherungen, Baugewerbe, Häfen, Post sowie großen Kaufhauskonzernen. Streikaktionen werden auch hier in dieser Woche folgen. In der Molkereibranche wurden zwar 100% zugesagt, jedoch sonst keinerlei Zugeständnisse gemacht, so daß der FNV das Übereinkommen abgelehnt hat. Das Kabinett van Agt hat eine Lohnmaßregel vorbereitet, die in Kraft treten soll, wenn die Gewerkschaften über 6,5% Preissteigerungsausgleich insgesamt erkämpfen.

Streik gegen das Verbot von Fahrpreissenkungen

kvz. Recht außergewöhnlich ist der Anlaß eines Streiks der Angestellten der städtischen Verkehrsbetriebe in London. Ein Urteil des höchsten britischen Gerichts sieht nämlich das Verbot einer drastischen Fahrpreissenkung, die die Verkehrsbetriebe durchführen wollten, vor. Gleichzeitig wurde in dem Urteil der Stadt zur Auflage gemacht, die Tarife zu verdoppeln. Am Streiktag, dem Mittwoch dieser Woche, blieben sämtliche U-Bahn-Züge und Busse Londons in den Depots.

Gegen Entlassungen in der italienischen Chemieindustrie

kvz. Am Freitag der letzten Woche legten 600000 Chemiearbeiter in ganz Italien für 8 Stunden die Arbeit nieder, in Rom wohnten einer von den Gewerkschaften organisierten Protestkundgebung allein 50000 bei. Anlaß der Kampfmaßnahmen ist der Entschluß des Montedison-Chemiekonzerns, 1800 Arbeiter in den Fabriken des Südens, Brindise, Ferrara und Terni zu entlassen. Schon in den Vormonaten war es vor allem in Brindisi zu Streik- und Besetzungsaktionen der Arbeiter bei Montedison gekommen. In der ganzen Auseinandersetzung kommt die Regierung jetzt schwer unter Druck. Sie hat in den vergangenen Jahren die Chemiekonzerne reichlich mit Geld gesegnet, damit diese Arbeitsplätze im armen Süden Italiens schaffen sollten. Diese haben das Geld eingestrichen und planen jetzt die große Rationalisierung gerade im Süden. Allein Montedison hat im Verlauf von zwei Jahrzehnten Investitionsbeihilfen in Höhe von 562 Mrd. L. bekommen. Noch in den letzten Monaten bekam Montedison von den Banken große Kredite und erhielt darüber – und über Änderungen im Management – eine größere Unabhängigkeit vom Staat. Die Regierung hat jetzt zwar harte Töne gegenüber den Chemiekapitalisten angeschlagen, der Staat könne nicht einfach als Milchkuh behandelt werden, aber an Maßnahmen läuft noch gar nichts. Spadolini hat zwar vor einigen Wochen selber in den Konflikt eingegriffen und an Verhandlungen zwischen Montedison und Gewerkschaften in Brindisi teilgenommen, nur ist in der Sache nichts erreicht worden.

Ausschlüsse aus der IG BSE wegen Kritik an Parolen

taz/kvz. Im September 1981 hatte die IG Bau, Steine, Erden zwei Tage nach den Räumungen von acht besetzten Häusern in Westberlin eine Demonstration unter der Parole ,,Krawallmacher und Chaoten zerstören – wir wollen arbeiten und unsere Städte erhalten" durchgeführt. Vielfach hatte es damals Protest gegen solche Parolen und die Gegenüberstellung von Instandbesetzern und Bauarbeitern gegeben. So hatten auch 16 Mitglieder der IG BSE in Westberlin mit einer Zeitungsanzeige und einem Flugblatt protestiert. Jetzt wurden zwei von ihnen ausgeschlossen, weitere fünf erhielten Verwarnungen. In dem Flugblatt hatte es geheißen: ,,Es ist einfach unwahr, daß Bauarbeiter arbeitslos werden, weil 160 leerstehende Häuser instandbesetzt sind." Kritisiert wurden indirekt in der Anzeige auch die Praktiken der Neuen Heimat, die die acht Häuser räumen ließ, und der Berliner BSE-Vorsitzende Koch, der im Vorstand der

behandelt werden, aber an Maßnahmen läuft noch gar nichts. Spadolini hat zwar vor einigen Wochen selber in den Konflikt eingegriffen und an Verhandlungen zwischen Montedison und Gewerkschaften in Brindisi teilgenommen, nur ist in der Sache nichts erreicht worden.

Ausschlüsse aus der IG BSE wegen Kritik an Parolen

taz/kvz. Im September 1981 hatte die IG Bau, Steine, Erden zwei Tage nach den Räumungen von acht besetzten Häusern in Westberlin eine Demonstration unter der Parole ,,Krawallmacher und Chaoten zerstören – wir wollen arbeiten und unsere Städte erhalten" durchgeführt. Vielfach hatte es damals Protest gegen solche Parolen und die Gegenüberstellung von Instandbesetzern und Bauarbeitern gegeben. So hatten auch 16 Mitglieder der IG BSE in Westberlin mit einer Zeitungsanzeige und einem Flugblatt protestiert. Jetzt wurden zwei von ihnen ausgeschlossen, weitere fünf erhielten Verwarnungen. In dem Flugblatt hatte es geheißen: ,,Es ist einfach unwahr, daß Bauarbeiter arbeitslos werden, weil 160 leerstehende Häuser instandbesetzt sind." Kritisiert wurden indirekt in der Anzeige auch die Praktiken der Neuen Heimat, die die acht Häuser räumen ließ, und der Berliner BSE-Vorsitzende Koch, der im Vorstand der

Neuen Heimat in Westberlin ist. Der Landesvorstand hat auf Grund der Anzeige und des Flugblatts das Ausschlußverfahren angestrengt, wegen Verstoßes gegen das einheitliche Auftreten von Gewerkschaftsmitgliedern nach außen. Das Verfahren selbst war lange Zeit ausgesetzt, wurde jetzt aber abgeschlossen und vom Vorstand der IG BSE bestätigt. Neben diesen Repressionen kam es noch zu einer Fälschung im ,,Grundstein", der Zeitung der IG BSE. Aus einem Bild über die Demonstration wurde die vom Gesamtbild abweichende Parole ,,Bauleute und Instandbesetzer für die Erhaltung unserer Stadt" wegretuschiert.

Schornsteinfeger wollen streiken

kvz. Die Schornsteinfeger haben jetzt befristete Schwerpunktstreiks in mehreren deutschen Städten noch im März angekündigt. Die Verhandlungen für einen Rahmentarifvertrag für die 5500 Beschäftigten im Schornsteinfegerhandwerk waren am 2.3. endgültig gescheitert. Wie der Zentralverband Deutscher Schornsteinfegergesellen mitteilt, sind seine Forderungen nach einer Anhebung des Jahresurlaubs von 23 auf 28 Arbeitstage und Verbesserungen für Weihnachts-, Urlaubs- und Kindergeld vom Zentralinnungsverband des Schornsteinfegerhandwerks abgelehnt worden. Für den Fall, daß das Handwerk nicht doch noch Verhandlungsangebote vorlegt, haben die Schornsteinfeger eine Ausweitung ihres Arbeitskampfes auf das gesamte Bundesgebiet angekündigt.

Nochmal Entgelttarif und beschäftigungspolitische Initiative

z.Chemiezelle Köln. In der Nr. 7 und 8 der KVZ hat der Genosse dg aus Bremen mit seinen Beiträgen eine Debatte über die Tarifpolitik der IG Chemie eröffnet. Er hat sich zu den Entgelttarifverhandlungen wie zur ,,beschäftigungspolitischen Initiative der IG Chemie im Zusammenhang mit den Lohn- und Gehaltsverhandlungen" geäußert. Dazu wollen wir aus unserer Erfahrung heraus einige Anmerkungen machen.

Der Genosse dg hält die Ziele des Entgelttarifs für richtig, ,,sofern jedoch jegliche Abgruppierungsmöglichkeiten, Einkommenseinbußen und auch mittelfristige Senkung des Einkommensniveaus ausgeschlossen sind und eine Angleichung von Lohn, K-, T- und M-Gruppen zu erreichen ist". Ehrenwerte Ziele fürwahr, aber unserer Meinung nach reichlich blauäugig und ultimativ. Denn es ist nicht einfach die Formulierung einer Entgeltgruppe, die Abgruppierung ausschließt oder begünstigt. Wobei die IG Chemie – und das muß man ja auch anerkennen –, bei der Beschreibung der Eingruppierungsmerkmale summarisch und nicht analytisch vorgegangen ist, wodurch bestimmte Abgruppierungen von vorneherein verhindert werden. Es sind vielmehr entsprechende Änderungen der Arbeitsbedingungen selber, z.B. durch Rationalisierung, die den Kapitalisten die Möglichkeit geben, abzugruppieren. Und davor kann auch der beste Tarifvertrag keinen endgültigen Riegel schieben.

Richtig kritisiert wird die Vorgehensweise der IG Chemie, die Entgeltgruppen unnötig zu spreizen, z.B. durch Einführung von 12 statt der ursprünglichen 11 Stufen, was sich bei der Eingruppierung der Facharbeiter auf drei Stufen negativ auswirkt und einen entsprechenden Sog auf die T3- und T4-Angestellten ausübt. Von daher sind die Ansatzpunkte klar, auf die innerhalb der IG Chemie Druck auf die Entgelttarifkommission ausgeübt werden muß, wenn auch die Bedingungen dafür zur Zeit sehr schwierig sind.

Wichtiger erscheint uns, sich schon jetzt auf der Ebene der Betriebe über mögliche negative Auswirkungen des Entgeltvertrages zu verständigen und entsprechende Vorbereitungen für seine Umsetzung zu treffen. Z.B. möglichst große zusammenhängende Beschäftigungsgruppen zu bilden, die gemeinsam übergeleitet werden, damit die Kapitalisten wenig Gelegenheit haben, die Belegschaften untereinander bzw. Belegschaft und Betriebsrat gegeneinander auszuspielen.

Was die beschäftigungspolitische Initiative in dieser Tarifrunde angeht, stimmen wir darin überein, daß es sich um eine äußerst fragwürdige Tarifpolitik handelt, jedenfalls nicht um einen Bestandteil einer neuen Konzeption von Gewerkschaftspolitik, wie sie in verschiedenen Gewerkschaften gegenwärtig diskutiert wird. Fragwürdig vor allem deshalb, weil in anderen Gewerkschaften sich die Einsicht durchgesetzt hat, daß Lohnverzicht keine Arbeitsplätze schafft. Zudem fragwürdig, weil zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Vorschlages sich die IG Metall schon in zugespitzten Auseinandersetzungen um die Löhne befand. Falsch am Artikel des Genossen dg ist, daß die Arbeitgeber die Sozialversicherungsbeiträge der Tarifrente voll zu bezahlen haben, vorgesehen ist nur die Hälfte. Weiterhin haben wir nirgendwo gehört oder gelesen, daß die IG Chemie den Rentenfonds aus Mitgliedsbeiträgen aufstocken wollte. Und zum Unterstützungsverein, den der Genosse für sinnvoll hält, fällt uns ein, daß er zumindest 1975 heftig umstritten war in der IG Chemie, damals ebenfalls in Tarifverhandlungen mit Lohnverzicht erkauft wurde, und nur relativ wenige Chemiearbeiter in den Genuß der Mittel bei ihrer Arbeitslosigkeit gekommen sind.

Die Vertrauensleute der Chemischen Fabrik Kalk in Köln jedenfalls haben beschlossen, diesen Vertrag nicht zur Grundlage der Tarifverhandlungen zu machen, sondern sich auf Tarifabschluß in Höhe des Inflationsausgleichs zu konzentrieren. Mögliche Tarifgespräche über eine Tarifrente, allerdings auf der Grundlage eines ausgereifteren Vorschlages und losgelöst von den Tarifverhandlungen, also ohne lohnpolitische Vorleistungen, wurden für sinnvoll gehalten. Nachdem allerdings die hessische Tarifkommission dem Modell des Hauptvorstandes schon zugestimmt hat, gibt es wenig Aussichten, eine entsprechende Tarifverhandlung zu verhindern.

Ford-Tarifvertrag und sein Stellenwert

US-Arbeiterbewegung unter Druck / Gewisse ,,Vorteile" teuer erkauft

acm. Die Zustimmung der Ford-Arbeiter zum Tarifvertrag mit dem Konzern rief Stimmen der Superlative hervor: ,,In der amerikanischen Sozial-und Gewerkschaftsgeschichte gibt es kein Vorbild", ,,Der Verzicht ist ein sozialpolitischer Meilenstein", ,,Das ist etwas sensationell Neues" usw. usw.

Wahr ist, daß die Automobilarbeiter mit dem Vertrag weitgehende Zugeständnisse in Fragen des Lohns an die Kapitalisten gemacht haben. In der bundesrepublikanischen Medienlandschaft wurde aber oftmals unterschlagen, daß der Vertrag auch vorsieht, daß die mindergezahlten Löhne und nichtgezahlten Preisausgleiche im letzten Drittel der Vertragsdauer von Ford nachgezahlt werden. Wo es wirklich absolute Abstriche gibt, das ist bei den Einstellungslöhnen, dem Verzicht auf Urlaubstage und der jährlichen Erhö-

für die US-Arbeiterbewegung und ihre Verträge tatsächlich etwas Neues dar – wenn auch nicht gerade im Positiven.

Erklären kann man dieses Vertragswerk sowieso nur auf folgendem Hintergrund: Seit 3 Jahren sinken in den USA die Reallohneinkommen. In der Automobilindustrie hat die UAW fast die Hälfte aller Gewerkschaftsmitglieder verloren – über die Entlassungswelle der Automobilkapitalisten. Bei Chrysler – die mit Stillegung drohte – mußte die UAW unkontrolliert und unorganisiert den vollständigen Rückzug antreten mit noch weitergehenden Lohnsenkungen und zusätzlich vollzogenen Entlassungen von 100000 auf jetzt 50000 Arbeiter. Eine solche Radikalkur fürchtet die UAW jetzt auch bei Ford. Den Boden für den zunehmenden Druck auf die Arbeiter gibt die

die gleiche Kerbe haut die Untersuchung der Universität in Michigan, die Lohnkosten in den Autofabriken müßten um 25 bis 30% gedrückt werden, wenn die Wettbewerbsfähigkeit wieder hergestellt werden sollte.

So nimmt es nicht wunder, daß das Beispiel des Tarifvertrages mit Ford Schule macht: die Teamster (Fernfahrer und Lagerarbeiter) stimmten ebenfalls dem Wegfall der automatischen Lohnerhöhung zu. Eine ähnliche Situation herrscht jetzt im Bereich Reifenindustrie und in der Fleischverarbeitung. Bei den Fluggesellschaften war schon vor einigen Monaten ein Verzicht auf vertraglich vorgesehene Lohnerhöhungen vereinbart worden.

Daß die UAW mit der Aushandlung des Vertrages mit Ford wenigstens einen Vorteil auf ihrer Seite hat, zeigt die Reaktion von General Motors, mit der

z.B. durch Rationalisierung, die den Kapitalisten die Möglichkeit geben, abzugruppieren. Und davor kann auch der beste Tarifvertrag keinen endgültigen Riegel schieben.

Richtig kritisiert wird die Vorge-

verschiedenen Gewerkschaften gegenwärtig diskutiert wird. Fragwürdig vor allem deshalb, weil in anderen Gewerkschaften sich die Einsicht durchgesetzt hat, daß Lohnverzicht keine Arbeitsplätze schafft. Zudem fragwürdig, weil

für sinnvoll gehalten. Nachdem allerdings die hessische Tarifkommission dem Modell des Hauptvorstandes schon zugestimmt hat, gibt es wenig Aussichten, eine entsprechende Tarifverhandlung zu verhindern.

Ford-Tarifvertrag und sein Stellenwert

US-Arbeiterbewegung unter Druck / Gewisse ,,Vorteile" teuer erkauft

acm. Die Zustimmung der Ford-Arbeiter zum Tarifvertrag mit dem Konzern rief Stimmen der Superlative hervor: ,,In der amerikanischen Sozial-und Gewerkschaftsgeschichte gibt es kein Vorbild", ,,Der Verzicht ist ein sozialpolitischer Meilenstein", ,,Das ist etwas sensationell Neues" usw. usw.

Wahr ist, daß die Automobilarbeiter mit dem Vertrag weitgehende Zugeständnisse in Fragen des Lohns an die Kapitalisten gemacht haben. In der bundesrepublikanischen Medienlandschaft wurde aber oftmals unterschlagen, daß der Vertrag auch vorsieht, daß die mindergezahlten Löhne und nichtgezahlten Preisausgleiche im letzten Drittel der Vertragsdauer von Ford nachgezahlt werden. Wo es wirklich absolute Abstriche gibt, das ist bei den Einstellungslöhnen, dem Verzicht auf Urlaubstage und der jährlichen Erhöhung von 3% beim Lohn. Andererseits hat die UAW erstmals in diesem Vertrag Rationalisierungssicherungen und eine Gewinnbeteiligungsregelung hineinbekommen – allerdings bei sehr vagen und eingeschränkten Fällen von Rationalisierung und die Gewinnbeteiligung erst bei 2,3% Rendite über dem Umsatz (was in der momentanen Absatzlage wohl kaum eintreten dürfte). Alle diese Komponenten stellen aber für die US-Arbeiterbewegung und ihre Verträge tatsächlich etwas Neues dar – wenn auch nicht gerade im Positiven.

Erklären kann man dieses Vertragswerk sowieso nur auf folgendem Hintergrund: Seit 3 Jahren sinken in den USA die Reallohneinkommen. In der Automobilindustrie hat die UAW fast die Hälfte aller Gewerkschaftsmitglieder verloren – über die Entlassungswelle der Automobilkapitalisten. Bei Chrysler – die mit Stillegung drohte – mußte die UAW unkontrolliert und unorganisiert den vollständigen Rückzug antreten mit noch weitergehenden Lohnsenkungen und zusätzlich vollzogenen Entlassungen von 100000 auf jetzt 50000 Arbeiter. Eine solche Radikalkur fürchtet die UAW jetzt auch bei Ford. Den Boden für den zunehmenden Druck auf die Arbeiter gibt die Zahl der Arbeitslosen ab: 9 Mio, gleich 8,4%, im Durchschnitt. Ganz anders noch in einzelnen Branchen: Holzverarbeitung 20,8%; Baugewerbe 18,2%; Reifenindustrie 13% und im Automobilbau auch 15,8%.

Diese Situation in Rechnung gestellt, kann man sich die Wirkung der Propaganda der Kapitalisten mit der ,,schlechten Konkurrenzfähigkeit" gegenüber den Japanern vorstellen. In die gleiche Kerbe haut die Untersuchung der Universität in Michigan, die Lohnkosten in den Autofabriken müßten um 25 bis 30% gedrückt werden, wenn die Wettbewerbsfähigkeit wieder hergestellt werden sollte.

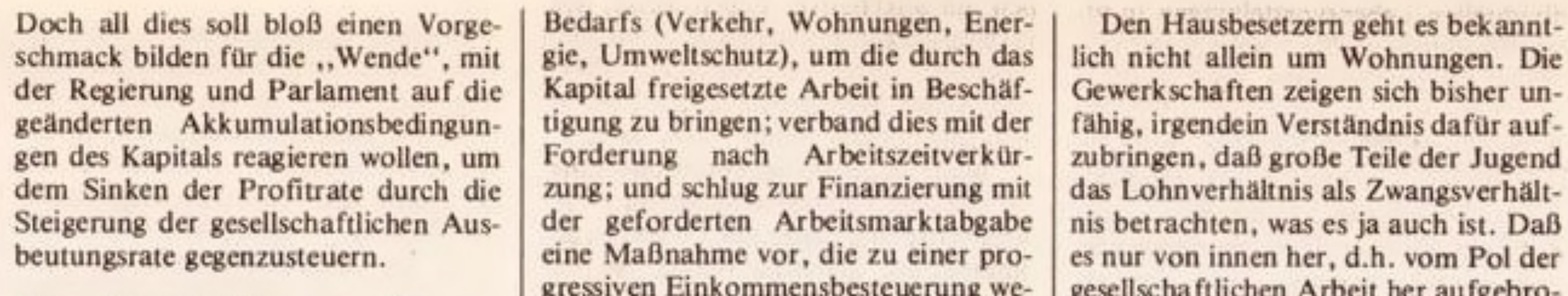
So nimmt es nicht wunder, daß das Beispiel des Tarifvertrages mit Ford Schule macht: die Teamster (Fernfahrer und Lagerarbeiter) stimmten ebenfalls dem Wegfall der automatischen Lohnerhöhung zu. Eine ähnliche Situation herrscht jetzt im Bereich Reifenindustrie und in der Fleischverarbeitung. Bei den Fluggesellschaften war schon vor einigen Monaten ein Verzicht auf vertraglich vorgesehene Lohnerhöhungen vereinbart worden.

Daß die UAW mit der Aushandlung des Vertrages mit Ford wenigstens einen Vorteil auf ihrer Seite hat, zeigt die Reaktion von General Motors, mit der die Verhandlungen in einer früheren Phase abgebrochen wurden, weil sie zu weitgehende Zugeständnisse forderte: Präsident McDonald möchte jetzt gerne einen solchen Vertrag abschließen, denn es wird gefürchtet, daß die Vergünstigungen für Ford und Chrysler bei GM Absatzeinbußen hervorrufen könnten. Aber dieser Vorteil der UAW gegenüber GM ist doch für die Arbeiterbewegung teuer erkauft.

In Vorbereitung des 1. Mai

Die „alten Zeiten" der Hochkonjunktur sind vorbei, aber an manchen überholten Gedanken wird festgehalten. Die Gewerkschaften trotten gesellschaftlichen und politischen Bewegungen hinterher. Die Vorbereitung des 1. Mai muß vor allem in Kritik fehlerhafter Entwicklungen bestehen.

Von Hans-Gerhart Schmierer



Die Zeitspanne 1981/82 war für die Gewerkschaftsbewegung eine Periode bitterer Niederlagen, von Halbherzigkeiten und Fehlern und zuletzt auch noch von gehörigen Skandalen. Zwar ist für diese negative Bilanz in erster Linie die Führung der Gewerkschaften und ihr Kurs verantwortlich, das ändert aber bekanntlich nichts daran, daß die Folgen von der Gewerkschaftsbewegung insgesamt getragen werden müssen. Es scheint also klar, daß die Vorbereitungen zum 1. Mai nicht durch spontanen Schwung und spontane Mobilisierung geprägt sein können, die sich ohne weiteres in machtvollen Maidemonstrationen ausdrücken werden. Vielmehr wird es darauf ankommen, den bisherigen Kurs der Gewerkschaftsbewegung zu überprüfen. Nur wenn es gelingen wird, einige wichtige Korrekturen an diesem Kurs einzuleiten, kann der 1. Mai zu einer vorwärtsweisenden Manifestation der Gewerkschaftsbewegung werden, bei der es dieser gelingt, größere Teile aller demokratischen und antikapitalistischen Bewegungen um sich zu sammeln.

Bisher ist die Gewerkschaftsbewegung von der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung überrollt worden

Seit der Krise von 1974/75 ist absehbar, daß die Periode raschen Wachstums des Kapitalismus und weitgehender Vollbeschäftigung zu Ende gegangen ist. Damit begann sich aber auch die Stellung der Gewerkschaftsbewegung auf dem Arbeitsmarkt, in der Gesellschaft und gegenüber Staat und Regierung gründlich zu ändern.

Seit 1975 konnte der Reallohn kaum noch gesteigert werden, 1981 wurde er für den größten Teil der Lohnabhängigen gesenkt, was sich schon 1980 abzeichnete. Für das Jahr 1982 ist die Reallohnsenkung durch den Abschluß in der Metallindustrie von 4,2%, der von anderen Gewerkschaften jedenfalls nach oben kaum wird korrigiert werden können, bereits fest programmiert. Da es sich bei der Krise 1981/82 wahrscheinlich nur um eine Zwischenkrise handelt, der der zyklische Einbruch erst noch folgen wird, ist es sehr unwahrscheinlich, daß es der Gewerkschaftsbewegung gelingen wird, in dem auf die Krise von 1974/75 folgenden Zyklus den Reallohn für die Beschäftigten auch nur zu halten.

Gleichzeitig ist es der Gewerkschaftsbewegung seit 1974/75 kaum noch gelungen, auf Ebene der Tarifverträge irgendwelche wesentlichen Fortschritte zu machen. Mit dem Stahlstreik von 1978/79 ist kein Einstieg in die 35-Stunden-Woche gelungen. Der Poststreik zur Verbesserung der Schichtarbeit brachte nur mäßige Erfolge. Die Grundlagen für die Erfolge bei den Urlaubsregelungen sind im wesentlichen in früheren Zeiten gelegt worden. Auf der Ebene der Gesetzge-

gen ist. Damit begann sich aber auch die Stellung der Gewerkschaftsbewegung auf dem Arbeitsmarkt, in der Gesellschaft und gegenüber Staat und Regierung gründlich zu ändern.

Seit 1975 konnte der Reallohn kaum noch gesteigert werden, 1981 wurde er für den größten Teil der Lohnabhängigen gesenkt, was sich schon 1980 abzeichnete. Für das Jahr 1982 ist die Reallohnsenkung durch den Abschluß in der Metallindustrie von 4,2%, der von anderen Gewerkschaften jedenfalls nach oben kaum wird korrigiert werden können, bereits fest programmiert. Da es sich bei der Krise 1981/82 wahrscheinlich nur um eine Zwischenkrise handelt, der der zyklische Einbruch erst noch folgen wird, ist es sehr unwahrscheinlich, daß es der Gewerkschaftsbewegung gelingen wird, in dem auf die Krise von 1974/75 folgenden Zyklus den Reallohn für die Beschäftigten auch nur zu halten.

Gleichzeitig ist es der Gewerkschaftsbewegung seit 1974/75 kaum noch gelungen, auf Ebene der Tarifverträge irgendwelche wesentlichen Fortschritte zu machen. Mit dem Stahlstreik von 1978/79 ist kein Einstieg in die 35-Stunden-Woche gelungen. Der Poststreik zur Verbesserung der Schichtarbeit brachte nur mäßige Erfolge. Die Grundlagen für die Erfolge bei den Urlaubsregelungen sind im wesentlichen in früheren Zeiten gelegt worden. Auf der Ebene der Gesetzge-

bung dagegen ist die Gewerkschaftsbewegung bereits tief in die Defensive geraten und mußte in der Operation '82 qualitative Einschnitte in die Versorgungslage der lohnabhängigen Massen hinnehmen. An allen Ecken und Enden beginnt die Staatsmaschinerie an den sozialen Leistungen zu knapsen, wobei die materiellen Verluste genauso schwer wiegen wie der entwürdigende Charakter der Eingriffe, bis hin zum Griff nach dem „Taschengeld" der Rentner in Altersheimen. Bei der Verschlechterung der Zumutbarkeitsbedingungen für die Arbeitslosen machen Regierung, Vorstand der Arbeitslosenversicherung und Kapitalisten überhaupt keinen Hehl daraus, daß es ihnen bei diesen Maßnahmen unmittelbar weniger auf wirkliche Einsparungen ankommt, als vielmehr auf die Untergrabung der Bedingungen, unter denen die Arbeitslosen noch ein bißchen Unabhängigkeit gegenüber den Zumutungen der Vermittlungsbürokratie bewahren können.

Beim besten Willen kann man das jetzt geplante „Beschäftigungsprogramm" der Regierung nicht als Zugeständnis an die Forderungen des DGB bezeichnen. Einerseits werden auf dem Wohnungsmarkt, auf dem sich die Konkurrenzbedingungen der Mieter gegenüber den Vermietern ohnehin laufend verschlechtern, Schutzklauseln für die Mieter aufgehoben. Sodann werden den Kapitalisten für Rationalisierungsinvestitionen, die sie ohnehin machen, Zuschüsse gewährt. Die Mittel sollen aus einer Erhöhung der Mehrwertsteuer kommen, von der jedermann weiß, daß sie die schlecht bezahlten Lohnabhängigen einschließlich der Arbeitslosen und Sozialhilfeabhängigen besonders hart trifft. Der ehemalige Jusovorsitzende Roth hatte die Stirn, diesen Maßnahmen noch einen quasisozialistischen Charakter abzugewinnen, indem er sie als einen Solidaritätsbeitrag „von allen" bezeichnete. Wahr ist, daß es mit keiner anderen Maßnahme gelungen wäre, auch noch die Arbeitslosen und überhaupt die Ärmsten für Zuschüsse an die Kapitalisten heranzuziehen. Mit der Mehrwertsteuererhöhung zieht der Staat gleich doppelt die Steuerschraube an. Auf der einen Seite wird die fällige Korrektur an der Lohnsteuer nicht vorgenommen, so daß wieder eine wachsende Zahl schlechtverdienender Lohnabhängiger in die Progressionszone hineingerät, auf der anderen Seite wird die indirekte Steuer „reformiert", die die unteren Einkommen besonders trifft, die Profite aber völlig unberührt läßt.

Doch all dies soll bloß einen Vorgeschmack bilden für die „Wende", mit der Regierung und Parlament auf die geänderten Akkumulationsbedingungen des Kapitals reagieren wollen, um dem Sinken der Profitrate durch die Steigerung der gesellschaftlichen Ausbeutungsrate gegenzusteuern.

Neue Kampfbedingungen für die Gewerkschaftsbewegung

Auf Grund des raschen Wachstums der kapitalistischen Produktion konnte sich die Gewerkschaftsbewegung bis in die 70er Jahre hinein darauf konzentrieren, einerseits der Ausbeutung der Lohnabhängigen durch das Kapital gewisse Schranken zu ziehen (Arbeits-

Die „alten Zeiten" der Hochkonjunktur sind vorbei, aber an manchen überholten Gedanken wird festgehalten. Die Gewerkschaften trotten gesellschaftlichen und politischen Bewegungen hinterher. Die Vorbereitung des 1. Mai muß vor allem in Kritik fehlerhafter Entwicklungen bestehen.

Von Hans-Gerhart Schmierer

Doch all dies soll bloß einen Vorgeschmack bilden für die „Wende", mit der Regierung und Parlament auf die geänderten Akkumulationsbedingungen des Kapitals reagieren wollen, um dem Sinken der Profitrate durch die Steigerung der gesellschaftlichen Ausbeutungsrate gegenzusteuern.

Neue Kampfbedingungen für die Gewerkschaftsbewegung

Auf Grund des raschen Wachstums der kapitalistischen Produktion konnte sich die Gewerkschaftsbewegung bis in die 70er Jahre hinein darauf konzentrieren, einerseits der Ausbeutung der Lohnabhängigen durch das Kapital gewisse Schranken zu ziehen (Arbeits-

zeitverkürzung, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall etc.) und andererseits aus der wachsenden Reichtumsproduktion einen absolut steigenden, wenn auch relativ sinkenden Teil für die Reproduktion der Arbeitskraft einzufordern und zu erkämpfen. In dieser Zeit blühten die idyllischen Theorien vom Kuchen, den es zu teilen gelte, worüber leicht vergessen werden konnte, daß der ganze Reichtum ausschließlich durch die Arbeiter produziert wird. Kapital und Arbeit schienen sich keineswegs antagonistisch gegenüberzustehen, sondern die beiden gut miteinander verträglichen Seiten der besten Form der Reichtumsproduktion zu sein.

Aus dieser Phase raschen Wachstums der kapitalistischen Produktion stammen alle theoretischen und strategischen Auffassungen der heutigen Führung der Gewerkschaften, des größten Teils ihres Funktionärskörpers und auch einer großen Anzahl der Mitglieder der Gewerkschaften wie der Lohnabhängigen insgesamt. Es schien witzlos und auch unmöglich, gegenüber dem Gang der kapitalistischen Entwicklung den Anspruch auf Leitung der gesellschaftlichen Produktion durch die Arbeiter und entsprechend den gesellschaftlichen Bedürfnissen der Lohnabhängigen zu erheben. Politisch erschien es ausreichend, gegenüber dem die Geschäfte führenden Staat und dem Parlament flankierende Forderungen zu erheben, deren Durchsetzung gewährleisten sollten, daß mit der wachsenden kapitalistischen Produktion sich auch die Reproduktion der Lohnabhängigen bis zu einem gewissen Grad ausdehnte. Die Sozialdemokratie war dabei der bevorzugte Hebel, aber die Gewerkschaften konnten damit rechnen, daß ihre Forderungen mehr oder weniger bei allen parlamentarischen Parteien auf begrenzten Widerhall stießen.

Auf fast rührende (oder auch peinliche) Weise versuchte die DGB-Führung in der Auseinandersetzung um das Beschäftigungsprogramm an diese Erfahrungen der Vergangenheit anzuknüpfen. An programmatischen Vorstellungen, wie auf die geänderte Situation am Arbeitsmarkt zu reagieren wäre, fehlte es dem DGB auf dem Papier ja nicht. Anknüpfend an sein Beschäftigungsprogramm von 1977, das allerdings in den Schubladen verschwunden war, als die Arbeitslosenziffern 1978 und 1979 etwas zurückgingen, forderte der DGB Investitionen für die wesentlichen Engpässe des gesellschaftlichen Bedarfs (Verkehr, Wohnungen, Energie, Umweltschutz), um die durch das Kapital freigesetzte Arbeit in Beschäftigung zu bringen; verband dies mit der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung; und schlug zur Finanzierung mit der geforderten Arbeitsmarktabgabe eine Maßnahme vor, die zu einer progressiven Einkommensbesteuerung wenigstens nicht in diametralem Widerspruch stand.

Gewappnet mit diesem Programm, das in der Mitgliedschaft überhaupt nicht diskutiert worden war, geschweige denn, daß Kampfschritte zu seiner Durchsetzung beraten worden wären, begab sich der DGB dann in die Beratungen mit den Partei- und Fraktions-

Bedarfs (Verkehr, Wohnungen, Energie, Umweltschutz), um die durch das Kapital freigesetzte Arbeit in Beschäftigung zu bringen; verband dies mit der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung; und schlug zur Finanzierung mit der geforderten Arbeitsmarktabgabe eine Maßnahme vor, die zu einer progressiven Einkommensbesteuerung wenigstens nicht in diametralem Widerspruch stand.

Gewappnet mit diesem Programm, das in der Mitgliedschaft überhaupt nicht diskutiert worden war, geschweige denn, daß Kampfschritte zu seiner Durchsetzung beraten worden wären, begab sich der DGB dann in die Beratungen mit den Partei- und Fraktions-

vorständen. Jedesmal konnte man am Ende solcher Beratungen Heinz Oskar Vetter verlautbaren hören, man sei auf ein überraschendes Maß an Übereinstimmung gestoßen. Betrachtet man diese Beratungen vom Ergebnis der Parlamentsbeschlüsse her, so kann man sich nur fragen, was die DGB-Delegation in diesen Beratungen eigentlich vorgetragen hat oder was sie sich dort hat um den Mund schmieren lassen. Offensichtlich kann man ein Programm, das in seinen Grundzügen dem jetzigen Gang der kapitalistischen Entwicklung völlig widerspricht, nicht mit den Methoden einer Parlamentslobby durchzusetzen versuchen. Entwicklung der Staatsschulden, Zinsentwicklung und die mannigfaltigen Verflechtungen von Parteien und Parlament mit der Kapitalistenklasse gewährleisteten, daß Parlament und Regierung nicht auf Abwege kommen, selbst dann wenn es ihnen an „gutem Willen" mangelte. An dem mangelt es ihnen aber nicht. Für das Beschäftigungsprogramm des DGB kam noch nicht mal ein Begräbnis 3. Klasse heraus. Um der sang- und klanglosen Niederlage die Spitze aufzusetzen, interpretierte Janßen vom IG Metall-Vorstand dann noch den Metallabschluß als Schritt im Rahmen eines groß angelegten Experiments: Nachdem jetzt auch der Lohnabschluß weitgehend den Vorstellungen der Kapitalisten entspreche, könnten sie ja im laufenden Jahr beweisen, ob die Krise auf dem Arbeitsmarkt nach ihren Vorstellungen zu beheben sei. Dabei sind die Kapitalisten dabei, diese Krise zielstrebig zu nutzen, um die Schranken zu beseitigen, die nach ihrer Auffassung die Verwertungsbedingungen des Kapitals, d.h. die Ausbeutung, ganz äußerlich behindern: Tarifverträge und Gesetze, die die Reproduktionsbedingungen der lohnabhängigen Bevölkerung bis zu einem gewissen Grad sichern.

Die Gewerkschaften traben der gesellschaftlichen und politischen Bewegung hinterher

So grundlegend Lohn- und Einkommensfragen für die Reproduktion der lohnabhängigen Bevölkerung auch sind, so gehen ihre Interessen doch darin nicht auf. In der Jugend stößt das Bedürfnis nach Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung zunehmend diametral mit dem Lohnverhältnis als einziger Form zusammen, in der im Kapitalismus die Masse der Bevölkerung an die Bedingungen für die Befriedigung ihrer Bedürfnisse herankommen kann.

Den Hausbesetzern geht es bekanntlich nicht allein um Wohnungen. Die Gewerkschaften zeigen sich bisher unfähig, irgendein Verständnis dafür aufzubringen, daß große Teile der Jugend das Lohnverhältnis als Zwangsverhältnis betrachten, was es ja auch ist. Daß es nur von innen her, d.h. vom Pol der gesellschaftlichen Arbeit her aufgebrochen werden kann, ist ja wahr. Aber nicht das versuchen die Gewerkschaften gegenüber der Jugend zu klären, der diese Erkenntnis im übrigen durch die Verhältnisse selber aufgedrängt wird. Stattdessen stellt die Gewerkschaftsführung die Gewerkschaften in eine Front gegen die Bewegungen unter der Jugend. Wie das bei den Hausbe-

Den Hausbesetzern geht es bekanntlich nicht allein um Wohnungen. Die Gewerkschaften zeigen sich bisher unfähig, irgendein Verständnis dafür aufzubringen, daß große Teile der Jugend das Lohnverhältnis als Zwangsverhältnis betrachten, was es ja auch ist. Daß es nur von innen her, d.h. vom Pol der gesellschaftlichen Arbeit her aufgebrochen werden kann, ist ja wahr. Aber nicht das versuchen die Gewerkschaften gegenüber der Jugend zu klären, der diese Erkenntnis im übrigen durch die Verhältnisse selber aufgedrängt wird. Stattdessen stellt die Gewerkschaftsführung die Gewerkschaften in eine Front gegen die Bewegungen unter der Jugend. Wie das bei den Hausbe-

setzern direkt mit wirtschaftlichen Interessen nicht nur der Neuen Heimat, sondern Rentiersinteressen von viel zu hoch bezahlten Gewerkschaftsführern zusammenhängt, wird heute von vielen als offenes Geheimnis behandelt. Jedenfalls geht die Organisationsfähigkeit der Gewerkschaften gegenüber der Jugend der lohnabhängigen Bevölkerung zurück. Das hat aber nichts mit den Gewerkschaften, sondern mit ihrem politischen Kurs zu tun.

Es bleibt nicht dabei, daß dieser Kurs die Gewerkschaften in Widerspruch zu großen Teilen der Jugend bringt. Unter dem Vorwand der Beschäftigungspolitik bringt er die Gewerkschaften immer häufiger in Widerspruch zu den Interessen großer Teile der lohnabhängigen Bevölkerung und ihrer eigenen Mitgliedschaft. Das Beschäftigungsprogramm des DGB fordert in wesentlichen Bereichen der gesellschaftlichen Produktion eine Änderung der bisherigen Richtung. Sobald es aber um einzelne Großprojekte wie die Startbahn West oder um das Kernenergieprogramm der Bundesregierung geht, stellt sich der DGB auf die Seite des Staats und der kapitalistischen Investoren, obwohl bereits die bisherige Erfahrung zeigt, daß auf diesem Weg die Arbeitsplätze nicht gesichert werden können und stattdessen wesentliche gesellschaftliche Interessen verletzt werden. So herum kommen die Gewerkschaften bestimmt nicht in die Lage, alle Kräfte für die Verwirklichung ihrer ureigenen Ziele und das von ihnen geforderte Beschäftigungsprogramm zu mobilisieren. Umgekehrt kann ein solches Beschäftigungsprogramm nur verwirklicht werden, wenn es sich auf alle Bewegungen stützt, die gegenüber Kapital und Staat gesellschaftliche Bedürfnisse anmelden. Diese Bedürfnisse müssen sich in einer Konkretisierung des Beschäftigungsprogramms des DGB ausdrücken können.

Gegenüber der Friedensbewegung, obwohl gerade sie von vielen Gewerkschaftsmitgliedern getragen wird, haben sich die Gewerkschaften im letzten Jahr blamiert. Nachdem zurecht versucht wurde, der Einseitigkeit des Krefelder Appells eine Position gegen die Taten beider Supermächte entgegenzustellen, zeigte sich bei der Vorbereitung der Bonner Demonstration, daß der DGB damit keineswegs eine politische Stärkung der Friedensbewegung im Auge hatte und diese auch überhaupt nicht verstand. Während sich die Bonner Demonstration unabhängig von den Absichten eines Teils der Initiatoren des Krefelder Appells gegen NATO und Warschauer Pakt wendete, blockierte der DGB-Vorstand eine Teilnahme der Gewerkschaften an der Demonstration und geriet einmal mehr in die Rolle des Wasserträgers der Regierung, einer Regierung, die gerade die Messer für die Operation '82 wetzte.

Der Friedensaufruf der Gewerkschaften war damit verurteilt, Makulatur zu bleiben.

In der Solidarität mit Solidarność und dem polnischen Volk hätten die Gewerkschaften nun beweisen können, wie weit sie nicht unter der sicherlich vorhandenen Einäugigkeit der Friedensbewegung leiden. Aber gerade hier erwies sich, wie der gegenwärtige Kurs der Gewerkschaften in doppelter Weise der Blocklogik verhaftet bleibt. Während gegenüber der Friedensbewegung die Position eingenommen wird, die Vorherrschaft der USA und die NATO dürfe nicht angetastet werden, wird gegenüber der Solidaritätsbewegung mit Solidarność großer Wert darauf gelegt, daß die „Grundlagen" der Entspannungspolitik nicht gefährdet werden. Auch hier sind sicherlich handfeste, der Gewerkschaftsbewegung ganz fremde Interessen mit am Wirken. So meinte Hoffmann, als er noch Vorstandsmitglied der BfG war und noch nicht in den Vorstand der Neuen Heimat berufen: Freilich stünde auch sein Herz auf Seiten der polnischen Arbeiter, aber die Zinsen an die BfG liefen erst wieder seit dem 13. Dezember ein.

Eine vergangene Phase der Gewerkschaftsbewegung überwinden.

Der heutige Kurs der Gewerkschaften hat sich in einer Periode der Entwicklung des Kapitalismus und der Weltpolitik herausgebildet, die objektiv vorbei ist. Dieser Kurs war von vornherein beschränkt und entsprach auch nicht den

und dem polnischen Volk hätten die Gewerkschaften nun beweisen können, wie weit sie nicht unter der sicherlich vorhandenen Einäugigkeit der Friedensbewegung leiden. Aber gerade hier erwies sich, wie der gegenwärtige Kurs der Gewerkschaften in doppelter Weise der Blocklogik verhaftet bleibt. Während gegenüber der Friedensbewegung die Position eingenommen wird, die Vorherrschaft der USA und die NATO dürfe nicht angetastet werden, wird gegenüber der Solidaritätsbewegung mit Solidarność großer Wert darauf gelegt, daß die „Grundlagen" der Entspannungspolitik nicht gefährdet werden. Auch hier sind sicherlich handfeste, der Gewerkschaftsbewegung ganz fremde Interessen mit am Wirken. So meinte Hoffmann, als er noch Vorstandsmitglied der BfG war und noch nicht in den Vorstand der Neuen Heimat berufen: Freilich stünde auch sein Herz auf Seiten der polnischen Arbeiter, aber die Zinsen an die BfG liefen erst wieder seit dem 13. Dezember ein.

Eine vergangene Phase der Gewerkschaftsbewegung überwinden.

Der heutige Kurs der Gewerkschaften hat sich in einer Periode der Entwicklung des Kapitalismus und der Weltpolitik herausgebildet, die objektiv vorbei ist. Dieser Kurs war von vornherein beschränkt und entsprach auch nicht den

grundlegenden Interessen der Arbeiterbewegung. Heute aber droht dieser Kurs die Gewerkschaften auch in Bezug auf die Verteidigung der elementarsten und beschränktesten Interessen zu entwaffnen. Die Zeiten sind vorbei, in denen die Gewerkschaften mit wirtschaftlichen Streiks einen Anteil am „Kuchen" sichern konnten, weil das Wachstum der Gebrauchswertproduktion selber an die Schranken des Kapitalverhältnisses stößt. Die Zeiten sind vorbei, in denen die Gewerkschaften als Lobby bei Parlament und Regierung einigermaßen erfolgreich vorstellig werden konnten, um ihre Interessen in die Gesetzgebung und Regierungstätigkeit einzubringen. Die Zeiten sind vorbei, in denen der Frieden in Europa vom Gleichgewicht der beiden Supermächte abzuhängen schien. Es sind aber auch die Zeiten vorbei, in denen die lohnabhängigen Massen ihre Interessen in den Institutionen der parlamentarischen Republik hinreichend aufgehoben sahen und sich die Gewerkschaften ebenfalls als eine solche Institution verstehen konnten. Zweifellos haben die Gewerkschaften mit ihrem bisherigen Kurs wichtige Erfolge erzielt. Blieben die Zeiten beim alten, dann würde dieser Kurs beibehalten werden können, was immer die antikapitalistischen und revolutionären Gewerkschaftsmitglieder an ihm aussetzen. Da das nicht so ist, wird er bloß auf Kosten der Gewerkschaften beibehalten werden können. Der 1. Mai wird nur einen Sinn haben, wenn er zu einem Schritt bei der Korrektur dieses Kurses wird.

Zwischen Ausstieg und Anpassung?



Jugendkultur als Widerstand III: Gibt es die „schweigende Mehrheit"

Von Bernhard Peters

Das Bild der Jugend, das sich uns in den offiziellen Verlautbarungen der „zuständigen Stellen", in den Untersuchungsergebnissen der Meinungs- und Sozialforscher, in den Klischees der Presse oder auch in den Urteilen oder Vorurteilen der politischen Linken darstellt, ist verwirrend. Vor zwei Jahren noch galt die Befürchtung, die Jugend sei in ihrer großen Mehrheit allzu angepaßt, politisch passiv, eingeschüchtert, dem wachsenden Konkurrenzdruck ausgeliefert; scharf von dieser Mehrheit abgegrenzt erschienen die Ausgeflippten, die Drogenabhängigen, die Anhänger der Jugendsekten und die Mitglieder der Alternativszene in ihren abgekapselten Ghettos. Seit dem Sommer 1980 ist die protestierende Jugend wieder in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit gerückt. Vermutungen über das Heranwachsen einer Generation von Aussteigern kursieren, aber auch entgegengesetzte. Eine Untersuchung der Konrad-Adenauer-Stiftung (1979) stellt fest, daß 90% der 14–17jährigen und 87% der 18–21jährigen das politische System der Bundesrepublik bejahten; allerdings seien 85% nur „etwas", „kaum" oder „überhaupt nicht" politisch interessiert. Das EMNID-Institut (1980) konstatiert, das Interesse an Bildung und Weiterbildung außerhalb der Schule sei gesunken; das politische Interesse sowie die politische Bildung seien stark zurückgegangen. Es werde weniger Sport getrieben, weniger gelesen, weniger an organisierten Freizeitangeboten teilgenommen. Selbstbestimmte, unorganisierte Freizeitbeschäftigungen würden vorgezogen. Verfasser der SOST stellen einen Bruch zwischen ei-

schees der Presse oder auch in den Urteilen oder Vorurteilen der politischen Linken darstellt, ist verwirrend. Vor zwei Jahren noch galt die Befürchtung, die Jugend sei in ihrer großen Mehrheit allzu angepaßt, politisch passiv, eingeschüchtert, dem wachsenden Konkurrenzdruck ausgeliefert; scharf von dieser Mehrheit abgegrenzt erschienen die Ausgeflippten, die Drogenabhängigen, die Anhänger der Jugendsekten und die Mitglieder der Alternativszene in ihren abgekapselten Ghettos. Seit dem Sommer 1980 ist die protestierende Jugend wieder in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit gerückt. Vermutungen über das Heranwachsen einer Generation von Aussteigern kursieren, aber auch entgegengesetzte. Eine Untersuchung der Konrad-Adenauer-Stiftung (1979) stellt fest, daß 90% der 14–17jährigen und 87% der 18–21jährigen das politische System der Bundesrepublik bejahten; allerdings seien 85% nur „etwas", „kaum" oder „überhaupt nicht" politisch interessiert. Das EMNID-Institut (1980) konstatiert, das Interesse an Bildung und Weiterbildung außerhalb der Schule sei gesunken; das politische Interesse sowie die politische Bildung seien stark zurückgegangen. Es werde weniger Sport getrieben, weniger gelesen, weniger an organisierten Freizeitangeboten teilgenommen. Selbstbestimmte, unorganisierte Freizeitbeschäftigungen würden vorgezogen. Verfasser der SOST stellen einen Bruch zwischen ei-

ner angepaßten, wenn auch verunsicherten Mehrheit der Jugendlichen, die sich an den gesellschaftlich gültigen materiellen, politischen und moralischen Grundlagen und Werten orientieren, und den Aussteigern und von der Gesellschaft Ausgestoßenen fest („Null Bock", Hamburg VSA 1981). Geläufig ist die linke Klage über Theoriefeindlichkeit und Illusionismus der Jugendbewegung. Nützlicher wäre ein stärkeres Interesse für die Hoffnungen, Wünsche und Ängste, für Lebensstile, Ausdrucksformen und Ausdrucksmöglichkeiten der Jugendlichen.

Gibt es ein Leben vor dem Tod?

Als die Interviewer der Shell-Jugendstudie '81 Jugendliche nach ihren Vorstellungen über die Zukunft befragten, waren die meistgenannten Anworten: zunehmende Zerstörung der Umwelt; allgemeine Zukunftsangst, Weltuntergang; es wird wieder Krieg geben; die Gesellschaft wird immer mehr entmenschlicht; alles moderner, technisierter, fortschrittlicher. Als Probleme der Jugendlichen im Jahr 2000 wurden am häufigsten erwartet: Umweltverschmutzung, Umweltprobleme; Arbeitslosigkeit; Vereinsamung, Entfremdung, Beziehungslosigkeit; Kriege; alles dominierende Technik. Auf die entsprechende Frage antworteten 58% der Jugendlichen, sie sähen die Zukunft der Gesellschaft eher düster, 42% schätzten sie „eher zuversichtlich" ein. Die Fragen der hier wiedergegebenen Tabelle sind nach den spontanen Aussagen der Jugendlichen zusammengestellt; die Antworten, für die „Düsteren" und die „Zuversichtlichen" getrennt, zeigen, daß es auch bei den „Zuversichtlichen" mit dem Optimismus nicht allzu weit her ist. Die Absage an jeden Fortschrittsoptimismus, einschließlich der traditionellen Zukunftshoffnungen und Leitbilder der Arbeiterbewegung (Gleichheit und soziale Gerechtigkeit), könnte nicht deutlicher sein.

Trotz dieses düsteren Zukunftsbildes hat aber die große Mehrzahl der Jugendlichen eine normale individuelle Lebenslaufbahn vor Augen, strebt eine Berufsausbildung und eine berufliche Stellung an, die ein finanziell unabhängiges Leben garantieren. Das heißt nicht, daß sich ein Teil dieser Jugendlichen nicht vor oder nach dem Erreichen dieses Lebensziels eine „Pause" zugesteht, ein zeitweises Aussteigen also. Es heißt auch nicht, daß sich die individuellen Lebensvorstellungen in allen Punkten an den gesellschaftlich vorgegebenen, von den Eltern vorgelebten Bahnen orientieren; ein Teil der Jugendlichen lehnt einzelne Bestandteile dieser Laufbahn („das elterliche Erbe übernehmen", „heiraten") ab. Die Zahl der freiwilligen Aussteiger ist aber offenbar gering. Verbreitet ist demgegenüber die Furcht vor Arbeitslosigkeit: 11% der Befragten hatten sie schon einmal erlebt, 26% rechnen damit.

Verläßliche Angaben über die „Aussteiger aus der arbeitsteiligen Industriegesellschaft" liegen im übrigen nicht vor. Das Familienministerium (Nov. 81) nennt 80000 meist junge Leute, die in der Bundesrepublik und Westberlin

mismus nicht allzu weit her ist. Die Absage an jeden Fortschrittsoptimismus, einschließlich der traditionellen Zukunftshoffnungen und Leitbilder der Arbeiterbewegung (Gleichheit und soziale Gerechtigkeit), könnte nicht deutlicher sein.

Trotz dieses düsteren Zukunftsbildes hat aber die große Mehrzahl der Jugendlichen eine normale individuelle Lebenslaufbahn vor Augen, strebt eine Berufsausbildung und eine berufliche Stellung an, die ein finanziell unabhängiges Leben garantieren. Das heißt nicht, daß sich ein Teil dieser Jugendlichen nicht vor oder nach dem Erreichen dieses Lebensziels eine „Pause" zugesteht, ein zeitweises Aussteigen also. Es heißt auch nicht, daß sich die individuellen Lebensvorstellungen in allen Punkten an den gesellschaftlich vorgegebenen, von den Eltern vorgelebten Bahnen orientieren; ein Teil der Jugendlichen lehnt einzelne Bestandteile dieser Laufbahn („das elterliche Erbe übernehmen", „heiraten") ab. Die Zahl der freiwilligen Aussteiger ist aber offenbar gering. Verbreitet ist demgegenüber die Furcht vor Arbeitslosigkeit: 11% der Befragten hatten sie schon einmal erlebt, 26% rechnen damit.

Verläßliche Angaben über die „Aussteiger aus der arbeitsteiligen Industriegesellschaft" liegen im übrigen nicht vor. Das Familienministerium (Nov. 81) nennt 80000 meist junge Leute, die in der Bundesrepublik und Westberlin

in ca. 12000 alternativen Projekten Arbeit finden. Die Alternativszene ist natürlich erheblich weiter gespannt, mißt man die Mitgliedschaft an Kriterien wie Beteiligung an bestimmten kulturellen und gesellschaftlichen Aktivitäten, Kritik der kapitalistischen Zivilisation, Leben in Wohngemeinschaften. Die Angaben über die Zugehörigkeit zur Alternativkultur schwanken je nach Festlegung dieser Kriterien erheblich; rund 10–15% der Jugendlichen sollen sich selbst dazu rechnen (Familienministerium); bei Studenten liegt der Anteil höher. Einen Anhaltspunkt gibt, daß die Gesamtauflage der regelmäßig erscheinenden Stadtzeitungen, Szeneblätter usw. auf mehr als anderthalb Millionen monatlich geschätzt wird.

Eine schweigende Mehrheit?

Läßt sich die Vorstellung einer vielleicht pessimistischen, ängstlichen, gar wehleidigen, aber ansonsten anpassungsbereiten, unpolitischen Mehrheit außerhalb der Alternativszene bestätigen? Die Ergebnisse der Shell-Jugendstudie lassen daran zweifeln. Wir sahen schon (KVZ 7/82), daß sich ein beträchtlicher Teil der Jugendlichen Gruppenstilen und Protestbewegungen wie den Kernkraftgegnern, den Gruppen mit alternativer Lebensweise, den Hausbesetzern, den Punks zurechnet oder verbunden fühlt (die Friedensbewegung war zum Zeitpunkt der Umfrage noch in den Anfängen). Die – nach der oben aufgeführten Unterscheidung – „düsteren" Jugendlichen sind diesen Protestformen deutlich stärker verbunden als die „Zuversichtlichen". Der Pessimismus fördert nicht Passivität, sondern geht einher mit der Bereitschaft zur Kritik, zum Engagement, zum Widerstand, mit einem praktischen Optimismus angesichts einer allgemein für aussichtslos gehaltenen Situation. Abgelehnt, ignoriert oder jedenfalls vergleichsweise wenig geschätzt werden die Themen und Institutionen der offiziellen bürgerlichen

gibt, daß die Gesamtauflage der regelmäßig erscheinenden Stadtzeitungen, Szeneblätter usw. auf mehr als anderthalb Millionen monatlich geschätzt wird.

Eine schweigende Mehrheit?

Läßt sich die Vorstellung einer vielleicht pessimistischen, ängstlichen, gar wehleidigen, aber ansonsten anpassungsbereiten, unpolitischen Mehrheit außerhalb der Alternativszene bestätigen? Die Ergebnisse der Shell-Jugendstudie lassen daran zweifeln. Wir sahen schon (KVZ 7/82), daß sich ein beträchtlicher Teil der Jugendlichen Gruppenstilen und Protestbewegungen wie den Kernkraftgegnern, den Gruppen mit alternativer Lebensweise, den Hausbesetzern, den Punks zurechnet oder verbunden fühlt (die Friedensbewegung war zum Zeitpunkt der Umfrage noch in den Anfängen). Die – nach der oben aufgeführten Unterscheidung – „düsteren" Jugendlichen sind diesen Protestformen deutlich stärker verbunden als die „Zuversichtlichen". Der Pessimismus fördert nicht Passivität, sondern geht einher mit der Bereitschaft zur Kritik, zum Engagement, zum Widerstand, mit einem praktischen Optimismus angesichts einer allgemein für aussichtslos gehaltenen Situation. Abgelehnt, ignoriert oder jedenfalls vergleichsweise wenig geschätzt werden die Themen und Institutionen der offiziellen bürgerlichen

Politik ebenso wie die der traditionellen Linken und der Gewerkschaften. Sicherheit, Wohlstand, sozialer Aufstieg sind nicht mehr, wie bei den älteren Generationen, die vorherrschenden Wertorientierungen; trotz der Verunsicherung durch Arbeitslosigkeit und Konkurrenzdruck sind Forderungen zum Ausbildungs- und Beschäftigungssystem und zur sozialen Sicherheit nicht sehr verbreitet. Im Vordergrund stehen die Verteidigung von Lebensbedingungen und Lebensräumen, die Erprobung von Lebensformen; die Losungen der Anti-Atom-Bewegung, der Grünen, der Friedensbewegung, der Hausbesetzer, der Frauenbewegung. Gegenüber formalen Organisationen, Institutionen besteht Mißtrauen, Ablehnung oder Gleichgültigkeit. Bevorzugt werden Formen der Selbstorganisation, informelle Zusammenschlüsse und Initiativen, kulturelle Ausdrucksformen und symbolische Handlungen. Die – mehr oder weniger symbolische oder reale – Erkämpfung von Freiräumen und befreiten Gebieten spielt eine große Rolle: Hausbesetzungen, Widerstandsdörfer, kulturelle, selbstverwaltete Zentren. Eine ausgeprägte Zivilisations- und Kulturkritik ist verbreitet, wenngleich oft mit romantischen und illusionären Zügen und ohne Klärung der gesellschaftlichen Bedingungen der kritisierten Erscheinungen. Auf positive Zukunftshoffnungen und Gesellschaftsmodelle wird überwiegend verzichtet, aber Elemente alternativer Gesellschafts- und Lebensformen werden erprobt und diskutiert. Der Grad der Intensität dieser Aktivitäten ist sehr verschieden zwischen den Mitgliedern der Alternativszene und der relativ viel größeren Zahl der Jugendlichen, die in die oppositionellen Jugendkulturen nur locker eingebunden sind; aber es besteht eine relativ große Übereinstimmung in den Motiven. Die Bewegung der Hausbesetzer beispielsweise, an der sicher nur eine kleine Minderheit aktiv beteiligt ist, stößt auf große Sympathie und viel Verständnis. (Das scheint übrigens auch für beträchtliche Teile der erwachsenen Bevölkerung zu gelten. Nach einer Umfrage von 1981 hält mehr als ein Drittel der Gesamtbevölkerung Besetzungen leerstehender Häuser für vertretbar). Es gibt also keine scharfen Abgrenzungen zwischen den ausgesprochenen Gegenkulturen der Hausbesetzer, der Teilnehmer an Alternativprojekten usw. und den Angehörigen „gemäßigter", aber kritischer Jugendkulturen.

Die Existenz einer „schweigenden Mehrheit" der Jugendlichen im Sinne der CDU/CSU ist mithin zu bezweifeln. Wohl aber sind die „zuversichtlichen" Jugendlichen politisch weniger interessiert, gehören eher zu komerziellen oder unpolitischen Gruppen (Fußball-Fans, Disco-Fans usw.). Es gibt auch eine spürbare Tendenz zu autoritären Haltungen, zur Ausländerfeindlichkeit, zum Ruf nach Gesetz und Ordnung. Die Anhängerschaft organisierter rechtsradikaler Strömungen ist zwar gering; nach Angaben der Shell-Studie nahmen 4% der Jugendlichen positiv zu „national eingestellten Jugendgruppen" Stellung, während sie von 74% abgelehnt oder als Feinde betrachtet werden. Parolen wie „Todesstrafe für Terroristen, Rauschgifthändler und Sexualmörder!" oder „Deutsche Ausbildungsstätten für deutsche Jugendliche!" fanden aber mehr Zustimmung (18% bzw. 13% fanden sie „sehr gut"); hier zeigt sich die Tendenz, Sündenböcke für die erfahrenen gesellschaftlichen Krisenerscheinungen verantwortlich zu machen.

Parteipolitische Orientierungen der Jugendlichen (n. Shell-Studie)

	abs.	%
CDU/CSU	192	18
SPD	255	24
FDP	61	6
Grüne/Alternative	219	20
DKP	2	0
KBW	–	–
NPD	–	–
Sonstige	2	0
keine Angabe	5	0

Aufgeführt sind hier die Antworten auf die Frage: „Welche politische Gruppierung steht dir alles in allem genommen am nächsten?" Der Wert der Antworten für die Orientierung der befragten Jugendlichen ist, angesichts der allgemeinen Distanz zum Parteiensystem, vorsichtig zu beurteilen; in der Tendenz stimmt das Ergebnis mit anderen Umfragen (und Wahlanalysen) überein. (Zur Erinnerung: hier handelt es sich um eine Repräsentativumfrage bei Jugendlichen zwischen 14 und 24 Jahren). Punks, Hausbesetzer und (natürlich) Kernkraftgegner/Umweltschützer tendieren stark zu den Grünen, Fußball-Fans, Disco-Anhänger dagegen stärker zur CDU. Auch diese Angaben deuten auf bedeutsame politische Veränderungen.

Manches spricht dafür, daß sich – zwar allmählich, und zunächst beschränkt auf, wenngleich beachtliche, Teile der Jugendlichen – ein tiefgehender kultureller Wandel vollzieht, daß sich neue Vorstellungen und Maßstäbe über die richtige Ordnung der sozialen Beziehungen und der gesellschaftlichen und natürlichen Umwelt ausbilden. Wie stabil dieser Wandel ist, wie sich der Widerspruch zwischen pessimistischen Zukunftserwartungen und Bereitschaft zu Protest und sozialen Experimenten entwickeln wird, ob Resignation und Anpassung doch wieder die Oberhand gewinnen werden, ist derzeit wohl völlig offen. Ohne einen solchen kulturellen Wandel, ohne die Schaffung einer neuen politischen Kultur in der BRD wären aber alle Versuche einer tiefgreifenden Änderung der gesellschaftlichen und politisch-institutionellen Strukturen zum Scheitern verurteilt.

Pessimistische Prognosen bei „Düsteren" und bei „Zuversichtlichen"

	„eher düster"	„eher zuversichtlich" Angaben in %	Gesamt
Die Menschen werden sich den Weltraum erobern – „wahrscheinlich nicht"/„bestimmt nicht"	26	23	25
Die Welt wird in einem Atomkrieg untergehen – „bestimmt"/„wahrscheinlich"	66	29	50
Die Menschen werden wieder sozialer werden – „wahrscheinlich nicht"/„bestimmt nicht"	74	55	66
Technik und Chemie werden die Umwelt zerstören – „bestimmt"/„wahrscheinlich"	86	61	75
Es wird mehr Gleichheit unter den Menschen geben – „wahrscheinlich nicht"/„bestimmt nicht"	85	68	78
Die Menschen werden durch Computer total kontrolliert werden – „bestimmt"/„wahrscheinlich"	64	46	56

Übereinstimmung in den Motiven. Die Bewegung der Hausbesetzer beispielsweise, an der sicher nur eine kleine Minderheit aktiv beteiligt ist, stößt auf große Sympathie und viel Verständnis. (Das scheint übrigens auch für beträchtliche Teile der erwachsenen Bevölkerung zu gelten. Nach einer Umfrage von 1981 hält mehr als ein Drittel der Gesamtbevölkerung Besetzungen leerstehender Häuser für vertretbar). Es gibt also keine scharfen Abgrenzungen zwischen den ausgesprochenen Gegenkulturen der Hausbesetzer, der Teilnehmer an Alternativprojekten

deren Umfragen (und Wahlanalysen) überein. (Zur Erinnerung: hier handelt es sich um eine Repräsentativumfrage bei Jugendlichen zwischen 14 und 24 Jahren). Punks, Hausbesetzer und (natürlich) Kernkraftgegner/Umweltschützer tendieren stark zu den Grünen, Fußball-Fans, Disco-Anhänger dagegen stärker zur CDU. Auch diese Angaben deuten auf bedeutsame politische Veränderungen.

Manches spricht dafür, daß sich – zwar allmählich, und zunächst beschränkt auf, wenngleich beachtliche, Teile der Jugendlichen – ein tiefge-

Pessimistische Prognosen bei „Düsteren" und bei „Zuversichtlichen"

	„eher düster"	„eher zuversichtlich" Angaben in %	Gesamt
Die Menschen werden sich den Weltraum erobern – „wahrscheinlich nicht"/„bestimmt nicht"	26	23	25
Die Welt wird in einem Atomkrieg untergehen – „bestimmt"/„wahrscheinlich"	66	29	50
Die Menschen werden wieder sozialer werden – „wahrscheinlich nicht"/„bestimmt nicht"	74	55	66
Technik und Chemie werden die Umwelt zerstören – „bestimmt"/„wahrscheinlich"	86	61	75
Es wird mehr Gleichheit unter den Menschen geben – „wahrscheinlich nicht"/„bestimmt nicht"	85	68	78
Die Menschen werden durch Computer total kontrolliert werden – „bestimmt"/„wahrscheinlich"	64	46	56
Die Kriege werden abgeschafft – „wahrscheinlich nicht"/„bestimmt nicht"	97	92	95
Die Menschen werden auf andere Planeten auswandern müssen – „bestimmt"/„wahrscheinlich"	35	21	29
Die Menschen werden sich wieder auf ein naturverbundenes Leben umstellen – „wahrscheinlich nicht"/„bestimmt nicht"	69	50	61
Die Menschen werden sich immer mehr isolieren und nur noch an sich selbst denken – „bestimmt"/„wahrscheinlich"	73	44	60
Die Rohstoffe werden knapper werden, Wirtschaftskrisen und Hungersnöte werden ausbrechen – „bestimmt"/„wahrscheinlich"	90	67	80
Es wird eine sorgenfreie Gesellschaft geben, in der alles vorhanden ist, was man braucht – „wahrscheinlich nicht"/„bestimmt nicht"	96	92	94

Die Südstadt ist geradezu ein Kultviertel für die ‚Szene'. Es gibt kaum eine Gegend in Köln, in dem es ein so umfangreiches Angebot an mehr oder weniger alternativer Kultur und Kommerz gibt ... Besonderen Ruf hat das ‚Vringsveedel' aber auch als Inbegriff des kölschen Veedels, in dem von seiner äußeren Erscheinung und der Bevölkerungsstruktur noch mehr vom alten Köln übriggeblieben ist als in anderen Stadtteilen. Das Leben hier wird gerne verklärt ... Mit Vorliebe schwärmen auch Leute von der Atmosphäre, die hier nie gewohnt haben. ... Die Stadt versprach 1974 eine Sanierung, die den kölschen Charakter erhalten solle und bei der keiner das Viertel verlassen müsse ... Herz der Sanierung wie der Gegenwehr ist das Stollwerkgelände. Dutzende von Mio. DM verpulverte die Stadt (an den Schokoladenkapitalisten Imhoff), um die Produktion zu verlagern und das Gelände zu besitzen, um dort Ersatzwohnungen zu bauen. Seitdem steht die Fabrik leer. Die (Bürgerinitiative) BISA wies nach, daß der Ausbau der Fabrikhallen zu Wohnungen billiger sei als Abriß und Neubau. Außerdem kann man so Wohnungen bauen, die viel mehr auf die Bedürfnisse von großen Familien, Ausländern, Wohngemeinschaften zugeschnitten sind. Da sich die Stadt nicht dafür interessierte, bauten Hunderte von Menschen eine Musterwohnung, um jedem zu zeigen, daß die Pläne durchführbar sind. Kaum war die Wohnung fertig, verbot die Stadt die Besichtigung. Darauf wurde im Frühsommer '80 die ganze Fabrik besetzt. Die sechs Wochen dauernde Besetzung konnte die Fabrik nicht retten, große Teile wurden abgerissen ... Nach jahrelangem Tauziehen hat die Stadt endlich grünes Licht für ein (allerdings provisorisches) sozio-kulturelles Zentrum gegeben. ‚Regenbogenhaus' und ‚Palazzo Schoko' werden noch mehr als jetzt schon die Südstadt zum Zentrum der Szene-Kultur machen. Aber auch hier wird es wieder so sein wie bei der ganzen Sanierung, daß die Alteingesessenen eher skeptisch sind, daß Veedels-Tradition und Alternativkultur nur schwer zusammen zu bringen sind ... In der Zwischenzeit zeigt die Sanierung schon ihr Auswirkungen (Mietsteigerung bis zu 400%)." (Stadtbuch – Selbsthilfe in Köln 82/83, S. 70 ff.)

Kultur im Stollwerk – aber wie!
Für die Räumung der besetzten Stollwerkfabrik hatte die Stadt die Forderungen der Besetzer vertraglich anerkennen müssen: Straffreiheit, Ersatzwohnraum, Ausbau der Musterwohnung, demokratisches Sanierungsverfahren nach §59 StBFGesetz. Die Straffreiheit wurde nicht angetastet, der Ersatzwohnraum konnte erst durch eine Hausbesetzung im Kartäuserwall in der Nähe der Fabrik gesichert werden; mit der jüngsten Sprengung des Musterwohnungstrakts im

Kaum war die Wohnung fertig, verbot die Stadt die Besichtigung. Darauf wurde im Frühsommer '80 die ganze Fabrik besetzt. Die sechs Wochen dauernde Besetzung konnte die Fabrik nicht retten, große Teile wurden abgerissen ... Nach jahrelangem Tauziehen hat die Stadt endlich grünes Licht für ein (allerdings provisorisches) sozio-kulturelles Zentrum gegeben. ‚Regenbogenhaus' und ‚Palazzo Schoko' werden noch mehr als jetzt schon die Südstadt zum Zentrum der Szene-Kultur machen. Aber auch hier wird es wieder so sein wie bei der ganzen Sanierung, daß die Alteingesessenen eher skeptisch sind, daß Veedels-Tradition und Alternativkultur nur schwer zusammen zu bringen sind ... In der Zwischenzeit zeigt die Sanierung schon ihr Auswirkungen (Mietsteigerung bis zu 400%)." (Stadtbuch – Selbsthilfe in Köln 82/83, S. 70 ff.)

Kultur im Stollwerk – aber wie!
Für die Räumung der besetzten Stollwerkfabrik hatte die Stadt die Forderungen der Besetzer vertraglich anerkennen müssen: Straffreiheit, Ersatzwohnraum, Ausbau der Musterwohnung, demokratisches Sanierungsverfahren nach §59 StBFGesetz. Die Straffreiheit wurde nicht angetastet, der Ersatzwohnraum konnte erst durch eine Hausbesetzung im Kartäuserwall in der Nähe der Fabrik gesichert werden; mit der jüngsten Sprengung des Musterwohnungstrakts im

Dezember '81 hat die Stadt allerdings ihr ursprüngliches Abrißziel erreicht. „Trotz allgemeiner Resignation und Trauer" gelang es im Sommer '81 den Palazzo-Schoko-Initiatoren unter Nutzung der internen SPD- und Verwaltungsdifferenzen über die weitere Stollwerknutzung einen befristeten Nutzungsvertrag für die Maschinenhalle plus Nebenräume zu vereinbaren.

Palazzo Schoko: Autonomie – jetzt oder nie, aber wie?

Erfahrungen in/mit einem selbstverwalteten Kulturzentrum

Die „Fabrik" in Hamburg, die „Batschkapp" in Frankfurt, die „Zeche" in Bochum usw. – Kulturzentren, mehr oder minder selbstverwaltet, gibt es in vielen Großstädten. Der „Palazzo Schoko" entstand aus der Besetzung der Stollwerkfabrik in Köln vor zwei Jahren und kann sich seit Dezember letzten Jahres illegal halten. Während in den meisten Städten ein Kulturzentrum noch erkämpft werden muß, gibt es in Köln Streit um die Aufgaben und Möglichkeiten eines autonomen Zentrums.



Kultur im Stollwerk '81/'82: Die „Maschinenhalle"; unter der Wandbeschriftung wurde jetzt ein „Der Traum ist (nie) aus" ergänzt.

Zwecks endgültiger Durchsetzung wurde unter Mithilfe von fast allen örtlichen Kulturinitiativen ein Eröffnungsfest Ende September '81 gemacht: 6000 kamen, zwei Wochen später war der Nutzungsvertrag unterzeichnet.

Genutzt werden die Räume von 18 Rock- und Theatergruppen für kostenlose Proberäume und von einer Vielzahl wöchentlich arbeitender Initiativen: BISA, türkisches Familienzentrum, Kinderkino/-garten, Kölner Wochenschau, psychosoziale Arbeitsgruppe und vielen mehr. In den beiden großen Hallen gibt es jeden Montag eine „nicht kommerzielle Disco" und alle 2–3 Tage eine größere Kulturveranstaltung mit Produktionen aus dem weiten Spektrum alternativer Kultur: freie US-Theatergruppen; örtliche und westdeutsche New-Wave-Gruppen; renomierte Rockstars ebenso wie der Showstar Chi Coltrane und Eva Maria Hagen mit Biermann-Liedern; freie Kölner Theatergruppen führen ihren Schauspielhauserfolg „Salome" von O. Wilde auf; daneben gibt es Fêten der grauen Panther mit dem Kölner Mandolinen-Orchester, Häuserrat-Fê-



Kultur im Stollwerk '81/'82: Die „Maschinenhalle"; unter der Wandbeschriftung wurde jetzt ein „Der Traum ist (nie) aus" ergänzt.

Zwecks endgültiger Durchsetzung wurde unter Mithilfe von fast allen örtlichen Kulturinitiativen ein Eröffnungsfest Ende September '81 gemacht: 6000 kamen, zwei Wochen später war der Nutzungsvertrag unterzeichnet.

Genutzt werden die Räume von 18 Rock- und Theatergruppen für kostenlose Proberäume und von einer Vielzahl wöchentlich arbeitender Initiativen: BISA, türkisches Familienzentrum, Kinderkino/-garten, Kölner Wochenschau, psychosoziale Arbeitsgruppe und vielen mehr. In den beiden großen Hallen gibt es jeden Montag eine „nicht kommerzielle Disco" und alle 2–3 Tage eine größere Kulturveranstaltung mit Produktionen aus dem weiten Spektrum alternativer Kultur: freie US-Theatergruppen; örtliche und westdeutsche New-Wave-Gruppen; renomierte Rockstars ebenso wie der Showstar Chi Coltrane und Eva Maria Hagen mit Biermann-Liedern; freie Kölner Theatergruppen führen ihren Schauspielhauserfolg „Salome" von O. Wilde auf; daneben gibt es Fêten der grauen Panther mit dem Kölner Mandolinen-Orchester, Häuserrat-Fê-

ten, jede Menge türkische Hochzeiten. Das alles zu erschwinglichen Eintrittspreisen oder umsonst.

Nach sechs Wochen wurde Kritik an der Programmausrichtung laut. „Wichtig wäre zum Eröffnungszeitpunkt ein großes öffentliches Plenum gewesen, auf dem alle Interessierten darüber reden, wie ein solches autonomes Kulturzentrum aussehen muß, wie es finanziert werden kann. Stattdessen wurde eifrig am Programm gebastelt ... Wir glaubten, daß die Initiativen uns die Bude einlaufen würden. Möglichkeiten für Veranstaltungen zur Startbahn West, Rattay ... würden von alleine entstehen. Wir versäumten es, die Gruppen aus Köln anzusprechen, um zusammen an der Autonomie im Stollwerk zu basteln." (Stollwerkzeitung Nr. 7)

Seitdem der Nutzungsvertrag am 1.12.81 ausgelaufen und nicht wieder verlängert wurde (zugesagt war nur eine „Probe" – sagt die Stadt), befinden sich die Palazzo-Initiatoren im ständigen Kleinkrieg gegen die Hinhalte- und Störtaktik der städtischen Sozialarbeiter um die Nutzung einzelner Räume, Instandsetzungsarbeiten, neue Türschlösser usw. Die Stadt will ihr „kommunal-bürgerschaftliches Modell" aufzwingen mit einem Trägerverein für die Gesamtnutzung des Stollwerkgeländes; Entscheidungen über Aufteilung und Nutzung der Räume soll ein Vorstand treffen, in dem die Palazzogruppen zwei Sitze neben einer Mehrheit von 10 Parteien-, Verwal-

es finanziert werden kann. Stattdessen wurde eifrig am Programm gebastelt ... Wir glaubten, daß die Initiativen uns die Bude einlaufen würden. Möglichkeiten für Veranstaltungen zur Startbahn West, Rattay ... würden von alleine entstehen. Wir versäumten es, die Gruppen aus Köln anzusprechen, um zusammen an der Autonomie im Stollwerk zu basteln." (Stollwerkzeitung Nr. 7)

Seitdem der Nutzungsvertrag am 1.12.81 ausgelaufen und nicht wieder verlängert wurde (zugesagt war nur eine „Probe" – sagt die Stadt), befinden sich die Palazzo-Initiatoren im ständigen Kleinkrieg gegen die Hinhalte- und Störtaktik der städtischen Sozialarbeiter um die Nutzung einzelner Räume, Instandsetzungsarbeiten, neue Türschlösser usw. Die Stadt will ihr „kommunal-bürgerschaftliches Modell" aufzwingen mit einem Trägerverein für die Gesamtnutzung des Stollwerkgeländes; Entscheidungen über Aufteilung und Nutzung der Räume soll ein Vorstand treffen, in dem die Palazzogruppen zwei Sitze neben einer Mehrheit von 10 Parteien-, Verwal-

tungs-und Bürgervertretern aus SPD, FDP und CDU erhalten sollen.

„Wir sehen selbst, daß die Popularität über die Veranstaltungen nicht ausreichen, um das Kulturzentrum zu verankern. Wir hatten gehofft, daß das Stollwerk vor aktiven Gruppen aus den Nähten platzt, merken aber jetzt, daß dazu viel mehr nötig ist, als wir gedacht haben. Wir brauchen Zeit, um den Gedanken der Autonomie über Um- und Abwege mit ganz vielen Leuten weiterzuspinnen. Die Zeit ist knapp! Die Stadt will die abgemachten Ansätze abbügeln. Wir müssen Widerstand leisten, um das an Freiräumen zu halten, was wir durch Besetzung und das Kulturzentrum erkämpft haben, mit allen Widersprüchen, Gegensätzen und Unfertigkeiten." (Stollwerkzeitung Nr. 7)

Widersprüche und Unfertigkeiten
Da ist die *Stadt Köln* mit ihrem sozialintegrativen Kulturkonzept und knapper werdenden Föderungsmitteln. Sie will „sozialkulturelle Zentren", in denen politisch kontrolliert „unorganisierte junge und alte Bürger selbstaktiv und eigenveranwortlich Kultur- und Freizeitinitiativen entwickeln" (OB Burger); sie fördert gleichzeitig die freien Theater- und Musikinitiativen, aber immer einzeln, stückweise, sie gegenseitig ausspielend im „deal" um einen Auftritt in der „Kölschrockwoche im Schauspielhaus" (in der Zeltinger vor Jahren seinen „Durchbruch" landete), um ein Engagement im „Theater der Welt" oder bei der Berücksichtigung von neuen Proberäumen. Das Scheitern der vor zwei Jahren versuchten Kultur-Kooperative Köln, in der alle unabhängigen Kulturinitiativen sich gegenüber der Stadt zusammenschließen wollten, wird gerade heute teuer bezahlt, wo etliche Gruppen wegen ausbleibender Förderung vor Existenzfragen stehen.

Seitens der *Kulturinitiativen* wird versucht, diesen Zustand zu beheben durch einen Neuversuch der Kultur-Kooperative gerade unter Nutzung und in Arbeitsteilung mit dem Palazzo-Schoko. Auf einem Treffen im Palazzo wurden erstmals Gemeinsamkeiten und Unterstützungsmöglichkeiten besprochen – erste, bisher allerdings folgenlose Schritte zur „Kooperative gegen infantile Konkurrenzhaltungen" (Stadtrevue 2/82), indem gegenseitige Fehler besprochen wurden: eine Parallelveranstaltung des Festival der Jazzhausinitiative und des „Theater der Welt ohne Geld" im Palazzo, das zudem die Verhandlungsposition der freien Theatergruppen gegenüber der städtischen Subventionspolitik verschlechterte. Werden solche Fehler zukünftig vermieden, wird dennoch seitens der Initiativen der direkte Nutzen des Palazzo als begrenzt angesehen; die räumlichen und finanziellen Forderungen können nur von der Stadt realisiert werden, die kulturpolitischen, organisatorischen und künstlerischen Anstrengungen einer Kulturkooperative werden als eigene Aufgabe angesehen.

Gegenseitige Vorbehalte gibt es auch zwischen den Hausbesetzern und den Palazzo-Initiatoren: Verdächtigungen bzgl. des Konsumprogramms im Palazzo einerseits, Gegenvorwurf, daß es keine kämpfende Bewegung für ein autonomes Zentrum gibt, die Palazzo-Räume aber politisch notwendig werden könnten. Die Kölner Häuserkampfbewegung, die mit 300 Besetzern 30 Häuser besetzt hält und nutzt, versucht gegenwärtig, für sich „als Teil der gesamten politischen Bewegung neue Perspektiven" zu erarbeiten, um den Häuserkampf mit dem „Kampf gegen die Verteilungspolitik der Bundesregierung, gegen die Startbahn West, die NATO etc." zu verbinden (Stadtrevue 1/82). Für größere politische Sachen soll zukünftig auch der Palazzo genutzt werden, in dem bisher nur zwei größere politische Veranstaltungen stattfanden.

Das Auseinanderdriften und Nebeneinander der politischen und der Kulturinitiativen liegt weniger daran, daß „Köln pennt", während Zürich, Berlin oder Frankfurt brennt bzw. brannte, sondern ist m.E. *auch* ein Resultat der „zerronnenen Stollwerkbesetzung" und ihrer fehlenden Aufarbeitung für die zukünftige alternative, linke Kom-

Gegenseitige Vorbehalte gibt es auch zwischen den Hausbesetzern und den Palazzo-Initiatoren: Verdächtigungen bzgl. des Konsumprogramms im Palazzo einerseits, Gegenvorwurf, daß es keine kämpfende Bewegung für ein autonomes Zentrum gibt, die Palazzo-Räume aber politisch notwendig werden könnten. Die Kölner Häuserkampfbewegung, die mit 300 Besetzern 30 Häuser besetzt hält und nutzt, versucht gegenwärtig, für sich „als Teil der gesamten politischen Bewegung neue Perspektiven" zu erarbeiten, um den Häuserkampf mit dem „Kampf gegen die Verteilungspolitik der Bundesregierung, gegen die Startbahn West, die NATO etc." zu verbinden (Stadtrevue 1/82). Für größere politische Sachen soll zukünftig auch der Palazzo genutzt werden, in dem bisher nur zwei größere politische Veranstaltungen stattfanden.

Das Auseinanderdriften und Nebeneinander der politischen und der Kulturinitiativen liegt weniger daran, daß „Köln pennt", während Zürich, Berlin oder Frankfurt brennt bzw. brannte, sondern ist m.E. *auch* ein Resultat der „zerronnenen Stollwerkbesetzung" und ihrer fehlenden Aufarbeitung für die zukünftige alternative, linke Kom-



Die Stollwerk-Räumung – Die Polizei legt Hand an.

munalpolitik. Im Sommer '80, als „Stollwerk zum Bollwerk" gemacht werden sollte, als mehrere Hundert in Nachtschicht die Musterwohnung bauten, tausende Kölner diese dann trotz Stadtverbot in der besetzten Fabrik besichtigten und für ihren Erhalt unterschrieben, als die SPD gegen ihren Lokalmatador Herterich rebellierte, die Polizeigewerkschaft nach anderen Gewerkschaftsgruppen die gewaltsame Räumung ablehnte, da war Stollwerk Konzentrationspunkt.

Warum der Traum von der Autonomie, vom Leben im Stollwerk nicht ausgeträumt, nicht Wirklichkeit werden konnte, welche politischen und auch kulturellen Schlußfolgerungen aus der Erkenntnis „Stollwerk war eben keine Insel" (Volksblatt 12/81) gezogen werden können, welcher Bezug heute wenigstens im Kulturprogramm des Palazzo zur Stollwerk- und Südstadtsanierung und zu den Vorstellungen vom Erproben neuer Arbeits- und Lebensformen hergestellt werden könnte, all diese Fragen bleiben offen.

„Kultur, die die Scene verdient"
Daß der Palazzo dennoch eine besondere Bedeutung im Kölner Kulturleben hat, trotz Konkurrenz von fast zwei Dutzend kommerziellen und halbkommerziellen Kulturveranstaltern und fünf ähnlichen, wenn auch kleineren Kulturzentren/-treffs (ohne die städtischen Einrichtungen), ist auf das „Politikum" der illegalen Stollwerknutzung zurückzuführen, deren gewaltsames Ende die Stadt nicht riskiert und taktisch umgehen will. Um so unnötiger, daß die Finanzierungs- und Programmgestaltungsprobleme des Palazzo als interne Szenenkonflikte behandelt werden: Streit um die Eintrittspreise, das Auspendeln von sich tragenden und defizitären, aber politisch wichtigen Veranstaltungen, Streit um die „Selbstausbeutung der Palazzo-Mitarbeiter", das „Abzocken durch die Musiker" ohne Überlegungen, ob die „Staatsknete zensurfreie Kreativität" unbedingt ausschließt oder ob die Autonomie nicht politisch laufend erkämpft werden sollte; Streit um die Konsumhaltung der scene, ohne Überlegung, durch welche Art von Veranstaltung und Kunstdarstellung die Trennung von Genießen und Reflexion, die Trennung von Künstler und Publikum bei der Kunstrezeption vielleicht ein Stück weit überwunden werden kann.

Aus Angst, von der Stadt vereinnahmt zu werden als „alternative Anstecknadel, die den Leuten den Stein aus der Hand nimmt, bevor sie ihn in die Neue Heimat reinwerfen", wird die „nicht-kommerzielle Disco als montägliche Massenbewegung der 1500" gesehen, die eigentlich politisch umfunktioniert werden müßte. „... in Berlin da kacheln sie die Discos absichtlich, um ansatzweise so was hinzukriegen, wie wir hier im Stollwerk vom Imhoff praktisch in den Schoß gelegt bekommen haben. Was bedeutet das? ... Da ist alles untern Tisch gegangen, was wir je mit Politik und Kultur im Kopf gehabt haben." (Palazzo-Mitarbeiter im Schauplatz 2/82). Der kokett-ratlos klingende „Szenenmasochismus" verdeckt m.E. den Blick für die eigenen guten Ansätze und Möglichkeiten, wie sie im Kinderkino, in der Ausländerarbeit, aber auch in der Vorstellung von örtlichen und auswärtigen New-Wave-Gruppen, Theatergruppen etc., auch in einer nicht-kommerziellen Disco stecken. Ich kann mir die Spekulation nicht verkneifen, daß die oben zitierte „Disco-Scham" eher eine gewisse Unterlegenheit signalisiert

leicht ein Stück weit überwunden werden kann.

Aus Angst, von der Stadt vereinnahmt zu werden als „alternative Anstecknadel, die den Leuten den Stein aus der Hand nimmt, bevor sie ihn in die Neue Heimat reinwerfen", wird die „nicht-kommerzielle Disco als montägliche Massenbewegung der 1500" gesehen, die eigentlich politisch umfunktioniert werden müßte. „... in Berlin da kacheln sie die Discos absichtlich, um ansatzweise so was hinzukriegen, wie wir hier im Stollwerk vom Imhoff praktisch in den Schoß gelegt bekommen haben. Was bedeutet das? ... Da ist alles untern Tisch gegangen, was wir je mit Politik und Kultur im Kopf gehabt haben." (Palazzo-Mitarbeiter im Schauplatz 2/82). Der kokett-ratlos klingende „Szenenmasochismus" verdeckt m.E. den Blick für die eigenen guten Ansätze und Möglichkeiten, wie sie im Kinderkino, in der Ausländerarbeit, aber auch in der Vorstellung von örtlichen und auswärtigen New-Wave-Gruppen, Theatergruppen etc., auch in einer nicht-kommerziellen Disco stecken. Ich kann mir die Spekulation nicht verkneifen, daß die oben zitierte „Disco-Scham" eher eine gewisse Unterlegenheit signalisiert

gegenüber dem „neuen Trend", der selbstbewußten Aufbruchstimmung im Ruhrgebiet, wo ja die „Wüste leben" soll gerade in Ablehnung des „studentischen Diktats der Alternativszene" und in Übereinstimmung mit der Ruhrpottatmosphäre – so die Medien. Es muß doch auch in Köln möglich sein, die Verbindung zwischen den Kulturinitiativen, den demokratischen Bewegungen und der Arbeiterbewegung zu verbessern, dafür geeigenete Kunstproduktionen zu erarbeiten, vielleicht auch unter Mitarbeit von politisch gleichgesinnten Profis; es muß doch möglich sein, dafür entsprechende Forderungen an die Stadt zu stellen und gemeinsam durchzusetzen, vielleicht unter Mithilfe des beim Wort zunehmenden DGB-Positionspapiers zur Kulturarbeit, in dem erstmalig die notwendige Förderung alternativer Kultur gefordert wird. *m.b., Köln*

Fernsehtip

Der Spielfilm **„Die Reise der Verdammten"** basiert auf tatsächlichen Ereignissen im faschistischen Deutschland. Es geht um die Flucht von 937 Juden aus Deutschland per Schiff. Anscheinend aus Propagandagründen durfte die „St. Louis" den Hamburger Hafen am 13. Mai 1939 verlassen – mit Kurs auf Kuba. Die Nazis hatten aber vorgesorgt, und das Schiff hatte überall Schwierigkeiten mit der Erlaubnis zur Anlandung. Im gleichen Monat erschien im „Stürmer" ein mehrseitiger Bericht über die Auswanderung der Juden, der die wahren Absichten der Nazis enthüllte: „Eines Tages werden sich alle Völker gegen den Weltfeind erheben. Dann aber kann sich der Jude keine Schiffskarte mehr lösen und in ein anderes Land ziehen! Dann ist der Tag der Abrechnung da! Dann wird das jüdische Verbrechervolk ausgelöscht für immer." Der Film selbst macht weniger die politischen Machenschaften als die menschlichen Schicksale zum Kern seiner Handlung. *Sonntag, 14.3., 21.30 Uhr im ZDF.* – Im „kleinen Fernsehspiel" **„Praktisch bildbar"** hat die Frankfurter Fotoreporterin Digne Meller Marcovicz die Lage eines zwölfjährigen türkischen Jungen eingefangen. Gezeigt werden die elendigen Bedingungen der Umwelt, Schwierigkeiten in der Schule, die Entwicklung einer Freundschaft mit einem deutschen Jungen und die erfolgreichen Bemühungen der Autorin, den Jungen Kemal nicht nur „praktisch bildbar" zu machen. *Donnerstag, 18.3., 22.05 Uhr im ZDF.* – „Der Korridor" oder „Geschichten aus dem Sozialamt" ist ein Film über Menschen, die vollständig auf Sozialhilfe und damit auf das Sozialamt angewiesen sind. Die Autorin erzählt die Geschichten dieser Menschen – während die Schlangen im Sozialamt immer mehr anwachsen. *Freitag, 19.3., 21.45 Uhr im ARD.* – Claude Chabrol wieder mit einem Film: **„Das Biest muß sterben"**. Ein Vater verfolgt den Autofahrer, der seinen Sohn getötet und Fahrerflucht begangen hat. *Samstag, 20.3., 22.05 Uhr im ARD*